

## Grünes Gedächtnis 2011





# GRÜNES GEDÄCHTNIS 2011

## **Bildnachweis**

Seite 21: Wahlplakat „Kein KKW in Wyhl“, in: Grüner Weg durch schwarzes Land. 10 Jahre Grüne in Baden-Württemberg, hrsg. von Winne Hermann/Wolfgang Schwegler-Rohmeis, 1989, S. 42

Seite 59: Michael Jespersen

Seite 67: unbekannte/r Fotograf/in

Seite 73: dpa

Alle anderen Abbildungen: Archiv Grünes Gedächtnis



Diese Publikation wird unter den Bedingungen einer Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen: Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt). Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden. Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Grünes Gedächtnis 2011

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, Berlin 2011

Cover: Die Grünen Baden-Württemberg, Landtagswahl 1988 (Ausschnitt); Grafik: Sigi Hepner/  
Ursula Ries

Gestaltung: graphic syndicat, Michael Pickardt, Berlin

Druck: agit-druck, Berlin

ISBN 978-3-86928-072-1

Bestelladressen:

Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung, Eldenaer Straße 35, 10247 Berlin

**T** +49 30 28534-260 **F** +49 30 28534-5260 **E** [archiv@boell.de](mailto:archiv@boell.de) **W** [www.boell.de](http://www.boell.de)

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

**T** +49 30 28534-0 **F** +49 30 28534-109 **E** [buchversand@boell.de](mailto:buchversand@boell.de) **W** [www.boell.de](http://www.boell.de)

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

# **Grünes Gedächtnis 2011**

# INHALT

Vorwort	7
<b>1 Beiträge zur Zeitgeschichte: Die Grünen in den Ländern</b>	
<i>Phillip Wilke</i> Gebrochene Perspektivlosigkeit: Die grüne Wahlbewegung und die Alternativszene	10
<i>Gerhard Gräber</i> Von Wyhl in die Villa Reitzenstein: Die wundersame Reise der Grünen in Baden-Württemberg	18
<i>Annika Laux</i> Die Grünen in Niedersachsen	35
<b>2 Das historische Dokument</b>	
Der Beitritt der deutschen Grünen zu den Grünen in Europa	48
<i>Christoph Becker-Schaum</i> Kommentar	50
<b>3 Bestände in den Archiven</b>	
<i>Steffi Rönnefarth</i> Der Bestand Frieder Otto Wolf – MdEP von 1994 bis 1999	54
<i>Anne Vechtel</i> Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002	58
<i>Christine Tietz</i> Der Bestand «Frauenaktion 70»	62
<i>Claudia Dreier</i> Zur Aktenüberlieferung der Berliner Grünen	66
<i>Anne Vechtel</i> Die Aktenüberlieferung der Hamburger Grünen	70
<i>Robert Camp</i> Zu den Aktenbeständen der nordrhein-westfälischen Grünen	75
<i>Anne Vechtel</i> Grüne Archive in Europa	80

#### **4 Archivprojekte**

*Anne Vechtel*

Internationale ökologische und grüne Archive – Bericht vom  
1. Treffen im Mai 2011 in Berlin 88

*Stefan Baldauf*

Das 5. Netzwerktreffen der Bewegungsarchive 90

#### **5 Rezensionen**

*Dagmar Hölscher*

Eine Geschichte der Gründungsgrünen 94

*Martin Klimke*

Petra Kelly: Utopistin im Zeitalter der Apokalypse 96

*Jan Ole Wiechmann*

Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler  
Perspektive 101

Die Autorinnen und Autoren 103



# VORWORT

Wenn die Grünen inzwischen auf eine mehr als 30-jährige Geschichte zurückblicken, bedeutet dies nicht, dass dieses Jubiläum mit einem Mal «abgefeiert» wäre. Die Parteigründung ist schließlich aus einer Wahlbewegung hervorgegangen, die im Jahr 1977 begann, also drei Jahre vor der eigentlichen Parteigründung, und die im Westen erst 1990 mit dem Einzug der Grünen in die Landtage von Nordrhein-Westfalen und dem Saarland zum Abschluss gekommen ist. Von daher verhält es sich bei den Grünen wie in einer Familie mit einer großen Kinderschar, die nacheinander ihre runden Geburtstage feiert. Eine Besonderheit bei Jubiläen zum Dreißigsten ist, dass Requisiten fürs Fest bereits im Archiv zu liegen pflegen. Oder auch nicht.

Zum Beispiel Berlin. Im Mai dieses Jahres feierte die Fraktion im Abgeordnetenhaus ihren Dreißigsten. Die Materiallage im Archiv war durchaus lückenhaft, aber mit vereinten Kräften ist es gelungen, wichtige Dokumente herbeizuschaffen. Sitzungsprotokolle und Tausende Fotos kamen aus der Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die Parteiakten des Berliner Landesverbandes der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher, einer Vorläuferorganisation der Grünen, aber nicht der Alternativen Liste, und die des Berliner Landesverbandes der Grünen wurden uns vom Landesarchiv übergeben. Schließlich haben wir 15 Interviews mit früheren Abgeordneten geführt. Einige hatten den ersten Fraktionen in den 1980er-Jahren angehört, andere hatten die Vereinigung von Bürgerbewegten und Grünen mit gestaltet und wieder andere sind dieses Jahr aus dem Parlament ausgeschieden. Diese Interviews haben eine Fülle interessanter, individueller Aspekte geliefert und erlauben neue Blicke auf die Geschichte der Berliner Grünen.

Dennoch stellte sich anlässlich des Jubiläums «30 Jahre Grüne» – ob als Landesverband oder als Fraktion – die Frage: Wie solide ist unsere Überlieferung grüner Geschichte eigentlich? Aus diesem Grund haben wir auch den Schwerpunkt dieser Ausgabe unseres Jahrbuchs auf die Geschichte grüner Landesverbände gelegt.

Die lebendige Vielfalt grüner Geschichte ist überzeugend, wie die hier versammelten Beiträge zeigen können. Annika Laux und Gerhard Gräber erzählen die Geschichte der Landesverbände Niedersachsen und Baden-Württemberg, Robert Camp, Claudia Dreier und Anne Vechtel haben Ereignisse und Kontroversen in den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hamburg mit unseren Archivbeständen abgeglichen und Phillip Wilke geht den Reaktionen der alternativen Szene in Hamburg, Frankfurt und Berlin auf die Gründung der Grünen nach.

Als historisches Dokument stellen wir den Beitritt der deutschen Grünen zu den Grünen in Europa vor. Im letzten Jahrbuch hatten wir bereits gezeigt, wie es dazugekommen war, dass die deutschen Grünen der Europäischen Koordination Grüner Parteien anfangs nicht beigetreten waren.

Drei Beiträge beziehen sich auf Archivbestände, die im Laufe des Jahres bearbeitet worden sind und von Steffi Rönnefarth, Anne Vechtel und Christine Tietz vorgestellt werden. Es handelt sich um die Akten von Frieder Otto Wolf, Abgeordneter im Europaparlament von 1994 bis 1999, die Akten von Elisabeth Weber, der langjährigen Osteuropareferentin der Bundestagsfraktion, und die Archivalien der Frauenaktion 70. Christine Tietz hat diesen Archivbestand während ihrer Archivausbildung an der Fachhochschule Potsdam bearbeitet. Im Anschluss hat sie die Unterlagen des Netzwerks Friedenssteuerinitiative bearbeitet. Die genannten Archivbestände stehen damit für die Nutzung zur Verfügung.

Anne Vechtel und Stefan Baldauf berichten über Konferenzen, die in diesem Jahr im Archiv Grünes Gedächtnis stattgefunden haben. So haben sich zum ersten Mal überhaupt Archivarinnen und Archivare europäischer grüner und Ökologiearchive getroffen, dagegen war es für die Kolleginnen und Kollegen der freien Archivszene bereits ihr fünftes Treffen im Grünen Gedächtnis.

Drei Buchbesprechungen zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen, die für die Geschichte der Grünen von besonderer Bedeutung sind, runden dieses Jahrbuch ab: Silke Mendes Dissertation über die Gründungsgrünen, Saskia Richters Dissertation über Petra Kelly und ein aus Anlass des dreißigsten Jahrestages des Nato-Doppelbeschlusses vom Institut für Zeitgeschichte München und dem Deutschen Historischen Institut Washington herausgegebener Tagungsband.

Für das Zustandekommen des Jahrbuchs möchten wir allen unseren Autorinnen und Autoren herzlich danken. Ein besonderes Dankeschön geht an Anne Vechtel, die wieder die Redaktion des Jahrbuchs besorgt hat. Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir Interesse und Vergnügen bei der Lektüre.

Berlin, im November 2011

Christoph Becker-Schaum  
*Leiter des Archivs Grünes Gedächtnis*

# **1 Beiträge zur Zeitgeschichte: Die Grünen in den Ländern**

# Gebrochene Perspektivlosigkeit: Die grüne Wahlbewegung und die Alternativszene

Es war nach 12 Uhr am Samstag, als sich Dirk Schneider von der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz aus Berlin auf das Podium der Karlsruher Stadthalle begab. Der grüne Gründungsparteitag war bereits zwei Stunden im Gange. Dabei hatte er noch gar nicht richtig begonnen. Bevor über Satzung, Programm und Präsidium gesprochen werden konnte, galt es, ein anderes, grundsätzliches Problem aus der Welt zu schaffen. Denn neben den 1004 offiziellen Delegierten fanden sich in Karlsruhe weitere 254 Delegierte ein, die von ihren lokalen Gruppierungen gewählt waren, ohne dass sie der Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen (SPV), den sogenannten Europagrünen, beigetreten waren. Da in Karlsruhe, wie Ex-CDU-Mitglied Herbert Gruhl bereits zu Beginn der Sitzung betont hatte, eine Delegiertenversammlung der SPV stattfand, die zugleich Gründungsversammlung der Partei Die Grünen werden sollte, waren die autonomen Delegierten de facto ausgeschlossen. Diese Klarstellung, nochmal bekräftigt durch eine Abstimmung am Samstagmorgen, verursachte Unruhe – Zensurvorwürfe wurden laut. Die optimistische Stimmung drohte zum ersten Mal an diesem Wochenende zu kippen. Es brauchte einen Kompromiss. Schneider konnte ihn liefern. Der Exponent jener Alternativen, die den Europagrünen beigetreten waren, schlug vor, man solle eine Delegation von 30 Autonomen zur Sitzung zulassen und ihnen Rederecht einräumen. Der Vorschlag wurde, wenn auch unter Protest einiger Konservativer, angenommen. Der Parteitag konnte beginnen.

Diese Episode ist in zweierlei Hinsicht interessant. Einerseits gibt sie einen Hinweis darauf, welche unterschiedlichen Kulturen in Karlsruhe zusammenkamen. Andererseits lässt sich die innere Zerrissenheit der Alternativszene erahnen. Beides ist symptomatisch für die Gründungsphase der Grünen. Während dem außergewöhnlich chaotischen Aufeinandertreffen von bäuerlichen Bauplatzbesetzern, radikalen Feministinnen, Vogelschützern und christlichen Pazifisten, wie es die ehemalige Parteivorsitzende Jutta Ditfurth im Jahr 2000 beschrieb, bereits die Zeitgenossen Aufmerksamkeit schenkten, ist die Frage nach der inneren Verfassung der Alternativen und ihrer Einstellung zur Parteigründung

bisher weitgehend unbeantwortet. Dabei war die Teilnahme der Alternativbewegung enorm wichtig für den grünen Gründungsprozess.

Die Konflikte, von denen die erwähnte Parteitagsszene nur eine Episode war, hätten die höchst inhomogene Wahlbewegung bereits zu Beginn beinahe gespalten. Hintergrund der Konflikte innerhalb der Alternativszene war eine völlig unterschiedliche Herangehensweise an die Parteigründung. Für die «Alternativen» – ein breites Spektrum an jugendlichen Bürgerinitiativlern, Landkommunenbewohnern, Spontis und Freiheitsliebenden – war die Wahlteilnahme neben den ökologischen Zielen wie der AKW-Frage auch an explizit linke Politikvorstellungen geknüpft. Marxistische und anarchistische Ideen waren in Teilen der Szene verbreitet. Ebenso lehnten viele einen einseitigen Verzicht auf Gewalt ab, weil sie die BRD als repressiven Polizeistaat empfanden. Für andere waren die Etablierung einer freien Lebenskultur und der Konsens als Verfahren zur Entscheidungsfindung vorrangige politische Ziele. Diese politischen Visionen wiederum verängstigten große Teile der konservativen und bürgerlichen Wahlbewegung.

Um zu verstehen, wieso sich viele Alternative mit großer Beharrlichkeit gegen den Eintritt in die Europagrünen wehrten, muss man tiefer in die politischen Vorstellungen und die politische Praxis der alternativen Szene einsteigen. Nur so lässt sich ihre Bedeutung für die Wahlbewegung ermessen.

Ende der 1970er-Jahre war die Alternativbewegung in eine resignative Phase eingetreten. Scheinbar erfolg- und aussichtslose Kämpfe wie der gegen Atomkraft, für besetzte Häuser und bessere Haftbedingungen der ersten RAF-Generation hatten Kraft gekostet. In den Städten, in denen die Alternativen besonders stark vertreten waren, hatten viele begonnen, sich nun in Stadtteilinitiativen zu engagieren, begaben sich auf lange Reisen ins Ausland oder zogen sich ganz zurück. So kam der von der erfolgreichen Wahlbeteiligung lokaler ökologischer Listen in Frankreich ausgehende Impuls gerade recht, um den Stillstand in der Szene zu beenden. Die Idee der Wahlbewegung eröffnete neue Möglichkeiten für gesellschaftliche Mitbestimmung. Der Preis dafür war allerdings hoch: eine Abkehr von der ideologisch bedingten Feindschaft zur bundesdeutschen Parteiendemokratie. Schließlich war die Alternativbewegung in den 70ern eine der größten Kritikerinnen des westdeutschen Parlamentarismus gewesen. Zeitschriften wie die Berliner *radikal* oder der Hamburger *Arbeiterkampf* berichteten von der Lügenhaftigkeit der Bonner Republik und traten für einen gesellschaftlichen Umsturz ein. Auf dem Titel des Göttinger *Atom Express* zur Landtagswahl 1978 werden Anti-Atom-Politiker als Marionetten der etablierten Parteien dargestellt und ironisch als das aller kleinste Übel bezeichnet. All dies ist unmissverständlich als Affront gegen das herrschende System und seine Eliten zu verstehen. Doch die Aussicht auf Einzug in die Parlamente, und die damit verbundene Aussicht auf gesellschaftliche Relevanz, löste bei einigen Alternativen einen Sinneswandel aus. Erste alternative Wahlbündnisse gründeten sich. Die Diskussion in der Szene nahm ihren Lauf. Die offensichtlichen Differenzen mündeten in hitzig geführte Debatten innerhalb der alternativen Stadtmagazine und Zeitungen.

# Atom

Bibliothek 25 8528  
Zeitung der Initiativen  
gegen Atomenergie

DM 1.50  
Nr.8 Juni 78

# Express

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie



Diese Debatten lassen sich im Nachhinein als eine Abfolge von Brüchen beschreiben: Szeneinterne Brüche, die die Alternativbewegung in den 1980er-Jahren in einzelne Teile zerfallen ließen, und ideologische Brüche bzw. Kompromisse, die jeder Einzelne, der letztendlich der grünen Partei beitrug, eingehen musste. Ein erster Bruch mit der antiparlamentarischen Maxime ist

bereits in der prinzipiellen Teilnahme an der Wahlbewegung zu sehen. Ein zweiter Bruch zeigt sich in der Akzeptanz der hierarchischen Parteistrukturen durch die dezidiert antiautoritär eingestellten Alternativler. Als dritten großen Bruch mit alternativen Vorstellungen lassen sich die programmatischen und parteistrukturellen Kompromisse betrachten, die als Grundlage zur Einigung mit den konservativen Kräften der Bewegung eingegangen werden mussten. Anhand dieser Konfliktlinien lässt sich die Diskussion über die Wahlbewegung nachzeichnen. So kann man Ende der 1970er-Jahre drei alternative Standpunkte erkennen: die aktive Teilnahme an der grünen Parteigründungsinitiative, die Organisation einer eigenen, alternativen Kandidatur und die komplette Verweigerung einer Beteiligung an der Wahlbewegung. Allerdings darf nicht von einem klaren Grenzverlauf ausgegangen werden. Die Übergänge waren fließend und hingen zum großen Teil mit dem persönlichen Umfeld der jeweiligen Personen, mit der Struktur der lokalen Szenen sowie mit taktischen Überlegungen zusammen.

Im Folgenden werden die starken Alternativszenen der urbanen Zentren Hamburg, Frankfurt und Berlin kurz charakterisiert und lokale Schlüsselereignisse aufgezeigt.

## Hamburg

Der große Knall kam in Hamburg nach der Landtagswahl von 1978. «Mir gefällt nicht, wie der KB immer deutlicher seine Dominanz ausspielt und alles abblockt, was nicht in sein politisches Konzept passt», hatte Holger Strohm, Spitzenkandidat der zur Landtagswahl angetretenen Bunten Liste Hamburg in einem offenen Brief geschrieben. Mit dem KB war der in der Hamburger Szene tief verwurzelte Kommunistische Bund gemeint, der auch eine Vormachtstellung innerhalb der Bunten Liste besaß. Mit ihrer Zeitung *Arbeiterkampf* besaß die sich undogmatisch gebende K-Gruppe außerdem ein mächtiges Propagandainstrument, welches sie auch einzusetzen wusste. Zwar hatte sich der KB im Wahlkampf noch zurückgehalten. Doch nach der Wahl, die mit 3,5% auf Landesebene und zwei Mandaten im Eimsbütteler Bezirksparlament durchaus positiv verlaufen war, versuchte er immer stärker, die Linie der Bunten Liste zu bestimmen. Strohm missfiel dieses Vorgehen. Doch sein Protest blieb ungehört. In ihrer Antwort beschimpften die Kommunisten den Ökologen im *Arbeiterkampf* als Spinner und falschen Demokraten und unterstellten ihm persönliche Eitelkeit. Ex-SPD-Mitglied Strohm und seine Freunde verließen daraufhin das Wahlbündnis. Es war der Anfang vom Ende der Bunten Liste.

Dabei galt die Liste bis zu diesem Zeitpunkt als positives Beispiel für eine alternative Wahlbeteiligung. Die ersten Diskussionen über eine Wahlteilnahme wurden im Kommunistischen Bund bereits im Vorfeld der Bundestagswahlen 1976 geführt. Im Gegensatz zu anderen Alternativgruppen lehnte der KB bürgerliche Wahlen nie grundsätzlich ab. Er sah sie als notwendiges Übel, um die BRD vom demokratischen Parlamentarismus in eine Rätedemokratie überführen zu können. Vor 1976 hatte er allerdings keine taktische Notwendigkeit für eine

Wahlteilnahme gesehen. Ein Jahr darauf begann das Umdenken. Die aus der Brokdorfer Anti-Atom-Bewegung kommende Idee, zur Bürgerschaftswahl mit einer Bürgerinitiativliste anzutreten, wurde positiv aufgenommen. Das im März 1977 folgende Gründungstreffen der «Bunten Liste/Wehrt euch-Initiative für Demokratie und Umweltschutz» unterstützten die Kommunisten mit allen Kräften. Dieses Engagement der K-Gruppe muss als wesentlicher Bestandteil der frühen alternativen Wahlbeteiligung gesehen werden. Und mit dem Hamburger Ableger der in Niedersachsen gegründeten bürgerlichen Grünen Liste Umweltschutz fand sich bald ein passendes Feindbild, welches die Alternativen weiter zusammenschweißte. Der *Arbeiterkampf* wettete fleißig gegen die, aus Sicht der Kommunisten, rechte Gruppierung.

Daneben gab es auch in Hamburg Gruppen, die einer Wahlbeteiligung gegenüber negativ eingestellt waren. Vor allem die Spontis und der Kommunistische Bund Westdeutschland, der 1976 für den Bundestag kandidiert hatte, beteiligten sich nicht an der Bunten Liste. Die Wahlbefürworter hingegen zerbrachen nach dem Strohm-Konflikt in zwei Gruppen. Die einen folgten dem Kommunistischen Bund und versuchten, unter anderem auf den Koordinierungstreffen der Alternativen in Darmstadt und Offenbach, im Laufe des Jahres 1979 die Gründung einer alternativen Bundespartei voranzutreiben. Die zweite Gruppierung, zu der federführend die aus dem Kommunistischen Bund ausgeschiedene Gruppe Z gehörte, versuchte, die Grünen als starke linke Fraktion zu unterwandern und von Konservativen wie Gruhl und Baldur Springmann zu befreien. So gehörte ein Großteil der 73 Hamburger Delegierten in Karlsruhe der Gruppe Z um Jürgen Reents, Rainer Trampert und Thomas Ebermann an. Strohm selbst trat hingegen nicht in die grüne Partei ein.

## Frankfurt

In den 1970er-Jahren beeinflussten die hedonistischen Spontis wie keine andere Gruppierung die Frankfurter Alternativszene. Ihre sogenannte Putztruppe um Joschka Fischer hatte sich während des Frankfurter Häuserkampfes Respekt verschafft. Den politischen Aktionismus der Spontis fürchtete man über ideologische Grenzen hinaus, und über die Artikel in der von Daniel Cohn-Bendit herausgegebenen Zeitschrift *Pflasterstrand* sprach man in der gesamten deutschen Alternativszene. Doch ab der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre begann eine Fraktionierung der Szene. Während für die einen kommunistische und anarchistische Ideen Vorrang hatten, setzten andere fortan auf die Ökologie als politische Leitlinie. So kam den Frankfurter Alternativen die Wahlbewegung gerade recht, und den Spontis bot sich noch einmal die Chance, ihre Vorreiterrolle auszuspielen. Bereits 1977 wurden erste Gedankenspiele über eine alternative Wahlteilnahme im *Pflasterstrand* veröffentlicht. «Ich bin mir sicher, dass wir das in Frankfurt auch zustande gebracht hätten», stand mit Blick auf die 8%, die eine Bürgerinitiativliste bei der Kommunalwahl in Darmstadt erreicht hatte, in der Aprilausgabe. Sechs Monate später konfrontierten die Spontis den Rest

der Szene mit der satirisch anmutenden Ankündigung ihrer eigenen Wahlkandidatur. Entgegen vieler Annahmen hatte die Grüne Liste Frankfurt tatsächlich die Absicht, an der hessischen Landtagswahl im folgenden Jahr teilzunehmen. Im Anschluss regte sich auch in anderen Teilen der Bürgerinitiativbewegung das Interesse an einer Wahlteilnahme. Gemeinsam mit den Radikalökologen um Jutta Ditfurth und Manfred Zieran, mit Teilen des Sozialistischen Büros, enttäuschten Traditionslinken, ehemaligen Jusos, konservativen Umweltschützern und einigen K-Gruppen schlossen sie sich im Frühjahr 1978 zur Grünen Liste – Wählergemeinschaft für Umweltschutz und Demokratie zusammen.

Doch irgendwann verließen die Frankfurter Spontis der Elan und der Spaß an der Wahlbewegung. Kräftezehrende Diskussionen mit «Personen, die noch nie auf einer Demo gewesen waren», ewig dauernde Sitzungen mit dogmatischen Kommunisten und bürgerlichen Paragraphenreitern und all die hierarchischen Parteistrukturen nervten die Hedonisten. Von der Wahlteilnahme hatten sie sich etwas anderes versprochen. Die eigens gegründete Bürgerinitiative Chaos und Sumpf sollte den Wahlkampf aufmischen. Aus der Wahl sollte eine Art Happening gemacht und bei erfolgreichem Abschneiden das Parlament von innen ad absurdum geführt werden. Doch es kam anders. Denn innerhalb der Wahlbewegung waren die Spontis nur eine von vielen Gruppen. Mit ihrer antiautoritären Art der Politikführung und ihrer Idee, anstatt eines Wahlprogramms ein Märchen zu veröffentlichen, eckten sie an. Im Laufe des Jahres 1978 kam es zu mehreren Konflikten innerhalb der höchst heterogenen Listengemeinschaft. Die Grüne Liste Umweltschutz Hessen (GLU-Hessen) und die Grüne Liste – Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW), das Bündnis, zu dem sich die Spontis mit den Radikalökologen zusammengetan hatten, hatten ihre Mitglieder aufgefordert, sich zur Beteiligung an der Gründung zur Grünen Liste Hessen (GLH) zusammenzufinden. Die GLH wurde am 23. Juli 1978 in Alsfeld von 135 Mitgliedern dieser beiden Organisationen gegründet und die Liste für die Landtagswahl im Oktober aufgestellt. Bereits am 5. August 1978 zog die GLU-Hessen die Unterstützung der GLH wieder zurück und fünf Mitglieder traten aus der GLH aus, zwei Vorstandsmitglieder traten zurück und vier Mitglieder wollten von der Landesliste gestrichen werden. Die GLH existierte weiter, allerdings ohne Unterstützung der GLU. Die öffentliche Debatte um die Kandidatur der GLH zur Landtagswahl fokussierte sich auf die Person von Daniel Cohn-Bendit. Als der im August von seinem Listenplatz 7 zurücktrat, war für viele Spontis das Fass übergelaufen. Sie beteiligten sich nicht mehr an der Wahlbewegung.

Der Ausgang der Landtagswahl war schließlich ernüchternd. Mit 1,1% auf Landesebene und 1,7% in der Region Frankfurt konnte die Grüne Liste lediglich einen Prestigesieg gegen die von Gruhl gegründete Grüne Aktion Zukunft vorweisen. Es setzte ein erneutes Nachdenken über Sinn und Zweck der Wahlteilnahme ein. In seinem wegweisenden Artikel im *Pflasterstrand* «Warum eigentlich nicht?» hatte Joschka Fischer kurz nach der Wahl die sorglose Parlamentarisierung der anti-parlamentarischen Spontibewegung als kurzfristig entlarvt. Denn: «Nur wer die Macht hat, kann verändern; aber auch: Wer dann Macht hat, den

hat sie auch, die Macht.» Wie viele Spontis entschied er sich daraufhin gegen eine weitere Beteiligung. So spielte der Sponti-Zusammenhang, im Gegensatz zu dem der Radikalökologen, bei der Gründung der Bundesgrünen keine Rolle. Fischer und Cohn-Bendit traten erst Anfang der 1980er-Jahre in die grüne Partei ein, diesmal aber mit realpolitischer Zielsetzung und ohne Angst vor der Macht.

## Berlin

Es war nicht gerade ein Auftakt nach Maß. Am Abend des 5. Oktober 1978 hatten sich rund 3.500 Bürgerinitiativler, Alternative, Umweltschützer und Mitglieder verschiedener K-Gruppen zur Gründung der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz in der Neuköllner «Neuen Welt» getroffen. Doch mit dem Ergebnis der gut fünfstündigen Debatte über einen Gründungsbeschluss konnte sich lediglich ein Drittel der Teilnehmer anfreunden. Größter Streitpunkt war die sogenannte K-Frage. Nach langen Diskussionen hatte sich die Mehrheit der Gründungsversammlung für die Vereinbarkeit von Doppelmitgliedschaften entschieden, d.h. für die Vereinbarkeit der Mitgliedschaft in der Alternativen Liste und den K-Gruppen. Als Kompromiss wurde zwar eine Art Loyalitätserklärung zur Alternativen Liste und das Prinzip der Einzelmitgliedschaft verabschiedet, doch das beruhigte die wenigsten Kritiker. Noch am selben Abend erklärte der prominente Anwalt Otto Schily offiziell, an der Liste nicht mitzuwirken. Auch die in der Berliner Wahlbewegung aufgrund ihrer erfolgreichen Teilnahme an der Bezirkswahl 1975 in Zehlendorf als Vorreiterin geltende Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger wandte sich von den Alternativen ab. In einem Interview mit der Berliner Tageszeitung *Der Abend* bezeichnete Schily die Liste als «KPD mit anderem Namen». Doch das Schicksal der Hamburger sollte sich nicht wiederholen.

Die Berliner Szene war wesentlich pluraler und heterogener als in anderen deutschen Großstädten. In den 1960er- und 1970er-Jahren hatte sich hier ein alternatives Biotop umgeben von kommunistischem Feindesland entwickelt, in dem sich der Einfluss verschiedenster Gruppen egalisierte. Von einer dominanten alternativen Gruppierung kann nicht gesprochen werden. «Die Szene ist zersplittert. Es gibt die Besetzer vom Südkiez und vom Nordkiez. [...] Es gibt Widerstands-Punks und Wochenend-Punks, Anarcho-Punks und Schicki-Punks (und manchmal fällt alles zusammen). Immer aufs Neue teilt und verteilt sich diese Stadt. Und das ist nicht nur schlecht. So haben wir vieles doppelt (und dreifach). Wagenbach und Rotbuch, taz und Neue, Ostberlin und Westberlin, zitty und tip», brachte es der frühere SDSler und Publizist Jürgen Miermeister im Jahre 1982 auf den Punkt. So trafen auch innerhalb der Wahlbewegung die unterschiedlichsten Interessen aufeinander. Dem Gründungskongress waren etliche kleinere Treffen der verschiedenen Gruppierungen vorausgegangen. Immer wieder kamen dabei dieselben Ängste und Sorgen zur Sprache. Man fürchtete sowohl die negative Beeinflussung der politischen Basisarbeit und den Verlust der Anbindung an die Bürgerinitiativen als auch die bereits angesprochene Majorisierung durch die

von Wolfgang Spielhagen im Szenemagazin *zitty* als «altägyptisch-rückwärtsge- wandt» bezeichnete KPD.

Doch anstatt einer Vereinnahmung der Alternativen Liste durch die Kommunisten entwickelte sich in Berlin ein gesundes Zusammenspiel. 1982 ließ Ernst Hoplitschek von der AL Berlin verlauten: «Hätte es die KPD-Kader im Apparat, in den Bereichen und Bezirken nicht gegeben – die AL hätte mit Sicherheit nicht überlebt.» Ihre Rolle machte sich besonders nach der Wahl im März 1979, die mit 3,7% auf Landesebene und dem Einzug in die Bezirksparlamente von Kreuzberg, Tiergarten, Schöneberg und Wilmersdorf als Erfolg verbucht werden konnte, bemerkbar. Denn die KPD-Kader waren es im Gegensatz zu den meisten Alternativen gewohnt, sich mit Paragraphen und hierarchischen Strukturen zu beschäftigen. Dazu kam die interne Entscheidung der Kommunistischen Partei, sich im März 1980 zugunsten der Alternativen Liste aufzulösen. Dies beruhigte die K-Gruppen-Gegner. Zur vorgezogenen Landtagswahl im Mai 1981 arrangierten sich die verschiedenen Teile der Wahlbewegung. Sogar Schily und die Zehendorfer Wählergemeinschaft begruben ihr Kriegsbeil und traten der Alternativen Liste bei. Dies sollte sich auszahlen. Mit 7,2% zog die Liste erstmals ins Berliner Abgeordnetenhaus ein.

## Zusammenfassung

Diese drei Episoden aus deutschen Großstädten lassen erahnen, welch tiefe Risse die Gründung der Grünen in der Alternativszene hinterließ. Der Eintritt in die Europagrünen berechtigte zur Teilnahme an der Gründungsversammlung in Karlsruhe. Er bedeutete für Alternative einen Bruch mit ihrem eigenen Organisationszusammenhang, der in den meisten Fällen mit dem persönlichen Freundeskreis identisch war. So kam in Hamburg ein Mitwirken bei den Grünen einem Bruch mit dem Kommunistischen Bund gleich, in Frankfurt musste man sich von den Spontis lösen. In Berlin lagen die Dinge etwas anders. Die Pluralität der Szene und die oftmalige Doppelzugehörigkeit zu verschiedenen Kreisen machte es einzelnen Alternativen mitunter einfacher, sich zu entscheiden. Eine Entscheidung bedeutet der auf den ersten Blick als Formalie erscheinende Eintritt in die Europagrünen aber in jedem Fall. Mit Blick auf die anfänglich unsichere politische Ausrichtung der neuen Partei verschoben viele interessierte Alternative die Entscheidung und fuhren als autonome Delegierte in die badische Metropole. Die meisten dieser Delegierten traten den Grünen allerdings im Lauf des Jahres 1980 bei – die Gedankenspiele um die Gründung einer alternativen Bundespartei wurden begraben. Dies sollten vor allem die konservativen Kräfte zu spüren bekommen. Bereits auf der Dortmunder Bundesversammlung im Juni besaßen Traditionlinke und Alternative gemeinsam ein personelles Übergewicht. Konservative wie Gruhl und Springmann verließen daraufhin die Partei, und der Links-Rechts-Konflikt wurde im Laufe der 1980er-Jahre durch den alle politischen Lager spaltenden Realo-Fundi-Gegensatz abgelöst.

# Von Wyhl in die Villa Reitzenstein: Die wundersame Reise der Grünen in Baden-Württemberg

Anfang und vorläufiges Ende der Reise sind markiert durch zwei tiefgreifende, weite Teile der Bevölkerung umfassende Revolten: den erfolgreichen Kampf gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl am Kaiserstuhl Mitte der 1970er-Jahre und die Auseinandersetzung um den Stuttgarter Bahnhof. Beide Widerstandsbebewegungen enthalten so etwas wie den «Spirit» der Grünen im Südwesten. Es geht um die Verhinderung von Größenwahn, um die Bewahrung von Heimat und um die Wut über die Arroganz der Macht. Diese Mischung aus konservativen und antiautoritären Elementen haben die Grünen hierzulande aufgreifen und repräsentieren können, nicht zuletzt in der Person des ersten grünen Ministerpräsidenten Deutschlands, Winfried Kretschmann.

Waren die Grünen bislang ausschließlich Gegenstand politologischer oder soziologischer Untersuchungen<sup>1</sup>, so sollten sie mit zunehmendem Alter auch in das Visier der Zeitgeschichte genommen werden.<sup>2</sup> Der vorliegende Beitrag wirft einen dezidiert historischen Blick auf den «grünen Weg»<sup>3</sup> in Baden-Württemberg. Während Politikwissenschaftler hauptsächlich Strukturen und ihren Wandel untersuchen, geht es dem Historiker mehr um Entwicklungen, die Identifizierung von Phasen, Wendepunkten. Freilich sind die Grenzen vor allem in der Zeitgeschichte fließend. Zur Beschreibung von Veränderung und ihren verursa-

---

1 Vgl. u.a. Joachim Raschke, *Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind*, Köln 1993, und ders., *Die Zukunft der Grünen*, Frankfurt/M. 2001; Hans-Peter Welte, *Die Parlamentarisierung der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg*, Frankfurt/M. 1994; Dieter Salomon, *Grüne Theorie und graue Wirklichkeit*, Freiburg 1992.

Angaben zu Fakten wie Wahlergebnisse, Amtszeiten usw. sind, wenn keine Quelle angegeben ist, den Daten des Statistischen Landesamtes oder den Chroniken auf den Homepages der Grünen Baden-Württemberg und der Bundespartei entnommen. Quellen aus dem Archiv Grünes Gedächtnis werden mit AGG gekennzeichnet.

2 Hierzu liegt die erste umfangreiche geschichtswissenschaftliche Arbeit vor. Silke Mende, «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn». Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

3 Bezeichnung aus: Winfried Hermann/Wolfgang Schwegler-Rohmeis (Hrsg.), *Grüner Weg durch schwarzes Land. 10 Jahre Grüne Baden-Württemberg*, Stuttgart 1989.

chenden Kräften muss auf politologische und soziologische Kategorien zurückgegriffen werden. Aber im Vordergrund steht doch die Narration des Prozesses.

## Die Wurzeln

«Wyhl, das ist im Geschichtsbuch als Geburtsstunde der deutschen Anti-Atom-Bewegung vermerkt, auch die Partei der Grünen hat letztlich am Kaiserstuhl ihre Wurzeln.»<sup>4</sup> So stellt es lapidar Karl-Otto Sattler in der *Frankfurter Rundschau* fest, aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des erfolgreichen Kampfes gegen den Bau eines AKW am Kaiserstuhl. Der Höhepunkt dieses Kampfes lässt sich auf das Jahr 1975 datieren. Ein Tag nach dem Baubeginn, am 18. Februar 1975, besetzen im Anschluss an eine Pressekonferenz der bis dato 30 Bürgerinitiativen einige Hundert Protestierende den Platz. Zwei Tage danach wird in einem brutalen Polizeieinsatz mit Wasserwerfern und Schlagstockeinsatz der Bauplatz wieder geräumt und mit Panzerdraht gesichert. 54 Besetzer werden verhaftet. Das war die Initialzündung für einen dauerhaften Massenprotest. Aus einer Kundgebung heraus, am 23. Februar 1975 mit 28.000 Menschen am Baugelände, wird der Platz gestürmt und erneut besetzt und trotz aller Drohungen von Seiten der Landesregierung und des Baden-Werks (heute ENBW) bis zum 7. November 1975 gehalten. Nach Erfolgen (Baustopp 1977) und Misserfolgen (Aufhebung des Baustopps 1983) der Bewegung vor den Verwaltungsgerichten wird das Ende der AKW-Pläne in Wyhl letztlich politisch besiegelt: Ministerpräsident Lothar Späth erklärte 1983 das AKW als nicht dringlich. Aber während des Jahres der Besetzung entfaltete sich auf dem Platz eine einzigartige Protestkultur um die Volkshochschule Wyhler Wald, in der sich Umweltschützer, die studentische Linke vor allem aus dem nahen Freiburg und die Winzer und Bauern aus dem Kaiserstuhl miteinander verbanden.<sup>5</sup>

Die Faszination, die von Wyhl ausging, gab letztlich auch der studentischen Linken in den zahlreichen baden-württembergischen Universitätsstädten, die sich Mitte der 1970er-Jahre entweder in Grabenkämpfen zwischen maoistischen K-Gruppen, den Spontis oder RAF-Sympathisanten selbst zerlegte oder an der portugiesischen Nelkenrevolution besoff, eine Perspektive.<sup>6</sup> Im Gründungsprozess der Grünen in Baden-Württemberg spielte die studentische Linke zunächst allerdings nur eine marginale Rolle.<sup>7</sup>

4 Karl-Otto Sattler, Wyhl – 25 Jahre danach, in: *Frankfurter Rundschau*, 18.02.2000.

5 Die Darstellung der Ereignisse von Wyhl folgt Bernd Nössler/Margret de Witt (Hrsg.), Wyhl. Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten, Freiburg 1976; Website des BUND – Regionalverband Südlicher Oberrhein: <http://vorort.bund.net/suedlicher-oberrhein/wyhl-chronik.html> (Stand 16.08.2011).

6 Der Autor stützt sich hier auf eigene Teilnahme und Beobachtung vor allem in Heidelberg.

7 Vgl. u.a. Stefan Gänzle, Bündnis 90/Die Grünen, in: Michael Eilfort (Hrsg.), Parteien in Baden-Württemberg, Landeszentrale für politische Bildung, Stuttgart 2004, S.129; Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 10f.

## Der Gründungsprozess

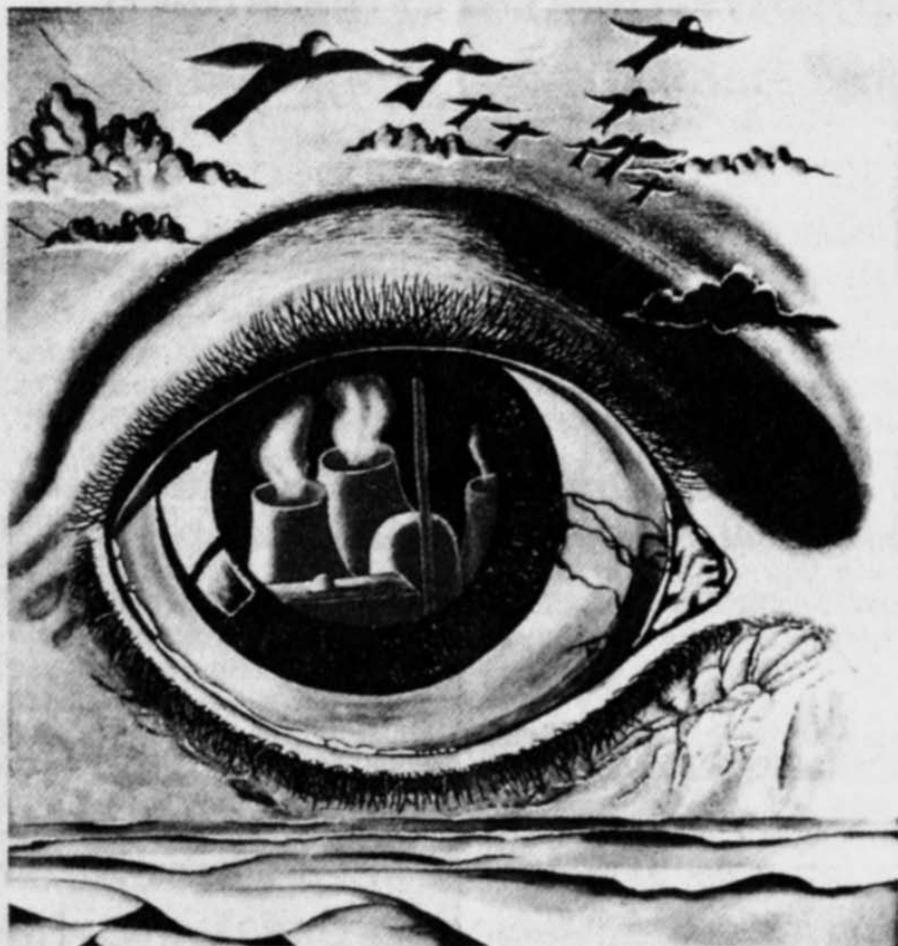
Die bundesweiten Entwicklungen, die Entstehung von grünen oder alternativen Listen bei Kommunalwahlen in verschiedenen Bundesländern, die organisatorische Strukturierung vieler ökologischer Initiativen im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die Austritte aus den Volksparteien wegen deren ökologischer Ignoranz – 1977 beschloss die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Hamburg den verstärkten Ausbau der Atomkraft, 1978 gründete der aus der CDU ausgetretene Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) – und die Hinwendung der ursprünglich eher nationalkonservativen Splitterpartei Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) unter dem Vorsitzenden August Haußleiter zu ökologischen Fragen brachten auch in Baden-Württemberg das politische Personal hervor, das sich auf den Weg zur Parteigründung machte.

Eine baden-württembergische Besonderheit war das Mitwirken einer anthroposophischen politischen Strömung, der sogenannte Achberger Kreis, benannt nach dem geistigen Zentrum der Gruppierung, der Free International University (FIU) in Achberg am Bodensee. Inspiriert von anthroposophischen Sozialvorstellungen und den Ideen des Dritten Weges zwischen Kapitalismus und Sozialismus aus dem Prager Frühling von 1968 blieb diese Initiative nicht nur ein intellektueller Diskussionszirkel, sondern versuchte ganz praktisch in einem Verbund mehrerer nach solchen Vorstellungen organisierter Betriebe (Mitarbeiterselbstverwaltung, Entkoppelung von Leistung und Einkommen, usw.) eine Umsetzung.

Ein wichtiger Schub zur Gründung des Landesverbandes kam von der Bundesebene. Unter baden-württembergischer Beteiligung wurde im März 1979 in Frankfurt von sieben ökologischen Parteien und Wählerinitiativen beschlossen, für die Europawahlen im Juni 1979 als Sonstige politische Vereinigung Die Grünen (SPV) zu kandidieren: GAZ, AUD, GLU, GLU-Schleswig-Holstein, GLU Rheinland-Pfalz, Aktion 3. Weg und FIU. Eine regelrechte Parteigründung war dafür nicht nötig. Mit Petra Kelly als Spitzenkandidatin holten die Grünen bundesweit 3,2%, in Baden-Württemberg sogar 4,5%. Jetzt konnte man sich ernsthaft eine Chance für die Landtagswahlen im Frühjahr 1980 ausrechnen. Am 30. September 1979 gründeten ca. 600 Mitglieder in der Stadthalle von Sindelfingen die Partei Die Grünen Baden-Württemberg und wählten den Tübinger Gymnasiallehrer Wolf-Dieter Hasenclever (ehemals SPD, seit 1977 AUD) zu ihrem ersten Vorsitzenden.<sup>8</sup>

<sup>8</sup> Darstellung des Gründungsprozesses nach Hermann/Schwegler-Rohmeis; Vgl. Protokoll der Gründungsversammlung, AGG, C BaWü I, Sign. 176.

**KEIN KKW IN WYHL  
UND AUCH NICHT ANDERSWO**



**WIR HABEN GENUG ENERGIE  
DIE GRÜNEN**

## Die innerparteilichen Auseinandersetzungen der 1980er-Jahre

Obwohl schon zum Wahlkampfauftakt anlässlich der 3. Landesversammlung in Esslingen am 27./28. Januar 1980 heftigste programmatische Auseinandersetzungen geführt wurden, die die junge Partei vor eine Zerreißprobe stellten, übersprang sie am 16. März 1980 mit 5,3% die 5%-Hürde und zog mit sechs Abgeordneten in den Landtag in Stuttgart ein, als erste grüne Partei eines Flächenstaates in der BRD (1979 war schon die Bremer Grüne Liste in die Bürgerschaft gewählt worden). Entscheidend für die politischen Kämpfe war der Eintritt dezidiert linker Mitglieder in die Partei seit der Gründung der Bundespartei in Karlsruhe am 13. Januar 1980. In Baden-Württemberg waren es vor allem die Funktionäre studentischer Basisgruppen Ali Schmeissner (Tübingen) und Uli Tost (Karlsruhe), die den Landesverband radikal basisdemokratisch ausrichten wollten und Begriffe wie «Ökologischer Humanismus» und «Evolution statt Revolution» als bürgerliche Formeln aus dem Programm streichen wollten, sich in Esslingen aber nicht durchsetzen konnten.<sup>9</sup>

Während zwischenzeitlich die Grünen bei der Bundestagswahl im Oktober 1980 (Schmidt gegen Strauß) regelrecht untergegangen waren (1,5%, in Baden-Württemberg 1,8%) und die politische Dynamik sich von der Anti-AKW-Bewegung hin zur Friedensbewegung (Kampagne gegen NATO-Doppelbeschluss) verlagerte, fand der Streit um die Ausrichtung der Landespartei, inzwischen als Fundi-Realo-Streit etikettiert, auf der 8. Landesversammlung am 26./27. Juni 1982 in Baden-Baden einen ersten Höhepunkt. «Ganz schön giftig. Die grüne Basis misstraut ihren eigenen Vorkämpfern», titelte am Tag darauf die *Badische Zeitung*.<sup>10</sup> In Baden-Baden – das Ambiente des Kurhaussaals war wohl zusätzlicher Stimulus zur Auflehnung gegen die Parteivorderen – brach die von Anfang an schwelende Kritik an der Landtagsgruppe um Hasenclever und Winfried Kretschmann vehement aus der Delegiertenseele. Ihnen wurde vorgeworfen, zu reformorientiert und kompromisslerisch aufzutreten. Zankapfel war der Versuch von Parteispitze und Fraktion, die Partei zu professionalisieren, das hieß, Vorsitzende teilweise zu bezahlen. «Mit einem halben Lehrergehalt von 1200 Mark und ohne Unterstützung durch die Partei kann ich keine vernünftige Arbeit mehr durchhalten»<sup>11</sup>, wird die Landesvorsitzende Marieluise Beck-Oberdorf aus Pforzheim (seit 1980 im Amt, nachdem Hasenclever wegen des Landtagsmandats zurückgetreten war) zitiert. Die Versammlung reagiert mit einer eigenen Logik: Das Amt des Vorsitzenden, das offensichtlich unentgeltlich nicht mehr zu stemmen war, wird kurzerhand abgeschafft und stattdessen ein fünfköpfiges gleichberechtigtes Gremium, der geschäftsführende Landesvorstand, installiert – ohne Bezahlung, versteht sich. Beck-Oberdorf tritt hierzu nicht mehr an. Die Landtagsgruppe übersteht trotz der Breitseiten von Hasenclever («Wir werden so

<sup>9</sup> Darstellung folgt Hermann/Schwegler-Rohmeis; Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind; Gänzle, a.a.O.

<sup>10</sup> Bericht von Klaus G. Wertel, in: *Badische Zeitung*, 28.06.1982.

<sup>11</sup> Ebenda.

zum Sektiererhaufen») und Kretschmann («Wenn ihr provokatorische Aktionen wollt, dann kann man Leute wie mich nicht in den Landtag reinwählen»<sup>12</sup>) gegen die Forderungen nach Fundamentalopposition sowohl eine Rücktrittsforderung zwecks Rotation als auch die Vertrauensfrage mit knappen Mehrheiten. Kretschmann war schon bei der letzten Landesversammlung ein Dreivierteljahr zuvor in Ludwigsburg der Krage geplatzt. Weil ihm das «Gemosre, wir seien im Landtag viel zu brav», gegen den Strich ging, entschloss er sich zu einem spontanen Redebeitrag, in dem er gegen den hörbaren Unmut des Publikums seine politische Strategie darlegte. Es mache keinen Sinn, der SPD etwa 10% der Wählerstimmen abzugeben, wenn dann die CDU immer noch ihre 53% hat. Ziel müsse es sein, in die Besitzstände der CDU einzubrechen. «Und deshalb habe ich auch keinen Bock drauf, in einer Partei links von der SPD zu sein.»<sup>13</sup>

Der Erfolg bei der vorgezogenen Bundestagswahl im März 1983 beruhigte den Streit um Fundamentalopposition vorübergehend. Die Grünen zogen, beflügelt von der Friedensbewegung gegen den NATO-Doppelbeschluss, mit 5,6% ins Bundesparlament ein. In Baden-Württemberg wurde der Bundesdurchschnitt mit 6,8% deutlich überboten. Die Partei konnte fünf Abgeordnete nach Bonn schicken, darunter Willi Hoss aus Stuttgart.<sup>14</sup> Hoss war sicherlich der baden-württembergische Abgeordnete der ersten Fraktion mit dem größten bundespolitischen Bekanntheitsgrad. Der 1929 geborene Hoss war jahrelang Mitglied und Funktionär der KPD/DKP, wurde nach seiner Kritik an der Niederwerfung des Prager Frühlings 1968 aus der Partei ausgeschlossen und engagierte sich dann im Umfeld des Sozialistischen Büros. Seit 1959 hatte der gelernte Hochdruckschweißer bei Daimler-Benz in Stuttgart gearbeitet und war als IG-Metall-Mitglied Betriebsrat. 1972 wurde er aus der IG Metall ausgeschlossen, nachdem er zuvor mit einer eigenen Liste, der Plakat-Gruppe, erfolgreich zu Betriebsratswahlen angetreten war. Hoss war auch als einziger ausgewiesener Linker schon im Gründungsprozess der Grünen in Baden-Württemberg dabei. In der Bundestagsfraktion, der er bis 1990 angehörte, zuletzt als einer der drei Sprecher, vertrat er realpolitische Positionen und erwarb sich schnell politisches Gewicht. In der Landespolitik spielte er dann keine Rolle mehr und trat 2001 wegen der Zustimmung der Partei zum Afghanistan-Einsatz aus. 2003 starb Willi Hoss.<sup>15</sup>

1983 wurde zum Jahr der Friedensbewegung. Baden-Württemberg wurde aufgrund der geplanten Standorte für Raketenstationierung eines der Zentren der Bewegung. Im Herbst 1983 gelang es, ca. 220.000 Menschen für eine Menschenkette über eine Strecke von 108 Kilometern von Ulm nach Stuttgart zu mobilisieren.<sup>16</sup>

Innerparteilich beförderte die Bewegungseuphorie eher die Schärfe der Auseinandersetzung. Die Konstanzer Landesversammlung im November 1983

12 Ebenda.

13 *Südwestpresse*, 21.09.1981.

14 Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 273.

15 Willi Hoss, *Komm ins Offene*, Freund. Autobiographie, Münster 2004.

16 Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 274.

zur Vorbereitung der Landtagswahlen geriet zu einer heftigen Abrechnung mit der Politik der Landtagsgruppe, so dass die Presse schon den Untergang der Grünen prognostizierte. Dennoch legten die Grünen in Baden-Württemberg im März 1984 kräftig zu, bekamen 8% der Stimmen, neun Mandate und wurden vor der FDP drittstärkste Kraft im Land. Drei Monate später kamen die Grünen in Baden-Württemberg bei der Europawahl sogar auf 10,1% (bundesweit: 8,2%). Und im Herbst etablierten sich Grüne und Alternative Listen auch bei den Kommunalwahlen als dritte politische Kraft. In den Städten Stuttgart, Freiburg, Heidelberg und Tübingen lagen die Ergebnisse sogar zwischen 15 und 20%. Damit ist das Jahr 1984 als das Jahr der Stabilisierung und Etablierung innerhalb der politischen Landschaft zu verzeichnen, trotz größter innerparteilicher Uneinigkeit über die Rolle der Partei im Parlament, über strukturelle Vorstellungen von Basisdemokratie und Repräsentation.<sup>17</sup>

Höhepunkt dieser Richtungskämpfe und zugleich Wendepunkt hin zu einer klaren real- bzw. reformpolitischen Ausrichtung der baden-württembergischen Grünen war eine Auseinandersetzung im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1987. Der Karlsruher Uli Tost, von 1981 bis Anfang 1986 Beisitzer im Bundesvorstand, setzte in seinem Kreisverband die Nominierung der damaligen Bundesvorstandssprecherin Jutta Ditfurth als Wahlkreiskandidatin durch, nachdem diese zuvor bei der Listenaufstellung ihres Landesverbandes Hessen durchgefallen war. Die Nichtberücksichtigung der Bundesvorstandssprecherin in Hessen war ein Höhepunkt des innerparteilichen Strömungskonflikts gewesen, der seit der Wahl von Ditfurth und Rainer Trampert als Bundesvorstandssprecher auf der Bundesversammlung 1984 in Hamburg eskalierte und sich vor allem in dem Konflikt mit den hessischen Grünen abbildete. Diese waren 1985 mit Joschka Fischer als Umweltminister – mit baden-württembergischer Unterstützung durch Winfried Kretschmann als Ministerialrat – die erste rot-grüne Regierungsbeteiligung eingegangen.<sup>18</sup>

Tosts Coup zielte nun darauf ab, mit der Galionsfigur Ditfurth die fundamentalistischen Claims im Landesverband Baden-Württemberg auszuweiten oder zumindest zu behaupten. Denn seit 1984 hatte die real- bzw. reformpolitische Strömung um die neuen Landtagsabgeordneten, den Tübinger Sprachwissenschaftler Fritz Kuhn sowie den Stuttgarter Rechtsanwalt Rezzo Schlauch, die Landtagsfraktion zu einem politischen Zentrum sowohl innerhalb der Partei als auch in der Außenwahrnehmung der Grünen ausbauen können.<sup>19</sup> Eine Platzierung von Jutta Ditfurth auf einem aussichtsreichen Listenplatz in Baden-Württemberg hätte auch bundesweit die strömungspolitischen Gewichte zugunsten der Fundamentaloppositionellen verschoben und für die künftige Bundestagsfraktion muntere Diskussionen versprochen.

<sup>17</sup> Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 276f.

<sup>18</sup> Hans-Joachim Noack über den Wahlkampf von Jutta Ditfurth in Baden-Württemberg: «Häufig werde ich gemieden», in: *Der Spiegel*, Nr. 2/1987.

<sup>19</sup> Welte, S. 99f.

Das Unternehmen scheiterte gänzlich. Uli Tost sprach gar von einem Dolchstoß der Realos<sup>20</sup> und bediente sich damit ohne Scheu einer Kampfmetapher aus der Propagandasprache der rechten Feinde der Weimarer Republik gegen die Revolution von 1918. Die Landesversammlung zur Listenaufstellung vom 4. bis 6. Juli 1986 in Asperg bei Ludwigsburg hatte sich gegen den Erpressungsversuch der Tost-Anhänger zur Wehr gesetzt und die Forderung, dass der eigentlich der fundamentalistischen Strömung zugestandene aussichtsreiche Listenplatz nur von Jutta Ditfurth besetzt werden könne, zurückgewiesen. Mit ihrer ultimativen Haltung brachten die Fundamentalisten auch strömungsunabhängige Delegierte gegen sich auf, und Jutta Ditfurth unterlag bei der Abstimmung um den letzten sicheren Listenplatz 5 mit 113 zu 159 Stimmen gegen die Böblinger Stadträtin Christa Vennegerts und trat dann für hintere Listenplätze gar nicht mehr an. Der Parteitag brachte in der Folge noch tumultartige Szenen, und die Kerntruppe der Fundamentalisten um Tost und Schmeissner wertete schließlich das Vorgehen der Parteitagsmehrheit als Ausgrenzung von Minderheiten. Sie kündigten an, dass man die Landesliste keineswegs akzeptieren wolle und im Wahlkampf nicht die politischen Vorgaben des Landesverbandes, sondern jene der Bundespartei vertreten werde. Man definierte sich also als Vertreter der Mehrheitslinie der Bundespartei und stellte damit den Landesverband in ein separatistisches Abseits. Außerdem, so Tost, hätten die Realos im Vorfeld des Listenparteitags eine regelrechte Schmutzkampagne gegen Jutta Ditfurth geführt. Bei nüchterner Betrachtung konnte man aber die in Asperg aufgestellte Landesliste kaum als reine Realo-Liste bezeichnen. Außer der Listenführerin, der entwicklungspolitischen Expertin Uschi Eid, und Willi Hoss auf Platz 6 – und auch diese beiden ließen sich strömungspolitisch nicht einfach vereinnahmen – gehörte eigentlich niemand zum Kreis des reformpolitischen Zirkels um Kuhn, Schlauch und den damaligen Landesvorstandssprecher Jürgen Gneiting. Mit Jutta Oesterle-Schwerin aus Ulm wurde gar eine ausgewiesene linke Feministin auf Platz 3 gesetzt.<sup>21</sup>

Der Showdown von Asperg vertiefte logischerweise die Gräben zwischen der Führung der Bundespartei und dem Landesverband, was an einem kleinen parteiinternen Scharmützel zwischen dem Pressesprecher des Bundesvorstands, Michael Schroeren, und den baden-württembergischen Landesvorstandssprechern deutlich wird. «Liebe Leute, jetzt seid ihr wohl total durchgeknallt», beginnt Schroeren sein Schreiben vom 1. Oktober 1986 an den Landesvorstand in Baden-Württemberg. Die Sprecher Jürgen Gneiting und Rolf Bach hatten in einer Presseerklärung zur Bundesversammlung vom 26. bis 28. September 1986 in Nürnberg die dort gefassten Beschlüsse – ökologischer Umbau der Industriegesellschaft und die Bereitschaft, diesen in einer Koalition mit der SPD zu verwirklichen – nachdrücklich begrüßt. Dies sei eine Bestätigung der baden-württembergischen

<sup>20</sup> Bericht von Oskar Weber, Nach dem Dolchstoß bleibt den Fundis nur ein Kater, in: *Stuttgarter Nachrichten*, 07.07.1986.

<sup>21</sup> Ebenda.

Linie. Als skandalös bezeichneten sie aber das Verhalten der Bundesvorstandssprecher Ditfurth und Trampert, die sich von den Ergebnissen von Nürnberg in einer Pressekonferenz distanziert und von Satire und «Anbiederung an die SPD» gesprochen hatten. Bach und Gneiting warfen in ihrer Erklärung den Sprechern Arroganz vor und pochten darauf, dass es Aufgabe des Bundesvorstandes sei, Beschlüsse der Bundesversammlung umzusetzen und nicht zu benoten. Schroeren wies in scharfem Ton die Vorwürfe als falsche Pressebehauptungen zurück und bezichtigte die Landesvorstandssprecher der Lüge. «Ihr habt sie wohl nicht mehr alle.» Die Südwestgrünen, so Schroerens Mutmaßung, wollten wohl die innergrüne Auseinandersetzung um die Wahlaussage ersticken und eröffneten die «Jagdsaison auf unliebsame Kritiker». «Wir fragen uns», so die prompte Replik aus Stuttgart, «was du eigentlich für ein Verständnis von deiner Funktion als Pressesprecher des Bundesvorstandes hast, wenn du glaubst, in einem solchen Ton Vorstandssprechern eines Landesverbandes antworten zu können». In der Sache konnte man auf eine schriftliche Erklärung von Ditfurth und Trampert verweisen, in der die inkriminierten Äußerungen, die Schroeren bestritten hatte, standen. Der Landesvorstand der Grünen in Hessen schloss sich der Zurechtweisung Schroerens an.<sup>22</sup>

Die Bundestagswahl im Januar 1987 wurde trotz der innerparteilichen Flügelkämpfe zu einem Erfolg, obwohl man sich bundesweit wegen der Atomkatastrophe von Tschernobyl im April 1986 doch etwas mehr als die erreichten 8,3% erhofft hatte. In Baden-Württemberg lag man mit 10% wieder deutlich über dem Bundesergebnis. Hier hatte im November 1986 noch eine weitere Industriekatastrophe den Grünen ein zusätzliches Thema geboten: Das Löschwasser zur Bekämpfung eines Großbrandes im Basler Sandoz-Werk vergiftete den Rhein mit Chemikalien.<sup>23</sup>

Während 1987 für die politische Außenwirkung der baden-württembergischen Grünen die Ausarbeitung eines von der Presse positiv aufgenommenen Technologieprogramms und der Volkszählungsboykott im Mittelpunkt standen, sorgte innerparteilich ein halbes Jahr vor der nächsten Landtagswahl im März 1988 ein Strategiepapier von Fritz Kuhn und der Stuttgarter Landtagsabgeordneten Waltraud Ulshöfer für Aufregung. «Für eine politische Kultur der wechselnden Mehrheiten», hieß der Vorschlag, der anlässlich einer Landesausschusssitzung in Heidelberg vom Fraktionsvorsitzenden präsentiert wurde. Falls CDU-Ministerpräsident Lothar Späth, so die Überlegung, bei der Landtagswahl die absolute Mehrheit verlöre, sollten die Grünen einen Keil in die bundesrepublikanische Koalitionslogik treiben und Späth anbieten, ihn zum Ministerpräsidenten mitzuwählen, wenn dieser sich bereit erklärte, ein Ökologieprogramm aufzulegen und in der Asylpolitik auf grüne Vorstellungen einzugehen. Ansonsten solle er sich

22 Pressemitteilung der Landesvorstandssprecher, TELEX, 01.10.1986, 11.21 Uhr; Antwort Schroerens, vom selben Tag, 11.59 Uhr, verschickt über den innergrünen Verteiler; Schreiben der Landesvorstände Baden-Württembergs und Hessens, TELEX, 02.10.1986, AGG, C BaWü I.1, Sign. 83(2).

23 Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 279f.

dann jeweils in Einzelfragen parlamentarische Mehrheiten suchen und so mit allen anderen im Landtag vertretenen Parteien kooperieren. Dieses Konzept der wechselnden Mehrheiten als Kernstück des Papiers sollte ein «Schritt hin zu einer neuen – bunteren, lebendigeren, diskussions- und inhaltsorientierteren – politischen Kultur»<sup>24</sup> sein. Machtpolitisch wäre es sicherlich ein kluger Schachzug gewesen, zumal in Baden-Württemberg damals eine rot-grüne Mehrheit außerhalb des Vorstellbaren lag. Anscheinend mussten dafür erst ganze Bahnhöfe tiefer gelegt werden und Atomkraftwerke explodieren. Und auch eine Ampelkoalition war unmöglich – weder mit der SPD («verknöcherte Funktionärsgarde»<sup>25</sup>) noch mit der FDP («ständisch orientierter Pöstchenjäger-Verein»<sup>26</sup>). Auch war bekannt, dass Späth weder eine schwarz-gelbe noch eine große, schwarz-rote Koalition behagte. Die Grünen hätten somit zu einem Gestaltungsfaktor werden und sich gleichzeitig aus der SPD-Fixierung lösen können. Historisch gesehen war dieses Strategiepapier die erste Annäherung an schwarz-grüne Kooperationen auf Landesebene und fand auch bundesweit bei den Kommentatoren Beachtung. Nur, die Vorstellung einen CDU-Ministerpräsidenten mitzuwählen, ließ nicht nur fundamentalistisch orientierten Grünen die Haare zu Berge stehen. Die Delegierten des Landesausschusses begrüßten zwar mit knapper Mehrheit das Anliegen, das hinter einer Kultur der wechselnden Mehrheiten stand; warum man dafür aber Späth mitwählen sollte, wollte kaum jemand einsehen. Das Papier verschwand in der politischen Versenkung und wurde auf der nächsten Landesversammlung zur Vorbereitung der Wahlen nicht mehr zur Abstimmung gestellt. Dort wurde vielmehr in der Präambel des Wahlprogramms sowohl die Wahl eines CDU-Ministerpräsidenten ausgeschlossen als auch eine Absage an ein Konzept der wechselnden Mehrheiten festgeschrieben.

Hinter dem Vorschlag Kuhns und Co. vermutet der Politikwissenschaftler Hans-Peter Welte noch eine andere strategische Absicht. «Darüber hinaus ging es [...] für die Grünen Baden-Württemberg auch um eine Distanzierung von der Bundespartei. Es sollte verhindert werden, dass sich das schlechte Erscheinungsbild von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion allzu negativ auf die anstehende Landtagswahl in Baden-Württemberg auswirkt.»<sup>27</sup> Das Konzept einer Kultur der wechselnden Mehrheiten hätte eine eigene baden-württembergische Linie bedeutet und man hätte so auch in das Wählerpotenzial der CDU eindringen können.

Bei der Landtagswahl am 20. März 1988 erhielten die Grünen erstmals in Baden-Württemberg einen Dämpfer. Zwar verloren sie gegenüber 1984 nur 0,1% und erreichten 7,9%, aber bei der letzten Bundestagswahl das Jahr zuvor war das Ergebnis zweistellig gewesen. Für viele war dies angesichts der Strömungskämpfe in Bonn noch ein glimpflicher Ausgang.<sup>28</sup>

<sup>24</sup> Welte, S. 137-143.

<sup>25</sup> Welte, S. 139.

<sup>26</sup> Ebenda.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 141f.

<sup>28</sup> Hermann/Schwegler-Rohmeis, S. 282.

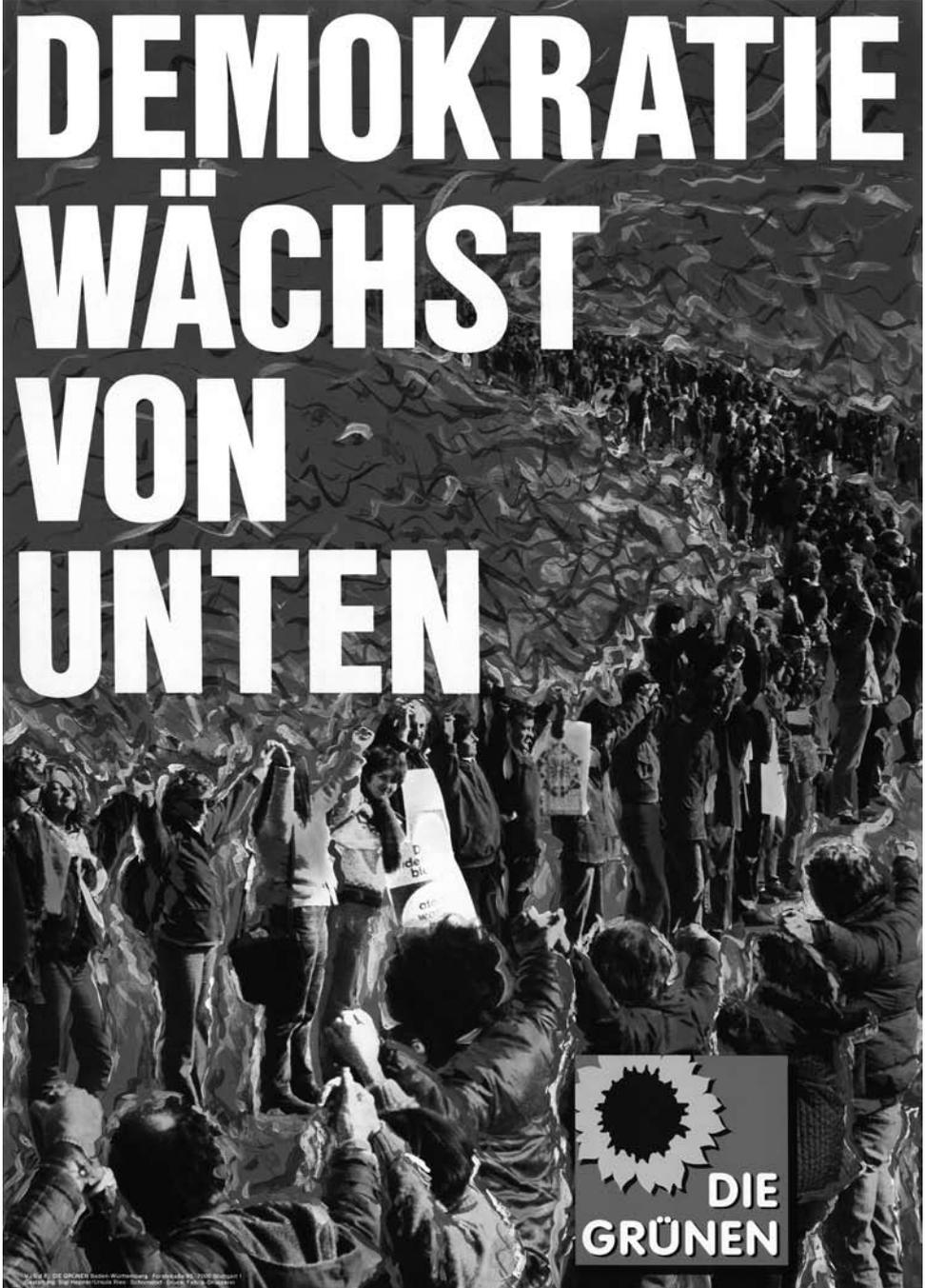
In der Tat hatten die Grünen auf Bundesebene damit begonnen, sich zusehends selbst zu zerlegen. In dem Bemühen, den lähmenden Fundi-Realo-Streit aufzulösen, bildeten sich dazwischen neue Strömungen. Der Grüne Aufbruch, 1988 von Antje Vollmer und Ralf Fücks initiiert, war ein solcher Vermittlungsversuch. Von den harten Fundis um die sich selbst als Ökosozialisten etikettierenden Ditfurth, Trampert und Thomas Ebermann setzten sich undogmatische Linke im Linken Forum in mehr reformpolitischer Richtung ab. Eine Gruppe kritischer Realos setzte sich von den marktwirtschaftlichen, parlamentaristischen Positionen eines Otto Schily oder Udo Knapp ab. Die Besonderheit in Baden-Württemberg war die, dass seit dem Ditfurth-Coup von Uli Tost im Jahre 1986 die ökosozialistische Strömung praktisch nicht mehr existierte und ein pragmatischer reformpolitischer Grundkonsens weit über das eigentliche Realolager hinaus vorhanden war.

So war es auch kein Zufall, dass auf dem Bundesparteitag am 3. Dezember 1988 in Karlsruhe die beiden Vorstandssprecher des gastgebenden Landesverbandes, die Stuttgarter Psychologin Heide Rühle und der Gymnasiallehrer Wolfgang Kaiser aus Bad Dürkheim, die bundespolitisch bislang kaum in Erscheinung getreten waren, mit ihren Auftritten maßgeblich dazu beitrugen, die Stimmung für eine Rücktrittsforderung gegen die fundamentalistische Sprechertroika um Jutta Ditfurth zu bereiten. Anlass für die vehemente Kritik an den Sprechern bot das von ihnen zu verantwortende finanzielle Fiasko beim Umbau der Parteizentrale Haus Wittgenstein bei Bonn. Aber auch der mit knapper Mehrheit erzwungene Rücktritt brachte letztlich keine wirkliche Ruhe in die Partei. Dies schaffte erst der Wähler 1990, indem er bei der ersten Bundestagswahl des vereinigten Deutschlands im Dezember die Westgrünen politisch abstrafte, sie aus dem Bundestag katapultierte und zu einem politischen Neuanfang zwang.<sup>29</sup>

Letztlich zeigten sich die Grünen als die bundesrepublikanischste der Parteien. Durch die Richtungskämpfe geschwächt waren sie den durch die Entwicklung in der DDR gestellten deutschland- und europapolitischen Herausforderungen nicht gewachsen und erreichten bundesweit nur 3,9%. In Baden-Württemberg hätte man mit 5,7% allerdings den Einzug in den Bundestag geschafft. Dort war es Anfang März 1990, noch vor der Volkskammerwahl in der DDR, auf einer Landesversammlung bundesweit zuerst gelungen, eine deutschlandpolitische Erklärung zu beschließen, die sich vom Dogma der Zweistaatlichkeit verabschiedete.<sup>30</sup> Aber der reformpolitische Konsens war auch in Baden-Württemberg schwer ins Wanken geraten. Mit einem 6-seitigen offenen Brief an alle Mitglieder hatte eine Gruppe Realos nach der Bundesversammlung von Hagen im April 1990 die dort gefassten Beschlüsse als Position der Zweistaatlichkeit durch die Hintertür, der Abkehr von der Ökologie als Leitidee und des Offenhaltens einer Zusammenarbeit mit der PDS scharf kritisiert und das Überleben der Partei in

<sup>29</sup> Welte, S. 29f.

<sup>30</sup> Landesversammlung vom 2.–4. März 1990, «Für ein ziviles, europäisches Deutschland», Initiativantrag und Beschluss, AGG, C BaWü I.1, vorl. Sign. 655.



*Wahlplakat der Grünen in Baden-Württemberg zur Landtagswahl 1988*

Frage gestellt.<sup>31</sup> Die Überbringer der schlechten Nachricht wurden vom parteipolitischen Mainstream im Landesverband – obwohl durch das Wahldebakel dann in der Analyse bestätigt – eher als Spalter denn als Retter wahrgenommen. Unter den 30 Unterzeichnern war neben Kuhn und Schlauch auch Kretschmann, der schon 1988 als Mitverfasser eines ökolibertären Manifestes in Erscheinung getreten war.

## Neuaufstellung, Erfolg und Stagnation in den 1990er-Jahren

1988 war Fritz Kuhn aus dem Landtag ausgeschieden, ihm war somit eine für ihn wichtige politische Bühne entzogen gewesen. 1991 kehrte er als Sprecher des Landesverbandes im Duo mit der undogmatischen Linken Dagmar Dehmer aus Freiburg in ein offizielles Amt zurück. Ziel war es, die Grünen nach dem Debakel von 1990 neu aufzustellen und die Landtagswahl 1992 erfolgreich zu bestreiten. Dies gelang mit 9,5% eindrucksvoll und noch mehr als das: Die CDU, deren umtriebiger Frontmann Lothar Späth zuvor über die Traumschiffaffäre<sup>32</sup> gestolpert war, musste mit seinem doch etwas biederen Nachfolger Erwin Teufel antreten und verlor prompt mit einem Minus von 10% ihre absolute Mehrheit, und die FDP fiel mit ihren 5,9% als Mehrheitsbeschaffer aus. Erstmals bot sich den Grünen in Baden-Württemberg eine rechnerische Machtoption: eine Koalition mit der CDU. Die schwarz-grünen Lockerungsübungen im Strategiepapier von 1987 gingen sozusagen in die zweite Runde. Die Kehrseite der CDU-Niederlage war allerdings der Einzug der Republikaner in den Landtag, die mit 10,9% an den Grünen vorbei den dritten Platz belegten. Für die CDU-Spitze im Lande, mit Ausnahme von Finanzminister Gerhard Mayer-Vorfelder, stellte diese Truppe aber keine Machtoption dar, entgegen zahlreicher Stimmen von der Basis.

Umgekehrt löste Teufels Entschluss, mit SPD und Grünen parallel zu sondieren, einen Sturm der Entrüstung in seiner Partei aus. Nur Fraktionschef Günther Oettinger und die Junge Union sowie vorsichtig positive Signale aus der Bundespartei bestärkten Teufel in seinem Schritt auf die Grünen zu.

Die Grünen selbst legten dafür die Messlatte recht hoch – die Union müsse sich personell und inhaltlich erneuern, das AKW Obrigheim stilllegen, ambulante Abtreibungskliniken im Land einrichten, auf zwei geplante Sondermüllöfen verzichten – und ernteten aus der Basis gedämpfte Zustimmung zu dem Feldversuch. Die Bundespartei reagierte eher mit Störfeuer.<sup>33</sup>

Was man so andernorts bei den Grünen von den Parteifreunden im Südwesten hielt, wird vielleicht an einem kleinen Aktenfund in drastischer Weise deutlich.

31 Offener Brief an die Mitglieder der baden-württembergischen Grünen, o. D., AGG, C BaWü I.1, vorl. Sign. 655; Vgl. Raschke, Die Grünen, S. 257.

32 Journalisten hatten 1991 aufgedeckt, dass Lothar Späth sich u.a. zu einer privaten Urlaubsreise auf die Yacht des Chefs des Elektronikkonzerns SEL hatte einladen lassen.

33 Peter Henkel, «Die Würfel für Schwarz-Rot sind schon gefallen», in: *Frankfurter Rundschau*, 24.04.1992; Presseerklärung des Landesvorstandes Nr.22/92, 29.04.1992, AGG, C BaWü I, vorl. Sign. 605.

Mit dem Briefkopf der «Alternativen Jugend Hamburg» findet sich ein Fax in den Akten der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle, in dem sie den «Schwabern», so die Anrede, vorschlagen, eine braun-schwarz-grüne Koalition zu bilden.<sup>34</sup> Der nicht namentlich gezeichnete Brief empfiehlt höhnisch eine Zusammenarbeit mit den Republikanern und endet «Mit deutschem Gruß!». Man kann das zwar als dummen Jungen-/Mädchenstreich abtun, die Frage ist aber schon, in welchem Umfeld ein solcher Jux entstehen kann. Die schwarz-grünen Sondierungsgespräche jedenfalls gingen über den Austausch von Positionen nicht hinaus. Allein, dass man sie überhaupt geführt hat, war eine neue politische Qualität und letztendlich eine Aufwertung der Grünen. Die daraufhin gebildete große Koalition gab den Grünen die Profilierungsmöglichkeit als einzige ernstzunehmende Oppositionsfraktion im Landtag. Auch was die Parteispitze betraf, so beschränkt man weiterhin den 1991 erfolgreich eingeschlagenen Weg, versierte und erfahrene Politiker in das Sprecheramt zu wählen. Auf Fritz Kuhn, der 1992 wieder im Landtag den Fraktionsvorsitz übernahm, folgten die jeweiligen Ex-MdLs Winfried Hermann und Reinhard Bütikofer. Die Landtagswahl 1996 brachte dann auch mit 12,1% das beste Ergebnis, das Grüne bis dahin jemals in einem Flächenland einfahren konnten. Aber glücklich konnten sie am Ende des Wahlabends über ihren Rekord nicht sein – blickte man auf das Gesamtergebnis. Die SPD war auf 25,1% abgestürzt und damit als grüne Partnerin für einen Regierungswechsel ausgefallen, den man zuvor durchaus für möglich erachtet hatte. Der CDU war die Große Koalition besser bekommen, und sie stabilisierte sich mit 41,3% wieder. Der FDP gelang mit Walter Döring an der Spitze ein Comeback mit 9,6%, ohne im Wahlkampf irgendwelche Inhalte angeboten zu haben. Und auch die Republikaner wurden wieder mit 9,1% in den Landtag gewählt. Die Grünen waren verärgert über die SPD, die mit ihrer Kampagne für einen Stopp des Zuzugs von Ausländern Rot-Grün geschadet und die Wähler den Republikanern in die Arme getrieben hatte. Landesvorstandssprecher Winfried Hermann, der heutige Verkehrsminister, sah «das Projekt Rot-Grün in Baden-Württemberg nun wohl für alle Zeiten gestorben»<sup>35</sup>. In der Tat konnte dieses Landtagswahlergebnis von 1996 erst 2011 (2001: 7,7%; 2006: 10,7%) überboten, dann gleich verdoppelt (24,2%) und damit das Projekt Regierungsübernahme in der Farbkombination Grün-Rot verwirklicht werden. Viele der profilierten Landespolitiker drängte es damals daher eher in die Bundespolitik.

## **Baden-Württembergische Grüne auf Bundesebene**

Als erste baden-württembergische Grüne hatte Heide Rühle ein exponiertes Parteiamt übernommen. Sie wurde 1990 zur Sprecherin der Bundespartei

<sup>34</sup> Fax vom 21.04.1992, AGG, C BaWü I, Sign. 529.

<sup>35</sup> Rainer Laubig, «Von der Beteiligung der Macht weiter weg denn je», in: *Stuttgarter Zeitung*, 25.03.1996.

gewählt und war von 1992 bis 1998 deren politische Geschäftsführerin. 1999 zog sie ins Europaparlament ein und wurde bis heute zweimal wiedergewählt.

Das Amt des politischen Geschäftsführers blieb zunächst in baden-württembergischer Hand. Reinhard Bütikofer, seit 1996 Landesvorsitzender, folgte Rühle nach. 2002 wurde er als einer der beiden Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen gewählt, bevor auch er 2009 ins Europaparlament entschwand. Als Bundesvorsitzender war er auch einem Baden-Württemberger gefolgt. Fritz Kuhn hatte im Jahr 2000, als die Grünen in der Mitte der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung in einer Krise waren<sup>36</sup>, mit Renate Künast den Bundesvorsitz übernommen, bis er 2002 in den Bundestag gewählt wurde, wo er von 2005 bis 2009 zusammen mit Renate Künast die Fraktion führte. Auch in diesem Amt gab es einen baden-württembergischen Vorgänger. Rezzo Schlauch, seit 1994 im Bundestag, war während der ersten rot-grünen Bundesregierung gemeinsam mit Kerstin Müller Fraktionsvorsitzender, bevor er 2002 bis 2005 als parlamentarischer Staatssekretär ins Wirtschaftsministerium wechselte.

Im Parteivorsitz folgte 2008 nach dem Ausscheiden Bütikofer wieder ein Baden-Württemberger. Cem Özdemir, der von 1994 bis 2002 Abgeordneter im Bundestag und von 2004 bis 2009 im Europaparlament war, hat bis heute gemeinsam mit Claudia Roth dieses Amt inne. Daneben sind noch mindestens zwei weitere exponierte Landespolitiker zu nennen, die es in den 1990er-Jahren in die Bundespolitik zog. Biggy Bender, seit 1988 im Landtag und dort von 1988 bis 1990 Fraktionsvorsitzende, kam wie Winfried Hermann 1998 in den Bundestag.

## Die Vorbereitung auf die Macht fand in den Gemeinden statt

Maselheim liegt auf der Schwäbischen Alb am Südostrand von Baden-Württemberg im oberschwäbischen Landkreis Biberach. 1991 bekam die 4.500-Seelen-Gemeinde bundesweite Aufmerksamkeit. Hier wurde erstmals in Deutschland mit Elmar Braun ein Grüner zum Bürgermeister gewählt. Bis dahin war die Gemeinde wie die Region fest in CDU-Hand gewesen. Braun, zeitweise auch Mitglied im Landesvorstand, ist ein Sohn des Dorfes. Bei NSU in Ulm war er zuvor Betriebsrat gewesen. Sein sehr persönlich, aber mit klarer ökologischer Zielsetzung geführter Wahlkampf wurde noch dadurch gekrönt, dass den früheren Motorradrennfahrer auch Motorradclubs unterstützten.<sup>37</sup>

Der 28 Jahre amtierende CDU-Bürgermeister trat nicht mehr an und Braun setzte sich mit 53% klar gegen zwei Mitbewerber durch. 1999 (70%) und 2007 (82,4%) gelang ihm jeweils die Wiederwahl, obwohl er 2003 mit den Plänen für einen Motopark (Rennstrecke und Fahrsicherheitstraining) im Ortsteil Äpfingen eine Bürgerinitiative gegen sich aufbrachte.<sup>38</sup> Die Pläne wurden 2006 letztlich

<sup>36</sup> Raschke, Die Zukunft der Grünen, S. 400ff.

<sup>37</sup> Auskünfte von Elmar Braun bei einem Besuch des Autors mit internationalen Bundestagspraktikanten 1992 in Maselheim.

<sup>38</sup> *taz*, 09.10.2003.

mangels Investor sang- und klanglos beerdigt.<sup>39</sup> An der Position Brauns kratzte dies nicht. Vielleicht bietet eine jüngst in einem Interview gemachte Aussage einen Erklärungsansatz für seinen Erfolg. Befragt nach Gründen für die Beliebtheit von Kretschmann sagt er: «Der Winfried Kretschmann ist echt. Ich glaube, dass ihm die Beliebtheit nicht so wichtig ist.» Und auf die Frage, wie das bei ihm in Maselheim sei, antwortet Elmar Braun, es sei richtig, dass die Bürgermeister acht Jahre Zeit haben bis zur nächsten Wahl. «Und nicht vier oder fünf wie in der Politik.»<sup>40</sup>

Nicht in den kommunalpolitischen Hochburgen, den Uni-Städten Tübingen, Freiburg, Heidelberg und Stuttgart, in denen bei Kommunalwahlen um die 20% geholt wurden, gelang also die erste Eroberung des Chefsessels im Rathaus, sondern im oberschwäbischen schwarzen Kernland. Vielleicht liegt die Erklärung hierfür wirklich in Brauns Unterscheidung. In den Metropolen ist wohl einfach zu viel Politik. 1996 brachten dann der Landtagsabgeordnete Manfred Renz im Schwarzwaldkurstädtchen Bad Herrenalb und der langjährige wirtschafts- und finanzpolitische Berater der Landtagsfraktion Ralph Bürk in der Bodensee-gemeinde Uhldingen-Mühlhofen das Kunststück fertig. Beide schafften aber 2004 ihre Wiederwahl nicht. Im gleichen Jahr gelangte dann auch erstmals ein Grüner auf den OB-Sessel einer größeren Stadt: Der Rechtsanwalt Horst Frank in Konstanz. 1996 war auch Rezzo Schlauch ins Rennen um das Oberbürgermeisteramt in der Landeshauptstadt Stuttgart gegangen. Dem Wahlkampf des populären politischen Schwergewichts – «Zwei Zentner für Stuttgart», lautete das Wahlmotto auf Ganzkörperplakaten – gab der Erfolg zuvor in Konstanz noch zusätzlichen Auftrieb. Im ersten Wahlgang kam Schlauch mit über 30% bis auf 5% an den CDU-Kandidaten heran, und SPD-Mann Rainer Brechtken war mit 22% abgeschlagen. Der Sieg war für Schlauch also zum Greifen nahe gewesen. Die SPD hätte sich nur klar für ihn positionieren müssen. Beim zweiten Wahlgang, bei dem die einfache Mehrheit reicht, zog die SPD Brechtken aber nicht zurück und zusätzlich meldete sich aus Pforzheim noch der dortige, umtriebige SPD-OB Joachim Becker (nach badenwürttembergischen Wahlrecht möglich) und warf trotz Warnungen seiner Partei den Hut in den Ring. Das Unterfangen war aussichtslos, kostete aber Rezzo Schlauch letztlich den Sieg: Schuster (CDU) gewann mit 43,1%, Rezzo Schlauch legte nochmals auf 39,3% zu, Brechtken sackte auf 13,5% ab und Becker blamierte sich mit 3,4%.<sup>41</sup>

2002 gelang es dann dem Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Landtag, Dieter Salomon, den OB-Sessel in Freiburg und damit in der ersten Großstadt zu erobern. Der Politikwissenschaftler hatte schon während des Studiums für die Grünen den Kreisverband gemanagt, war im Stadtrat gewesen und hat auch noch über die Grünen promoviert. 2005, nach dem Ausscheiden der Grünen aus

<sup>39</sup> Mitteilungsblatt der Gemeinde Maselheim Nr.27/2006, 14.06.2006.

<sup>40</sup> *taz*, 25.09.2011.

<sup>41</sup> Zur OB-Wahl 1996 in Stuttgart liegt eine Einzelfallstudie von Markus Hoecker vor. Dissertation am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart, 2005, [http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2005/2216/pdf/OB\\_Wahl\\_aktuell\\_05\\_02\\_15\\_als\\_PDF\\_Vorlage.pdf](http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2005/2216/pdf/OB_Wahl_aktuell_05_02_15_als_PDF_Vorlage.pdf) (Stand 25.09.2011).

der Bundesregierung, war er zeitweise der Grüne mit dem bedeutendsten politischen Amt in der Republik. 2010 wurde er souverän wiedergewählt. Ebenfalls 2002 kam Arno Schütterle ins OB-Amt in der Kleinstadt Mühlacker, wurde aber 2010 wieder abgewählt. Cai-Ullrich Fark wurde 2003 in Warthausen, wie Maselheim im Landkreis Biberach gelegen, Bürgermeister. 2008 wechselte er aber in die CDU und verlor 2010 die Wiederwahl gegen einen Parteilosen. In Gäufelden wurde ebenfalls 2003 der Landtagsabgeordnete Johannes Buchter ins Bürgermeisteramt gewählt. 2004 folgten Carsten Gabbert und Hansjörg Hofer in den badischen Gemeinden Schutterwald und Schriesheim. Größeres Aufsehen erregte dann wieder der Sieg des Landtagsabgeordneten Boris Palmer 2006 bei der OB-Wahl in Tübingen. Palmer hatte zuvor bei der OB-Wahl 2004 in Stuttgart mit 21% gut abgeschnitten, war aber nicht wie Rezzo Schlauch in die Nähe eines Sieges gekommen. Die SPD-Frau Ute Kumpf war deutlich an ihm vorbeigezogen auf Platz zwei hinter dem amtierenden CDU-OB Schuster. Umstritten war dann in der Partei, dass Palmer nach Zugeständnissen Schusters an grüne Forderungen dessen Wiederwahl empfahl und im zweiten Wahlgang zurückzog.<sup>42</sup>

Die *ZEIT* bewertete die Tatsache, dass die meisten grünen Bürgermeister in Baden-Württemberg, Hessen und Bayern zuhause sind, als typisch für die wohlhabenden Bürger dieser Länder, die gern konservativ wählten, wenn es um die große Politik gehe. «Aber in der kleinen Politik, die nicht so richtig wehtut und keine Vermögenssteuer erfindet, wählen die Wohlhabenden grün, wahrscheinlich um sich selbst zu beweisen, wie weltoffen und tolerant sie sind.»<sup>43</sup> Ob dies auch für die 2011 gelungene grüne Regierungsübernahme im Land gilt, muss sich noch zeigen. Jedenfalls ist der Erfolg bei den Landtagswahlen nicht nur mit Fukushima und Stuttgart 21 zu erklären. Er basiert auch auf der Eroberung von Verantwortungspositionen auf kommunaler Ebene.

---

<sup>42</sup> Vgl. Website Boris Palmers zur Wahl: <http://stuttgart2004.boris-palmer.de/> (Stand: 25.09.2011)

<sup>43</sup> *Die ZEIT*, 17.09.2009.

# Die Grünen in Niedersachsen

Als Wiege der größten und vor allem langlebigsten Anti-Atomkraftbewegungen und (gemeinsam mit Schleswig-Holstein) Experimentierfeld der ersten erfolgreichen grünen Listen, gilt Niedersachsen seit jeher als «grünes Stammland»<sup>1</sup>. Wie für die Grünen typisch entstanden die grünen Listen hier in enger Verbindung mit Bürgerinitiativen und Protestbewegungen. Zugleich ist der niedersächsische Landesverband mit seinem vergleichsweise harmonischen Image jedoch die Ausnahme in der frühen Parteigeschichte der Grünen, die in der öffentlichen Wahrnehmung häufig ein einziger Strömungskampf war. Doch von vorn.

## Gründung des niedersächsischen Landesverbandes

Die Grünen in Niedersachsen wurden am 9. Dezember 1979, also noch vor dem grünen Bundesverband, gegründet. Sie entstanden zunächst als Landesverband «Sonstige Politische Vereinigung/SPV Die Grünen». Vorausgegangen war der Zusammenschluss der Grünen Liste Umweltschutz (GLU) mit der Umweltschutzpartei (USP) zur Landtagswahl 1978, bei der die neu fusionierte GLU mit 3,9% bereits ein beachtliches Ergebnis einfahren konnte. Bis es zu dieser Einigung kommen konnte, hatte es in Niedersachsen durchaus eine Reihe heftiger Strömungsstreitigkeiten gegeben, die zunächst zur Ausbildung verschiedener grüner Parteigebilde und Listen auf Landesebene führten.<sup>2</sup> Als landesweite Partei war die USP 1977 gegründet worden. Nach der Landtagswahl von 1978 entstand mit der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) eine weitere Partei auf Bundesebene, die sich wie die seit den 1950er-Jahren aktive Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) dem grünen Spektrum zuordnete. Hauptstreitpunkt unter den grünen Gruppierungen war, wie in vielen anderen Landesverbänden, die ideologische Verortung einer gemeinsamen grünen Partei, insbesondere die Abgrenzung nach links.

Für die Europawahl 1979 schlossen sich GLU, GAZ und AUD dennoch zur gemeinsamen Liste Sonstige Politische Vereinigungen (SPV) Die Grünen zusammen und machten in Niedersachsen gemeinsam Wahlkampf. Mit

- 1 Christoph Hohlfeld, Grüne Eintracht Niedersachsen, in: Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 348.
- 2 Vgl. dazu ausführlich: Anna Hallensleben, Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei Die Grünen 1980, Göttingen/Zürich 1984.

immerhin 3,6% in Niedersachsen konnte auch diese Wahl als Erfolg verbucht werden, obwohl der Einzug in das Europäische Parlament nicht aus dem Stand gelang. Der ideologische Konflikt wurde durch den gemeinsamen Wahlkampf zwischenzeitlich verdeckt, aber nicht gelöst. Unterhalb des kompromissfähigen Ökologiethemas schwelte er nach der Wahl weiter und entbrannte erneut, als die gemeinsame Gründung der Grünen auf Bundes- und Landesebene Kontur annahm.<sup>3</sup> Auf der Landesdelegiertenkonferenz der GLU in Bodenwerder 1979 wurde zwar beschlossen, die bunten und alternativen Listen an den Programmdiskussionen zu beteiligen, um eine Spaltung wie beispielsweise in Bremen zu verhindern. Allerdings war das Gespenst der dogmatischen Linken auch in den bürgerlich geprägten Kreisen der GLU so gefürchtet, dass die niedersächsischen Kreisverbände im Zuge der Gründungsvorbereitung zur gemeinsamen bundesweiten grünen Partei größtenteils eine stärkere Abgrenzung nach links suchten.<sup>4</sup> Die bereits im Europawahlkampf vertretenen Grundsätze – ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei – schufen nur eine prekäre gemeinsame Basis, die in dieser Frage keine Entscheidung brachte. Erst über das 1980 auf Bundesebene beschlossene Saarbrücker Programm kam es dann vereinzelt zum Bruch, als sich der Kreisverband Uelzen weigerte, es für den Bundestagswahlkampf 1980 zu vertreten. Auch unter der Führung von Herbert Gruhl, dem Gründer der GAZ, kam es zu Abspaltungen von der gemeinsamen Partei<sup>5</sup>, aber die GLU Niedersachsen als Ganzes ging im niedersächsischen Landesverband der Grünen auf.

Dadurch wurden die Querelen zwischen den bürgerlichen und den linken Kräften zwar nicht beendet, aber während diese in anderen Bundesländern zur Hypothek für die weitere Entwicklung und schließlich zur Zerreißprobe wurden, gelang es im niedersächsischen Landesverband, einen Mittelweg zu etablieren, der weitere Spaltungen verhinderte. Damit konnte die parlamentarische Erfolgsgeschichte der niedersächsischen Grünen weitergehen.

## Etablierung im Parlament

Das Ergebnis der Bundestagswahl 1980 fiel für die Grünen bescheiden aus, mit 1,5% der Stimmen bundesweit und 1,6% in Niedersachsen. Der besonders polarisierte Wahlkampf zwischen dem SPD-Kanzler Helmut Schmidt und dem CDU/CSU-Kandidaten Franz Josef Strauß mag hierfür der Hauptgrund gewesen sein, denn das damit keine langfristige Schwäche der niedersächsischen Grünen eingeleitet wurde, zeigte sich zwei Jahre später. Gleich bei der ersten Landtagswahl nach Gründung des grünen Landesverbandes gelang der parlamentarische Durchbruch. Mit 6,5% zogen die Grünen 1982 erstmals in den niedersächsischen Landtag ein, als vierter Landesverband der Grünen überhaupt. Wie im Rest der Bundesrepublik eckten sie dort bei den bereits etablierten Parteien mit einigen

---

<sup>3</sup> Ebenda, S. 188.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 216f.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 229.



*Auszug aus dem Landeswahlprogramm der Grünen in Niedersachsen, 1982*

neuen Ideen an. So ging die Frage, ob eine Rotation der grünen Abgeordneten nach der Hälfte der Legislaturperiode statthaft sei, bis vor den Staatsgerichtshof, der schließlich zugunsten der grünen Beschlüsse urteilte. Dennoch wurde die Rotation von Beginn an nicht konsequent durchgeführt, nur fünf der elf Abgeordneten bei den niedersächsischen Grünen rotierten auch tatsächlich, und in den nachfolgenden Jahren wurde das Prinzip immer weiter verwässert. Dies war jedoch keine niedersächsische Besonderheit, vielmehr beschlossen nach und nach die meisten Landesverbände und auch die Bundespartei, vom ursprünglichen Rotationsprinzip Abstand zu nehmen. Dagegen ist die Machtteilung zwischen den Geschlechtern, die im Frauenstatut von 1986 festgeschrieben wurde, als Besonderheit grüner Parteistruktur erhalten geblieben. Obwohl in Anlehnung an das Saarbrücker Parteiprogramm bereits ein vielfältiges Themenspektrum abgedeckt wurde, stellten die niedersächsischen Grünen programmatisch die Umweltpolitik in den Fokus. So ist dem Wahlprogramm von 1982 eine Landkarte Niedersachsens vorangestellt, auf der «Umweltzerstörungen in Niedersachsen durch geplante oder bestehende Großprojekte»<sup>6</sup> eingezeichnet sind. Im Landtag setzte sich die grüne Fraktion entsprechend gegen die Atomprojekte, insbesondere Gorleben, ein. Rasche Erfolge waren ihnen damit gegen die konservative Regierung unter Ernst Albrecht zwar nicht beschieden, aber durch die parlamentarische Arbeit konnten die Proteste der Kernkraftgegner zumindest, wie schon von der GLU geplant, direkt in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht werden.

Der Einzug in den Bundestag 1983 mit 5,6% bundesweit und immerhin 5,7% in Niedersachsen komplettierte die frühe Erfolgsserie, und in den nachfolgenden Jahren florierte der grüne Landesverband Niedersachsen. Die Mitgliederzahl stieg von 3.728 im Jahr 1983 auf einen ersten Höchstwert von 5.157 im Jahr 1987<sup>7</sup> an. Bei der Landtagswahl 1986 konnte das gute Ergebnis von 1982 sogar noch verbessert werden. Mit 7,1% lösten die Grünen die FDP als drittstärkste Partei in Niedersachsen ab. Dennoch bescheinigten viele Beobachter den Grünen damit ein enttäuschendes Ergebnis, da allgemein stärkere Zugewinne erwartet worden waren.<sup>8</sup> Hintergrund war die Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl, die erstmalig drastisch vor Augen führte, welche konkreten Gefahren auch die friedliche Kernenergienutzung mit sich bringen konnte. Nachfolgende Umfragen hatten gezeigt, dass die Stimmung in der Bevölkerung sich gegen die Atomenergie zu wenden begann, selbst die Zukunft des Bundeskanzlers Helmut Kohl wurde mit dem Ausgang der niedersächsischen Wahl verknüpft. Auch bei den niedersächsischen Grünen hatte man sich entsprechend mehr erhofft, zumindest einen flüchtigen Blick auf mögliche Regierungsszenarien mit grüner Beteiligung geworfen. Allein, es reichte trotz aller Prognosen nicht für eine Ablösung der CDU, die zwar fortan mithilfe der FDP weiterregieren musste, aber weiterhin mit dem Kernenergiebefürworter Ernst Albrecht den Ministerpräsident stellte. Trotz Tschernobyl

6 Die Grünen Niedersachsen, Unser Wahlprogramm, Hannover 1982.

7 Alle Mitgliederzahlen gemäß der Auskunft des niedersächsischen Landesverbands.

8 Ein Schiff kann lange brennen, in: *Der Spiegel*, 25 (1986), S. 11-25.

schien die Zeit noch nicht reif für die von den Grünen vertretene Forderung nach einem sofortigen Atomausstieg, aber das gute Ergebnis zeigte dennoch, dass die Grünen in Niedersachsen zum politischen Faktor geworden waren.

## Regierungs- und Oppositionsjahre im Zeichen der Kernenergiekontroverse

Die nächste Landtagswahl 1990 brachte zwar mit 5,5% weniger Stimmenanteile, dafür aber die erste Regierungsbeteiligung für die niedersächsischen Grünen. Obwohl es bereits in Hessen und Berlin Koalitionen unter grüner Beteiligung gegeben hatte, war Niedersachsen damit noch immer Pionierland, waren Ausmaß und Richtung parlamentarischer Tätigkeit zu Beginn der 1990er-Jahre bei den Grünen doch noch immer sehr umstritten. Dem niedersächsischen Landesverband kam hierbei freilich zugute, dass Rot-Grün bereits im Vorfeld der Wahl 1986 diskutiert worden war. Viele Führungspersönlichkeiten hatten da bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Regierungsbeteiligung kundgetan, so beispielsweise Helmut Lippelt, der «breitangelegte Verhandlungen mit der SPD» bei einem entsprechenden Wahlergebnis für notwendig gehalten hatte.<sup>9</sup> Auf der Landesdelegiertenkonferenz in Braunschweig 1985 waren auf Drängen des linken Flügels noch alle Wege von Opposition über Tolerierung bis hin zur Koalition offen gehalten worden. Vor der Wahl 1990 bekannten sich aber nun Linke wie Bürgerliche gleichermaßen zum rot-grünen Koalitionsprojekt.<sup>10</sup> Auch hierbei gelang es den niedersächsischen Grünen, Spaltungen und Zerreißproben zu verhindern. Das Programm deckte das gesamte Spektrum grüner Themen ab, wobei wiederum Umwelt- und Energiepolitik einen prominenten Platz auf den vordersten Seiten einnahmen. Bezüglich der Energiepolitik blieb der Kurs hart: Die Kernkraftwerke sollten sofort stillgelegt und neue Anlagen verboten werden. Das in Niedersachsen besonders virulente Thema der Atommüllentsorgung wurde direkt daran gekoppelt. So wird ausführlich dargelegt, wieso keines der in Niedersachsen angesiedelten Zwischen- und Endlagerprojekte geeignet ist, und dass sie nur weiter erforscht würden, um die Kernenergienutzung nicht einstellen zu müssen. Aus dieser Not wird zugleich eine Tugend gemacht, wenn es heißt: «Die Verhinderung der Endlager ist damit sogleich ein wichtiger Hebel für den Stopp des Atomprogramms.» Entsprechend würden die Grünen sich nur dann «an einem Konzept der möglichst sicheren Lagerung von Atommüll beteiligen», wenn «die Erforschung, Erkundung und Entwicklung der Endbehandlung des Atommülls nicht mehr als Alibi für die Weiterproduktion von Atommüll dient».<sup>11</sup> Hier wurden die Forderungen der Protestbewegungen also nach wie vor konsequent vertreten. Umwelt- und Atompolitik waren jedoch keine Kernthemen in einer Landtagswahl, die aufgrund der Wiedervereinigung unter starken bundespolitischen Einflüssen stand. Die Grünen, die auf Bundesebene sogar kurzzeitig

<sup>9</sup> Gespenst gesichtet, in: *Der Spiegel*, 21 (1985), S. 31f.

<sup>10</sup> Vgl. Hohlfeld, S. 351f.

<sup>11</sup> Zitate aus: Die Grünen Niedersachsen, Landtagswahlprogramm 1990, Hannover 1990, S. 13f.

in eine tiefe Krise gerieten, konnten in dieser Situation mit ihren Themen wenig punkten, was entsprechend zu ihrem verglichen mit 1986 deutlich schlechteren Wahlergebnis beigetragen haben dürfte. Nichtsdestotrotz konnten die niedersächsischen Grünen in den Koalitionsverhandlungen einiges für ihr Kerngeschäft erreichen. In der Koalitionsvereinbarung einigten sie sich mit der SPD auf einen Ausstieg aus der Atomenergie auf dem rechtlich schnellstmöglichen Weg, wobei das älteste niedersächsische Kernkraftwerk Stade zuerst vom Netz genommen werden sollte. Die Standorte Gorleben und Schacht Konrad bei Salzgitter wurden zudem einvernehmlich als Endlager für Atommüll abgelehnt. Insgesamt konnten die niedersächsischen Grünen also weitreichende umweltpolitische Akzente in den Koalitionsverhandlungen setzen. Umso unbefriedigender war es, dass sie sich bei der Besetzung des Umweltministeriums nicht gegen den Koalitionspartner durchsetzen konnten. Die damals parteilose Monika Griefahn, Mitbegründerin der deutschen Sektion von Greenpeace, bekam den Zuschlag. Obwohl ihnen damit das naheliegende Ministerium verwehrt blieb, konnten die Grünen mit Waltraud Schoppe die erste Frauenministerin Niedersachsens stellen und so eine weitere Kernforderung in der neuen Regierung durchsetzen. Der zweite grüne Ministerposten ging an Jürgen Trittin, der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten wurde. Alles in allem verlief die erste Regierungszeit ohne sensationelle Erfolge, aber auch ohne desaströse Niederlagen. Umweltpolitisch beschloss die rot-grüne Regierung ein großes Förderprogramm für Windenergie, jedoch konnten die Grünen daraus ohne das Umweltministerium nur bedingt Kapital schlagen.

Die Mitgliederzahlen sanken im Laufe der Regierungsbeteiligung leicht, wobei das Ergebnis der Landtagswahlen 1994 bewies, dass sich die niedersächsischen Grünen auch ohne Umweltminister durchaus in der Koalition profilieren konnten. Mit 7,4% erzielten sie ihr bis dahin bestes Landtagswahlergebnis. Da die SPD allerdings zugleich die absolute Mehrheit erreichte, kam es nicht zu einer Neuauflage von Rot-Grün, die Grünen kehrten wieder in die Opposition zurück. Mit den ersten Castor-Transporten ins Zwischenlager Gorleben blieb für die Grünen das Kernenergieproblem und die Frage nach dem Umgang mit den Protesten auch in der Oppositionsarbeit bedeutend. Gerade die immer stärker anwachsenden Polizeieinsätze, die Castor-Transporte und Anti-Castor-Demonstrationen in den 1990er-Jahren begleiteten, verschafften dem Thema dauerhafte Präsenz. In der Oppositionszeit stiegen die Mitgliederzahlen wieder an und erreichten schließlich 1998 mit 5.652 einen neuen Spitzenwert.

Der Landtagswahlkampf 1998 stand für die Grünen unter dem Motto «Ökologie macht Arbeit, Solidarität macht sicher». Dank der anstehenden Bundestagswahl spielten bundespolitische Trends auch bei dieser Landtagswahl eine gewichtige Rolle, lag doch immerhin Wechselstimmung in der Luft. Hinzu kam, dass der amtierende Ministerpräsident Gerhard Schröder seine Kanzlerkandidatur von dem Wahlergebnis abhängig gemacht hatte und alles außer einer Fortführung der Alleinregierung demnach als Niederlage für die niedersächsische SPD und ihn persönlich zu werten gewesen wäre. Dennoch gelang es den Grünen,

sich mit 7% gut zu behaupten, auch wenn sie erneut mit ihrem Ziel scheiterten, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Während die SPD erfolgreich auf Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik setzte, versuchten die Grünen dies mit einem umfassenden ökologischen Konzept zu verbinden. In ihrem Wahlprogramm präsentierten sie sich als ökologisch-sozialer Reformmotor für Niedersachsen und Bonn, hatten jedoch im Landtagswahlkampf Profilierungsprobleme gegenüber der SPD. Dies mag auch daran gelegen haben, dass dem Umweltthema für die Wahlentscheidung allgemein deutlich weniger Bedeutung zukam; nur in den Hochburgen der Anti-Atom-Bewegung konnten die Grünen damit überdurchschnittlich gut abschneiden.<sup>12</sup> In punkto Kernenergie blieb die programmatische Linie auch gewohnt hart. Weiterhin stand der Atomausstieg an erster Stelle und alle diskutierten Zwischen- und Endlager in Niedersachsen wurden abgelehnt. Zudem stellten sich die Grünen dezidiert auf die Seite der Atomkraftgegner und deren «friedlichen Widerstand gegen Atomkraftanlagen», die durch regelrechte «Besatzungszustände» beantwortet würden.<sup>13</sup> Damit wurde die Kritik an den im Laufe der 1990er-Jahre immer massiver gewordenen Polizeieinsätzen im Zuge der Castor-Transporte aufgenommen.

Die enge Bindung an das Thema Atomkraft stellte die niedersächsischen Grünen mit der ersten Regierungsbeteiligung auf Bundesebene aber in den nachfolgenden Jahren auch vor eine Belastungsprobe. Die rot-grüne Bundesregierung hatte zwar den Atomausstieg beschlossen, vielen Atomkraftgegnern ging der Prozess jedoch nicht schnell genug. Auch hatte die Bundesregierung für viel Unmut gesorgt, als nach einem zweijährigen Moratorium die Castor-Transporte nach Gorleben im Jahr 2001 wieder aufgenommen wurden. Da nutzte es wenig, dass mit Jürgen Trittin ein niedersächsischer Grüner an der Spitze des Bundesumweltministeriums auf die vertraglichen Verpflichtungen verwies, den nach Frankreich verbrachten Atommüll wieder zurückzunehmen. Zwischenzeitlich entbrannte innerhalb der grünen Partei ein heftiger Streit darum, in welchem Ausmaß die Grünen vor Ort Teil der Protestbewegung bleiben könnten. So wollten sich viele Spitzenpolitiker der niedersächsischen Grünen, wie die damalige Landesvorsitzende Heidi Tischmann und die Fraktionsvorsitzende Rebecca Harms, weiterhin aktiv an den Protesten beteiligen und unterstützten Sitzblockaden und andere Formen des friedlichen Widerstands gegen die Castor-Transporte, wohingegen der Parteirat ein solches Engagement ablehnte.<sup>14</sup> Beide Seiten befürchteten dabei im Prinzip einen Glaubwürdigkeitsverlust. Die niedersächsischen Grünen, weil der Atomkonsens gerade die für

<sup>12</sup> Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 1. März 1998, in: Berichte der Forschungsgruppe Wahlen, Nr. 88, Mannheim 1998, S. 46f. u. 56f.

<sup>13</sup> Zitate aus: Die Grünen Niedersachsen, Landtagswahlprogramm 1998–2003. Ökologie macht Arbeit! Solidarität macht sicher!, Hannover 1998, S. 24.

<sup>14</sup> Allgemeines zur Auseinandersetzung in: Matthias Gebauer, Grüne streiten um Sitzblockaden, in: *Spiegel Online* vom 31.01.2001, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,115322,00.html> [Stand 20.07.2011].

Niedersachsen zentrale Entsorgungsfrage in ihren Augen nicht befriedigend geklärt und eine zentrale Ursache des Widerstands damit schlicht nicht beseitigt hatte. Sich in dieser Situation von den Protesten abzuwenden, erschien vielen als keine gangbare Lösung, weil weiterhin Druck auf die Energiekonzerne ausgeübt werden müsse.<sup>15</sup> Der Parteirat argumentierte dagegen, die Grünen hätten 2000 dem Atomkonsens und entsprechend den damit verbundenen vertraglichen Pflichten zugestimmt. Sich nun gegen die notwendigen Castor-Transporte zu stellen, sei inkonsequent, zumal es zum Rücktransport des Atommülls keine Alternativen gäbe. Jürgen Trittin schrieb dazu in einem Brief an den niedersächsischen Landesvorstand: «Wollen wir glaubhaft bleiben, müssen wir zu den Konsequenzen unserer Politik stehen. Der Atomkonsens ist ein Kompromiss, der noch eine Weile Transporte erlaubt. Unabhängig vom Konsens müssen wir den Atommüll aus Frankreich und England zurücknehmen. Die Voraussetzungen für die Durchführung der Transporte sind gegeben. Und deshalb gibt es für Grüne keinen Grund, gegen die Transporte zu demonstrieren.»<sup>16</sup> Beim Landtagswahlkampf 2003 war es abgesehen von dieser parteiinternen Belastung für die niedersächsischen Grünen zudem schwierig, sich mit der SPD als Koalitionspartner im Bund gegen deren Kurs als Landesregierung komplett abzugrenzen. Vor diesem Hintergrund setzten die Grünen, gestärkt durch ihr gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl 2002, erneut auf die Rolle des Reformmotors, der einer «meist schwerfälligen, oft strukturkonservativen SPD» auf die Sprünge helfen würde.<sup>17</sup> Thematisch widmeten sie sich zuvorderst der Bildungspolitik und warben u.a. für längeres gemeinsames Lernen. Trotz aller parteiinternen Differenzen über die Castor-Transporte verbuchten sie es als grünen Erfolg, dass die Energiewende auf Bundesebene überhaupt beschlossen worden sei, charakterisierten den Atomkonsens zugleich aber als ausbaufähig. «Wir wollen den vereinbarten Ausstieg aus der Atomkraft weiter beschleunigen und die Energiewende unumkehrbar machen»,<sup>18</sup> hieß es dazu. In den konkreten Fragen wie der Entsorgungsfrage war der Spagat zwischen bundes- und landespolitischen Erfordernissen dagegen nicht so leicht zu meistern. Einerseits passten sich die niedersächsischen Grünen den neuen bundespolitischen Erfordernissen an, wenn sie sich beispielsweise weiterhin gegen die Nutzung Gorlebens als «Atomklo» verwarhten, zugleich aber nicht – wie noch 1998 – alle Zwischenlager sofort schließen wollten, sondern für eine Beschränkung der Kapazitäten auf die Restlaufzeit der Reaktoren sowie eine Begrenzung der Genehmigungs-

15 Vgl. zu den Argumenten der Protestbefürworter: Offener Brief an die bündnisgrünen Landes-, Kreis- und Ortsverbände, Grüne gegen Castor-Transporte – Für den schnellstmöglichen Ausstieg, 03.02.2001, abrufbar unter: <http://www.gruene-linke.de/atom/aktionen/01-02--offener-brief.html> [Stand 20.7.2011].

16 Jürgen Trittin, Brief an die niedersächsischen Kreisverbände von Bündnis 90/Die Grünen. Betreff: Castor-Transporte nach Gorleben, 31.01.2001, abrufbar unter: <http://www.spiegel.de/media/0,4906,2950,00.pdf> [Stand 20.7.2011].

17 Die Grünen Niedersachsen, Wir sind bereit! Landtagswahlprogramm 2003, Hannover 2003, S. 1.

18 Ebenda, S. 18.

dauer plädierten. Andererseits betonten sie wiederum, der Widerstand gegen Atommüllproduktion, -transport und -lagerung sei gerechtfertigt. Trotz dieser insgesamt nicht ganz einfachen Ausgangslage erzielten die Grünen mit 7,6% ihr bis dahin bestes Ergebnis in Niedersachsen. Zugleich verhalf der Stimmeneinbruch der SPD allerdings einer schwarz-gelben Koalition zur Macht und torpedierte damit das grüne Wahlziel einer rot-grünen Landesregierung.

Die Regierungsbeteiligung wurde auch im vierten Anlauf nicht erreicht, obwohl es den niedersächsischen Grünen 2008 mit 8% gelang, ihr Wahlergebnis noch einmal zu verbessern. Im Land wie im Bund nun in der Opposition führten sie mit Ursula Helmhold und Stefan Wenzel als Spitzenkandidaten einen selbstbewussten Wahlkampf unter dem Motto «Jetzt. Für morgen. Grün für Niedersachsen»<sup>19</sup>. Es sollten nicht mehr nur Reformen angestoßen, sondern eine grüne Politikwende eingeleitet werden. In ihren eigenen Worten wollten sie «Niedersachsen ökologisch und solidarisch umgestalten»<sup>20</sup>. Das unter rot-grün erlassene Gorleben-Moratorium endete zwar erst zwei Jahre später, doch war mit dem Ende der rot-grünen Regierung auf Bundesebene die Endlagerfrage für Niedersachsen wieder merklich virulenter geworden, zumal die Skandale um den undichten Salzstock Asse II die Sorge genährt hatten, es sollten unter der Hand vollendete Tatsachen an aus grüner Sicht ungeeigneten Standorten geschaffen werden. Entsprechend wiederholten die Grünen in ihrem Programm die Forderung nach einer neuen Endlagersuche, fernab der bislang in Niedersachsen anvisierten Standorte. Insgesamt stellte das Wahlprogramm von 2008 im Wesentlichen eine konzeptionell geschärfte und mitunter erweiterte programmatische Weiterführung der Politikvorschläge aus 2003 dar.

Infolge des Politikwechsels unter der schwarz-gelben Bundesregierung erlebten die Grünen seit 2009 bundesweit einen steilen Aufstieg. Insbesondere durch die Laufzeitverlängerung für viele Kernkraftwerke und die erneute Endlagerprüfung in Gorleben war Niedersachsen durch einige bundespolitische Entscheidungen direkt betroffen. Der Streit um die Atomkraft entbrannte erneut und mit ihm gelangten die Grünen ebenso wie die Anti-Atomkraft-Proteste in Niedersachsen zu neuer Blüte. Obwohl die Bundesregierung angesichts der Reaktorkatastrophe von Fukushima mittlerweile eine erneute Wende vollzogen hat, halten sich die Grünen in Umfragen bundesweit und in Niedersachsen weiterhin in hohen Gefilden, und im Mai 2011 verzeichneten die niedersächsischen Grünen mit 5.663 Mitgliedern einen neuen Bestwert. Sollten sie ihre derzeitigen Umfragewerte halten können, stünde 2013 einer Regierung unter grüner Beteiligung in Niedersachsen kaum noch etwas im Wege.

---

19 Die Grünen Niedersachsen, Jetzt. Für morgen. Grün für Niedersachsen. Wahlprogramm 2008–2013, Hannover 2008.

20 Ebenda., S. 1.

## «Grüne Eintracht Niedersachsen»<sup>21?</sup> – Gründe für die Strömungsferne

Besonderes Merkmal der Geschichte der niedersächsischen Grünen ist, glaubt man der Einschätzung vieler Beobachter, die ungewöhnliche Harmonie innerhalb des Landesverbandes, die so gar nicht zu der oft als streitsüchtig wahrgenommenen Gesamtpartei passen will. Die eingangs geschilderte Gründungszeit zeigt, dass nicht von Anfang an Harmonie herrschte. Es gab auch in Niedersachsen Strömungs- und Abgrenzungsdiskurse innerhalb des grünen Lagers, nicht alle Protagonisten der ersten Stunde fanden auch ihren Weg in die 1979 gegründete grüne Partei. Jedoch, und das scheint diesen Landesverband tatsächlich von den meisten anderen der Grünen zu unterscheiden, ebten die ideologischen Kontroversen schon relativ früh ab und führten nicht zu dauerhaften Verwerfungen und Zersplitterungen wie beispielsweise in Hessen oder in Hamburg.

Hierfür waren mehrere Faktoren maßgeblich. Zunächst einmal entfaltete das Ökologiethema in Niedersachsen eine besonders starke Bindekraft und eignete sich damit besser als in anderen Landesverbänden dazu, eine sichere gemeinsame Basis zu schaffen. Die späte Industrialisierung im agrarisch geprägten Niedersachsen und die damit verbundenen Friktionen<sup>22</sup> machten Umweltschutz in weiten Teilen der Bevölkerung schon populär, bevor der intensiverte Bau von Atomkraftwerken und die Standortsuche für Atommülllager eine massive Bürgerbewegung auf den Plan riefen. Diese Bewegung war kein Projekt einzelner Idealisten, sie schlug vielmehr tiefe Wurzeln in der breiten Bevölkerung, gerade auch im ländlichen Raum, wo viele Landwirte um ihre Existenz fürchteten. In der Anti-Atomkraftbewegung kooperierten bürgerliche und linke Gruppen im Kampf gegen einen Gegner, der in Niedersachsen genug Anlässe zum Protest bot. Der Bau der beiden ersten niedersächsischen Kernkraftwerke Stade und Unterweser Anfang der 1970er-Jahre ging noch ohne größere Proteste vonstatten, doch änderte sich die Situation, als die Landesregierung ihr Kernenergieprogramm um weitere Kernkraftwerke und weitreichende Pläne für ein nukleares Entsorgungszentrum erweiterte. Während die Demonstrationen um das AKW Grohnde 1977 zur «Schlacht» eskalierten, blieben die Proteste gegen die nuklearen Entsorgungsprojekte bei Gorleben überwiegend friedlich und zeichneten sich durch ihre Kreativität aus. Hohe Symbolkraft entfaltete die sogenannte «Freie Republik Wendland», ein Hüttendorf, das Atomkraftgegner 1980 als Zeichen des friedlichen Widerstands gegen die Endlagerprüfung in Gorleben errichteten. Zuvor hatten bereits etwa 500 Bauern mit dem «Gorleben Treck», zu dem sie 1979 mit ihren Traktoren und begleitet von tausenden Fußgängern aus dem Wendland nach Hannover zu einer Protestkundgebung zogen, das Projekt der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gekippt. Allerdings war die Anti-Atomkraftbewegung nicht immer so erfolgreich. Sie konnte weder verhindern,

21 Vgl. Hohlfeld, 1993.

22 Vgl. Michael Koß/Tim Spier, Das Parteiensystem Niedersachsens, in: Parteien und Parteiensystem in den deutschen Ländern, Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Wiesbaden 2008, S. 304.

dass der Salzstock Gorleben-Rambow zum potenziellen Endlager deklariert wurde, noch dass Anfang der 1980er-Jahre das Zwischenlager Lüchow-Dannenberg bei Gorleben in Betrieb genommen wurde. Die geplanten Kernkraftwerke gingen nacheinander ans Netz und je mehr Atommüll in der Bundesrepublik produziert wurde, desto dringlicher offenbarte sich das Lager- und Entsorgungsproblem. Gorleben, Schacht Konrad und die Asse, in Niedersachsen mangelte es selten an einem Anlass für Protest, der bunte, alternative, linke und bürgerliche Akteure über alle Differenzen hinweg zusammenschweißte. Natürlich schlossen sich nicht alle Atomkraftgegner den grünen Listen und schließlich dem grünen Landesverband an, und entstammten andererseits nicht alle niedersächsischen Grünen der Anti-Atomkraftbewegung, aber die Bürgerinitiativen, insbesondere der Anti-Atomkraftbewegung, waren dennoch der wichtigste Geburtshelfer der grünen Partei in Niedersachsen. Diesen Wurzeln blieb sie eng verbunden, enger womöglich, als die Gesamtpartei. Der Kampf gegen die Kernenergie und für eine Energiewende in Niedersachsen stellte nicht zuletzt deswegen einen wichtigen Kitt dar, der die grünen Gruppierungen und schließlich den Landesverband trotz aller Richtungsstreitigkeiten zusammenhielt.

Ein weiterer Faktor, der in Niedersachsen starken Strömungsdiskursen entgegenwirkte, war die frühe parlamentarische Orientierung der Protagonisten. Während sich viele grüne Vorläufer andernorts darüber stritten, ob und wenn ja, wie weit eine Parlamentarisierung betrieben werden sollte, beschäftigten sich die niedersächsischen grünen Listen nur vereinzelt mit Systemalternativen und Fundamentalopposition. Mit der USP vollzog in Niedersachsen die erste Bürgerinitiative die Wandlung von der außerparlamentarischen Bewegung zur Partei. Auch die GLU trat von Anfang an bei Wahlen an. Dahinter stand die Einsicht, dass sich politische Entscheidungen am effektivsten direkt in den Parlamenten beeinflussen ließen, aber auch der Wunsch, die Anliegen der Bürgerbewegungen zu legitimieren und von den Ausschreitungen im Zuge vieler Proteste abzugrenzen.<sup>23</sup> Obwohl sich auch die niedersächsischen Grünen von ihrem Selbstanspruch her zunächst vornehmlich als Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegungen verstanden und in keiner der etablierten Parteien des Landtags einen geeigneten Politikpartner erblickten, gingen sie dennoch schnell über die bloße Artikulations- und Entlarvungsstrategie einer Fundamentalopposition hinaus. Die parlamentarische Arbeit auf kommunaler Ebene und Landesebene förderte allgemein eine pragmatische Orientierung<sup>24</sup>, die nach außen wie nach innen über politisch-ideologische Differenzen hinweg nach Gemeinsamkeiten suchen ließ. Zudem bewegten sich die Auseinandersetzungen der niedersächsischen Grünen durch die frühzeitige Etablierung im parlamentarischen System in einem anderen Rahmen, waren faktisch eingehegt durch den Wunsch, Wahlen zu gewinnen und in den Parlamenten etwas zu bewegen. So erklären sich auch die von Beginn

<sup>23</sup> Vgl. Markus Klein/Jürgen W. Falter, *Der lange Weg der Grünen. Eine Partei zwischen Protest und Regierung*, München 2003, S. 37f.

<sup>24</sup> Hohlfeld 1993, S. 353.

an vergleichsweise großen Anstrengungen, immer wieder Kompromisse zu schließen, um der Kandidatur konkurrierender alternativer oder sogenannter bunter Listen in Niedersachsen vorzubeugen, die schnell dazu geführt hätte, die einzelnen Splittergruppen an der Fünfprozenthürde scheitern zu lassen.<sup>25</sup>

Anders als beispielsweise im nahen Hamburg waren die Strömungen in Niedersachsen relativ gemäßigt und ließen der jeweils anderen Seite damit mehr Spielraum. Es gab zwar mit beispielsweise Göttingen ebenso linke Hochburgen im niedersächsischen Landesverband wie es mit Oldenburg und Osnabrück stärker bürgerliche Zentren gab, jedoch waren die Protagonisten beider Seiten überwiegend mittig orientiert. Nicht umsonst kursierte die Selbstbezeichnung «Zentralos».<sup>26</sup> Helmut Lippelt, bis Mitte der 1980er-Jahre eine der dominierenden Figuren innerhalb des bürgerlich-realpolitischen Lagers der Grünen in Niedersachsen, galt ebenso als Integrationsfigur wie Jürgen Trittin aufseiten der gemäßigten Linken eine kompromissbereite Rolle pflegte. Klassische Strömungsfürsten hatten in Niedersachsen keinen Platz, stattdessen prägten kompromissbereite Pragmatiker den Landesverband. Einzige gern zitierte Ausnahme von dieser Regel war die Auseinandersetzung um den Einfluss der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen, die Ende der 1980er-Jahre für Unruhe sorgte und wohl als einziger echter Strömungskampf innerhalb des niedersächsischen Landesverbandes gelten kann.<sup>27</sup>

## Fazit

Typisch oder untypisch – die Geschichte der niedersächsischen Grünen ist beides zugleich. Sie ist typisch grün, weil die Grünen hier wie überall sonst in Deutschland aus sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen hervorgingen, weil sie durch die parlamentarische Arbeit den außerparlamentarischen Zielen zum Durchbruch verhelfen wollten und weil sie dafür schließlich eine gewisse Entfremdung von den Ursprungsbewegungen hinnehmen mussten. Typisch ist auch, dass sie den Anspruch, den Protesten, insbesondere der Anti-Atomkraftbewegung, weiterhin eine Stimme zu verleihen, bis heute nicht aufgegeben haben und ihren Hauptthemen treu geblieben sind, wobei die grüne Politik in Niedersachsen besonders stark von der Anti-Atompolitik geprägt war und ist. Zugleich ist die Entwicklung der niedersächsischen Grünen äußerst untypisch verlaufen, bedenkt man, wie sehr die grüne Partei als Ganze unter den Strömungskämpfen der 1980er-Jahre litt. Die niedersächsischen Grünen stellten hierbei die große Ausnahme dar und schafften es ohne nennenswerte Spaltungen oder tiefe Verwerfungen durch die drei Jahrzehnte ihres Bestehens. Womöglich liegt darin auch ein Grund, warum sie bislang in der Literatur nur wenig Aufmerksamkeit gefunden haben – obwohl doch gerade in der Erforschung des Untypischen der Reiz liegen könnte.

<sup>25</sup> Vgl. Gerd Langguth, *Der grüne Faktor. Von der Bewegung zur Partei?*, Zürich 1984, S. 20f.

<sup>26</sup> Hohlfeld 1993, S. 348.

<sup>27</sup> Vgl. ausführlicher dazu: ebenda, S. 353.

# **2 Das historische Dokument**

# Der Beitritt der deutschen Grünen zu den Grünen in Europa

## DOKUMENT 1

### Beschluss des Bundeshauptausschusses<sup>1</sup>

Die Grünen werden Mitglieder in der Europäischen Koordination mit dem Ziel, einen Beitrag zu leisten für

- einen verbesserten Erfahrungsaustausch und für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den einzelnen GRÜNEN, alternativen und radikalen Parteien
- für die Förderung eines themenbezogenen Dialogs, in Form von Arbeitstreffen, Seminaren etc. zum Beispiel zur Militarisierung Europas, Agrarpolitik, Frauen etc.
- für die Zusammenarbeit und gemeinsame Entwicklung von grenzübergreifenden Aktionen.

Die GRÜNEN kennen und respektieren die unterschiedlichen Positionen und Situationen in den einzelnen Ländern. Die GRÜNE Europäische Koordination hat für uns nicht die Funktion, eine «GRÜNE Internationale» aufzubauen.

## DOKUMENT 2

### Grüne treten europäischer Koordination grüner Parteien bei<sup>2</sup>

Norbert Kostede, Mitglied im Bundesvorstand der GRÜNEN, erklärt:

Am Samstag, den 7. März 1987 werden DIE GRÜNEN aus der Bundesrepublik einer europäischen Koordination grüner Parteien beitreten. Diese Koordination mit Sitz in Brüssel hat den Namen «DIE GRÜNEN IN EUROPA» und vereinigt bislang Parteien aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Irland, den Nieder-

1 Quelle: Protokoll der BHA-Sitzung, 14.2. bis 15.2.87, Haus Wittgenstein bei Bonn, S. 2, in: AGG, B.I.1., vorl. Sign. 508.

2 Quelle: Presseerklärung des Bundesvorstands, Pressedienst Nr. 47/87, Datum: 6.3.1987, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

landen und Schweden. Mit dem Beitritt von Parteien aus weiteren Ländern, etwa dem Beitritt der «Grünen Alternative» aus Österreich, wird gerechnet.

Ziel der bundesdeutschen GRÜNEN ist ein verbesserter Erfahrungsaustausch und die Förderung von Sachdebatten zwischen grünen, alternativen und radikalen Parteien. Vor allem jedoch geht es uns um die Entwicklung von grenzübergreifenden Aktionen. Grenzüberschreitende Bedrohungen wie militärische Aufrüstung, Atomkraftwerke, das Waldsterben, die Vergiftung der Nordsee oder des Mittelmeeres zwingen zu grenzübergreifenden, internationalen Kampagnen. Die Zusammenarbeit grün-alternativer Parteien ist eine Grundvoraussetzung dafür, daß es zu ökologisch-sozialen Reformen in allen Ländern Europas kommen kann.

DIE GRÜNEN aus der Bundesrepublik werden auf der Brüsseler Konferenz an diesem Wochenende durch Norbert Kostede und Brigitte Berthold (Mitglieder im Bundesvorstand) vertreten sein.

## **DOKUMENT 3**

### **Antrag der BAG Internationalismus an die 9. Ordentliche Bundesversammlung DIE GRÜNEN, 1. – 3. Mai 1987<sup>3</sup>**

1. Die Bundesversammlung kritisiert, daß der BHA-Beschluß vom 14./15.2. übereilt und inhaltlich unvorbereitet zustande kam. Er wurde ohne innerparteiliche Diskussion (z.B. mit der Europaparlamentsgruppe und der BAG Internationalismus) gefasst.
2. Der BHA-Beschluß wird rückgängig gemacht. DIE GRÜNEN treten aus der «Europäischen Koordination Grüner Parteien» wieder aus.
3. DIE GRÜNEN treten bis auf weiteres keinem internationalen Parteienzusammenschluß bei und werden dies nur aufgrund eines Bundesversammlungs-Beschlusses tun.

---

**3** Quelle: 9. Ordentliche Bundesversammlung, Duisburg 1987, Initiativantrag V 25, in: AGG, B.I.1, vorl. Sign. 881.

# Kommentar

Im letzten Jahrbuch haben wir den Nichtbeitritt der bundesdeutschen Grünen zu der im Januar 1984 gegründeten europäischen Organisation Die Grünen in Europa dokumentiert und erläutert, den tatsächlichen Beitritt drei Jahre später sind wir noch schuldig. Das soll hier nachgeholt werden.

Der wesentliche Grund für den Nichtbeitritt war, dass 1983/84 auf europäischer Ebene die Ausdifferenzierung der post-1968er- und der Umweltbewegungen noch nicht abgeschlossen war. Namentlich die deutschen Grünen hatten sich nach ihrer Gründung auf ein grün-linksalternatives Projekt orientiert. Die Gründung der Grünen in Europa war dagegen von der strategischen Erwartung begleitet, dass nur eine strikt umweltpolitische Orientierung erfolgversprechend sein könne. Für diese Perspektive sprachen die jüngsten Wahlerfolge grüner Parteien in der Schweiz, Belgien und Deutschland. Sie hatten die Erwartung geweckt, bei der Europawahl 1984 eine grüne Fraktion im Europaparlament bilden zu können, wenn man angesichts befürchteter antikommunistischer Haltungen beziehungsweise wegen der Konkurrenz kommunistischer Parteien in einigen europäischen Staaten mit einem eigenständigen grünen Profil antreten würde. Beide Perspektiven scheiterten, da sich im Allgemeinen weder die nicht-kommunistischen post-1968er Linksparteien auf eine links-ökologische Partei-gründung zubewegten, noch die rein-grüne Kandidatur zum Europaparlament erfolgreich war. Das europäische grüne Projekt dümpelte deshalb vor sich hin. Für die deutschen Grünen stellte sich die Beitrittsfrage vorerst nicht.

Dass dann der am 7. März 1987 vollzogene Beitritt beinahe noch einmal rückgängig gemacht worden wäre, ist deshalb so erstaunlich nicht. Die Grünen in Europa als Koordinierung der transnationalen Parteienfamilie spielten für die deutschen Grünen keine Rolle. Der tatsächliche Beitritt ist in einer Weise vor sich gegangen, die keinerlei Aufbruch versprach. Die Partei hat den Beitritt nicht wirklich unterstützt. Das zeigt die Chronologie, das lässt sich aber auch an den Begriffen in der innerparteilichen Auseinandersetzung festmachen, die seltsam veraltet erscheinen und noch vom Anfang der 1980er-Jahre herrühren. In der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre ging es z. B. nicht mehr um die Zusammenarbeit mit der italienischen Partito Radicale.

Zur Chronologie: Vom 28. bis 30. November veranstalteten die Grünen einen europapolitischen Kongress in Köln mit dem Titel «Für ein anderes Europa» mit prominenten Rednerinnen und Rednern, unter anderem Lew Kopelew, Jürgen Fuchs, Bahman Nirumand, Freda Meissner-Blau, Johan Galtung, Milan Horáček

und Petra Kelly, und mit einem Reader, der noch heute lesenswert ist. Der Kongress unterstrich die friedenspolitischen Aspirationen der Grünen, die Überwindung der Blöcke des Kalten Krieges, stattdessen sollten Wege zu einem friedensfähigen Europa erkundet werden. Und anstelle des Europas der Europäischen Gemeinschaft sollte ein Europa der Regionen ohne Großmachtsambitionen angestrebt werden. Am Rande dieses Kongresses und im Rahmen eines Forums «Grüne Internationale oder Netzwerk» trafen sich Grüne aus 15 europäischen Staaten. Norbert Kostede vom Bundesvorstand nahm den hier geknüpften Faden auf und machte in einem Brief vom 11. Dezember 1986 an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Reihe von Vorschlägen für eine künftige vertiefte Zusammenarbeit, vor allem die Gründung einer Zeitschrift und eines verlässlichen politischen Büros. Unter die früheren Querelen sollte ein dicker Schussstrich gezogen werden. Alle Seiten sollten sich offen zeigen, denn auch die Grünen in Europa wären reformbedürftig. Unter dieser Perspektive kündigte er an, sich für einen Beitritt der deutschen Grünen zu den Grünen in Europa einsetzen zu wollen. Im Januar 1987 kam der Punkt auf die Tagesordnung des Bundesvorstandes, wurde dort aber nicht beschlossen, sondern dem Bundeshauptausschuss überwiesen, der am 14. Februar den oben abgedruckten Beitrittsbeschluss gefasst hat. Nach einer längeren Diskussion wurde, so das Protokoll, erst ein Vertagungsbeschluss abgelehnt, dann der Beitritt, der der Sache nach ein Beitrittsantrag war, auf Antrag von Lukas Beckmann mit 13 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen beschlossen.

Der nächste Schritt war die einstimmige Zustimmung der Mitgliedsparteien der Grünen in Europa bei ihrer Koordinationstagung am 7. und 8. März 1987 in Brüssel. Der Beitritt der deutschen Grünen war von Norbert Kostede in einer Presseerklärung, Dokument 2, am Vortag angekündigt worden.

Die 9. Ordentliche Bundesversammlung der Grünen vom 1. bis 3. Mai 1987 in Duisburg war das einzige Mal, dass ein Bundesparteitag mit der Frage des Beitritts befasst war, beziehungsweise hätte befasst sein können. Er hat sich nicht befasst. Ausweislich des Protokolls der Bundesversammlung wurde der als Dokument 3 abgedruckte Antrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus nicht behandelt. Er wurde wie alle anderen nicht behandelten Anträge an den Bundeshauptausschuss überwiesen, wurde dort aber nicht wieder behandelt. In der Substanz hätte es sich um eine Art Rückholantrag gehandelt.

In Duisburg fanden auch Nachwahlen zum Bundesvorstand statt, bei denen Norbert Kostede nicht wiedergewählt wurde, weshalb er sich nach Verlust seines Mandats von den angestoßenen europäischen Projekten zurückzog. Neuer internationaler Sekretär der Grünen wurde Jürgen Maier, der damit Vertreter der Grünen in der Europäischen Koordination der Grünen Parteien wurde. Als Sprecher der BAG Internationalismus hatte er den Duisburger Initiativantrag auf den umgehenden Wiederaustritt aus den Europäischen Grünen gestellt. Das neue Amt übernahm er ohne Scheuklappen, so mein Eindruck von seinen nun regelmäßigen Berichten von der Europäischen Koordination. Aber ein europapolitischer Aufbruch war der deutsche Beitritt nicht.



# **3 Bestände in den Archiven**

# Der Bestand Frieder Otto Wolf – MdEP von 1994 bis 1999

## Aufbruch zur Vollbeschäftigung in Europa

### Zur Biographie

Frieder Otto Wolf, so der Wunschname von Friedrich Wolf, der sich bei seinen Freunden, in seinem politischen und wissenschaftlichen Arbeitsumfeld durchgesetzt hat, wird 1943 in Kiel geboren. Er studiert Philosophie und Politikwissenschaften in Kiel, Paris und Edinburgh, arbeitet an der Freien Universität in Berlin und habilitiert sich 1973 im Alter von nur 30 Jahren für Philosophie. 1976/77 geht er für eineinhalb Jahre als Professor für Sozialwissenschaften an die portugiesische Universität Coimbra und beteiligt sich anschließend mehrere Jahre an Forschungsprojekten des Wissenschaftszentrums Berlin. In dieser Zeit, Anfang der 1980er-Jahre, arbeitet er als Redakteur der sozialwissenschaftlichen Zeitschrift *Prokla* und seit 1987 als Redakteur der Zeitschrift *Das Argument*.

Frieder Otto Wolf tritt 1982 der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz Berlin und ein Jahr später der Partei Die Grünen bei. Von 1981 bis 1984 ist er Geschäftsführender Redakteur der grünnahen Monatszeitschrift *Moderne Zeiten*. Er gehört 1987 zu den Initiatoren des Linken Forums bei den Grünen und 1993 zu den Mitbegründern des Babelsberger Kreises.

Er ist bereits über seine philosophisch-wissenschaftliche Arbeit und sein Engagement in Umweltprojekten, beispielsweise in Portugal, europaweit vernetzt, bevor er 1984 zum ersten Mal für grüne Abgeordnete im Europaparlament arbeitet.

Dreimal kandidiert Frieder Otto Wolf für das Europaparlament. 1994 schafft er den Einzug ins Parlament. Zu diesem Zeitpunkt kann er bereits auf eine zehnjährige Erfahrung mit dem Parlamentsbetrieb in Brüssel und Straßburg zurückblicken – zunächst als Nachrücker und später als freier Mitarbeiter der Fraktion. Als Parlamentarier vertritt er die Green Group von 1994 bis 1999 im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und als Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik.

## Zum Bestand

Die Unterlagen aus seiner Tätigkeit als Mitglied des Europäischen Parlaments (1994 – 1999) liegen vollständig archivisch bearbeitet vor und können uneingeschränkt genutzt werden. Sie ermöglichen einen Einblick in seine interessante, vielschichtig vernetzte politische Arbeit. Sie dokumentieren, dass Frieder Otto Wolf in der Europäischen Föderation Grüner Parteien, im Berliner Landesverband und im linken Flügel der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen eingebunden war. Letzteres bezeugen insbesondere seine politischen Aktivitäten im Babelsberger Kreis. Darüber hinaus gibt die Aktenüberlieferung Aufschluss über seine Art und sein Verständnis von europapolitischer Parlamentsarbeit, einem Zusammenspiel aus parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeitsgruppen und Netzwerken. Parallel zur parlamentarischen Arbeit war er Dozent für Philosophie an der Freien Universität Berlin. Die Unterlagen zu dieser Tätigkeit waren nicht Gegenstand des Archivierungsprojekts. Seine Korrespondenz und persönlichen Unterlagen, die sich in den verzeichneten Akten finden, vermitteln dennoch deutlich Frieder Otto Wolfs Leidenschaft für Philosophie.

## Zur politischen Arbeit

Augenfällig ist sein sozialpolitisches Engagement. Es findet Niederschlag in der parlamentarischen Gremienarbeit, sei es in den Ausschüssen für Beschäftigung, für wirtschaftspolitische Fragestellungen, in den fraktionsübergreifenden Inter-groups für soziale und wirtschaftliche Belange sowie in den fraktionsinternen Arbeitsgruppen zur Vorbereitung der Ausschussarbeit – auch im Zusammenhang mit der Osterweiterung der Europäischen Union. Darüber hinaus verdeutlichen seine Netzwerk- und Lobbyistenkontakte wie auch die Kontakte innerhalb der Partei Bündnis 90/Die Grünen und seine Ausarbeitungen für das Bundestagswahlprogramm 1998 – hier speziell im Austausch mit einer realo-kritischen Gruppierung der nordrhein-westfälischen Grünen – seine sozialpolitische Schwerpunktsetzung.

Einer der Dreh- und Angelpunkte seines sozialpolitischen Engagements im Europäischen Parlament ist der Europäische Aufruf für Vollbeschäftigung, den er zusammen mit Kenneth Coates initiiert und der von einem Netzwerk aus Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaftern und linkspolitischen Gruppierungen getragen wird. Coates ist Mitglied der *Labour Party* und gehört im Europaparlament der *Confederal Group of the European United Left / Nordic Green Left* an, mit der Frieder Otto Wolf einen regen Austausch pflegt. Schon zur 1. Vollversammlung dieses Europäischen Aufrufs im Mai 1997 liegen annähernd 800 Unterschriften von Mitgliedern des Europaparlaments, linken Politikern, Gewerkschaftern, Kirchenvertretern und von sozialen Initiativen vor, die sich gegen die bestehenden Missstände in der europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik richten.

Mitte der 1990er-Jahre erreichen die Arbeitslosenzahlen in ganz Europa einen dramatischen Höhepunkt. Die Statistik spricht von 18 bis 20 Millionen, inoffiziellen Schätzungen zufolge sollen um die 30 Millionen Menschen in der Europäischen Union erwerbslos gewesen sein. Im Bestand von Frieder Otto Wolf kann man verfolgen, auf wie vielen Ebenen, in welchen Gremien und Netzwerken Frieder Otto Wolf für seinen Gesellschaftstraum einer höheren Beschäftigtenzahl unter sozial verträglicheren Bedingungen streitet. Als Mitglied und Berichtserstatter im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten und als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Währung und Industriepolitik kämpft er hartnäckig für die beschäftigungspolitischen Ansätze, die im Amsterdamer Vertrag keine Berücksichtigung fanden.

Auf Drängen der französischen Regierung wurde beim Europäischen Rat in Amsterdam ein Kapitel zur Beschäftigung in den revidierten Maastrichter Vertrag über die Europäische Union aufgenommen. Zur Ausgestaltung dieses Kapitels berief der Europäische Rat eine Sondertagung für Beschäftigungsfragen vom 20. bis 21. November 1997 nach Luxemburg ein. Zur Vorbereitung dieser Sondertagung organisiert die Grüne Fraktion unter Federführung von Frieder Otto Wolf und in Kooperation mit der Europäischen Föderation Grüner Parteien einen grünen europäischen Beschäftigungsgipfel, zu dem alternative Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und Spitzenpolitiker der Grünen vom 6. bis 8. November 1997 in Luxemburg zusammentreffen. Auf dieser Konferenz wird ein Beschluss zu den grün-alternativen Forderungen nach einer gerechten europäischen Sozial- und Beschäftigungspolitik gefasst. Es werden Anforderungen an eine Vollbeschäftigung neuen Typs formuliert, die die Reduzierung von Arbeitszeit und einen Sozialschutz für eine flexible Lebensgestaltung voraussetzen. Es sollen Arbeitsplätze über den Europäischen Investmentfonds, den Sozial- und Regionalfonds geschaffen werden. Es geht um die Möglichkeit der freien Arbeitswahl innerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, einen sorgsam und verantwortungsvollen Umgang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und um die Berücksichtigung von ehrenamtlichen Tätigkeiten und Freiwilligendiensten. Und es wird abermals die Forderung nach einem ökologischen Umbau der Wirtschaft laut.

Diskutiert werden diese Themen auch in den Treffen und Konferenzen des Netzwerkes *Crossover*, das sich aus Gewerkschaftern, links-alternativen Mitgliedern von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS zusammensetzt und deren inhaltliche Vorbereitungen von Frieder Otto Wolf mit gesteuert werden.

Auch die europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit und Sozialabbau, die in der Tradition der Protestmärsche von Mahatma Gandhi und Martin Luther King für soziale Gerechtigkeit und zur Bekundung zivilen Ungehorsams stehen, und die im Vorfeld einiger Europäischer Gipfeltreffen als Protestkundgebung organisiert werden, bewirbt und unterstützt Frieder Otto Wolf.

Interessant ist die hartnäckige beschäftigungspolitische Arbeit Frieder Otto Wolfs auch vor dem Hintergrund der abgewirtschafteten Sozialpolitik der damaligen Bundesregierung unter Helmut Kohl. Mitte der 1990er-Jahre

erreicht die Arbeitslosigkeit auch in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt. In der Bevölkerung herrschen Unzufriedenheit und soziale Unsicherheit. Kurz vor der Bundestagswahl 1998 rufen die Gewerkschaften zum rot-grünen Wechsel auf. Die Dringlichkeit der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und das Bewusstsein der Notwendigkeit für eine Erneuerung und einen Ausbau der sozialen Sicherungssysteme war nie zuvor so offensichtlich.

So erörtert Frieder Otto Wolf parallel zu den Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland, in der sich Gewerkschafter im Bündnis mit Rot-Grün für einen Regierungswechsel stark machen, auf europäischer Ebene die beschäftigungs- und sozialpolitischen Missstände und Belange mit dem Vorsitzenden des Europäischen Gewerkschaftsbundes, alternativen Wirtschaftswissenschaftlern und anderen sozialen Netzwerken. Die Schlussfolgerungen und Ergebnisse dieser Diskussionen bringt er als parlamentarische Initiativen in den Ausschuss für Beschäftigung ein, für den er u.a. als Berichterstatter benannt wurde.

Die von Frieder Otto Wolf überlieferten Akten machen einmal mehr deutlich, wie eng soziale, wirtschaftspolitische und ökologische Fragestellungen wirklich verzahnt sind.

# Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002

Als die Grünen 1983 zum ersten Mal ins bundesrepublikanische Parlament einzogen, hielten auch verschiedene osteuropapolitische Positionen Einzug. Neben der dominierenden Entspannungspolitik, die im Kern davon ausging, dass Frieden und Entspannung am sichersten durch die Anerkennung der mit dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen politischen Verhältnisse zu sichern seien, gab es auch die Position, dass Osteuropapolitik radikale Friedenspolitik sein müsse. Diese Osteuropapolitik verstand sich als Teil der Friedensbewegung gegen die Aufrüstung in Ost und West. Politik war von unten motiviert und ihre Hoffnungsträgerinnen waren die außerparlamentarischen Bewegungen in Ost und West. Sie sollten festgefahrene Strukturen aufbrechen und durch außerparlamentarische Aktivitäten politische Impulse geben. Solidarität mit der Opposition war dieser Politik das Wichtigste, um dadurch größere Freiräume für die Opposition in den osteuropäischen Ländern zu erwirken. Osteuropapolitik war integrativer Bestandteil blockübergreifender Friedenspolitik.<sup>1</sup>

Die Bürogemeinschaft von Milan Horáček und Ulrich Fischer und in der nächsten Wahlperiode dann das MdB-Büro Helmut Lippelt stehen für diesen auf eine Zusammenarbeit mit den oppositionellen Umwelt-, Friedens- und Menschenrechtsgruppen konzentrierten Strang der grünen Osteuropapolitik. Aus ihren MdB-Büros heraus entwickeln sie diese parlamentarische Osteuropapolitik. Zunächst arbeiten sie ohne Unterstützung durch ein entsprechendes Referat beim außenpolitischen Arbeitskreis der Bundestagsfraktion. Ab 1990 ist die Osteuropapolitik bei den außenpolitischen Arbeitskreisen der Fraktionen angesiedelt und unterstützt die Arbeit der einzelnen Abgeordneten von dort aus zusätzlich.

Die Dokumente, anhand derer der Auf- und Ausbau ihrer parlamentarischen Osteuropapolitik nachvollzogen werden kann, sind im Bestand des Osteuropareferates der Bundestagsfraktion überliefert. Hier handelt es sich um die Unterlagen von Elisabeth Weber. Ihr kommt für den Aufbau der grünen Osteuropa-

<sup>1</sup> Annette von der Heyde, Die Deutschlandpolitik der Grünen, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.), Handwörterbuch zur deutschen Einheit, Bonn 1992, S. 209 – 215.



*Dicker Schlussstrich oder Durchleuchtung der Gesellschaft, Forum der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen vom 22.-24.5.1992 im Literarischen Colloquium in Berlin. Am Mikrofon der Historiker Arsenij Roginski von Memorial. In der Zuhörerreihe v.l.n.r.: Gerd Poppe (1), Reinhard Weißhuhn (3), in der 4. Reihe neben dem Standmikrofon Jürgen Fuchs, rechts außen in der vorderen Reihe im Bild Joachim Gauck.*

politik besondere Bedeutung zu. Sie wurde als politisch engagierte, erfahrene Expertin von den ersten grünen Abgeordneten eingestellt, die sie persönlich aus ihrer politischen Arbeit kannten. So brachte sie ihre eigenen Unterlagen mit und legte damit u.a. den Grundstock für ein arbeitsfähiges erstes MdB-Büro. Unterlagen ihrer Chinareisen aus den 1970er-Jahren sind im Bestand zu finden, ebenso wie Schriftwechsel mit der Heinrich-Böll-Stiftung und dem Lew Kopelew Forum aus Köln sowie mit Initiativen, in denen sie sich engagierte. Ihre politische Arbeit kannte keine Trennung zwischen privatem Engagement und Erwerbsarbeit. Und so ist es oft nur für Insiderinnen und Insider verständlich, aus welchen Zusammenhängen heraus sie Briefe, Texte und Dossiers geschrieben und zusammengestellt hat. Elisabeth Weber hat ihre Arbeit als «networking» verstanden. Sie hat an vielen Veranstaltungen teilgenommen, die von verschiedenen Gruppen und Initiativen organisiert wurden, hat dort die Grünen oder die Vereine vertreten, in denen sie sich privat engagierte. Sie hatte das Vertrauen der Abgeordneten, für die sie tätig war, und konnte relativ selbständig arbeiten.

Eindrucksvoll sind ihre Materialreader, die sie zur Vorbereitung von Reisen zusammengestellt und an große Verteiler verschickt hat. Ihre Reiseberichte und handschriftlichen Kladden berichten sehr individuell und atmosphärisch dicht

aus der parlamentarischen Pionierzeit der grünen Osteuropapolitik und bilden zusammen mit ihren zahlreichen Veranstaltungsnotizen und Sitzungskladen wichtige Dokumente des Bestandes.

Die Rolle, die Elisabeth Weber als politische Referentin und Expertin innehatte, änderte sich mit der Parlamentszugehörigkeit der Grünen. Die Osteuropaarbeit wurde ab der 12. Wahlperiode nicht mehr nur von einzelnen Abgeordneten und deren Referentin bestimmt, sondern zusätzlich vom außenpolitischen Arbeitskreis der Fraktion. Mit der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen spielte darüber hinaus das Auswärtige Amt mit Außenminister Joschka Fischer eine bedeutende Rolle. Die Zahl der inhaltlichen Beiträge von Elisabeth Weber in den Unterlagen nimmt ab.

Milan Horáček, Ulrich Fischer und Helmut Lippelt können als die Pioniere der an der Friedens-, Menschenrechts- und Umweltbewegung in Osteuropa orientierten grünen Osteuropaarbeit angesehen werden. Im Gegensatz zu der an der westlichen Anti-Nato-Friedensbewegung orientierten Position der Grünen, denen die oppositionellen Bürgerbewegungen in Osteuropa relativ fremd blieben, haben sie zunächst einmal ihre Kontakte zu oppositionellen unabhängigen Gruppen und Einzelpersonlichkeiten in der DDR und Osteuropa auf- bzw. ausgebaut – beispielhaft kann hier die Zusammenarbeit mit der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial genannt werden. Sie unterstützten diese Gruppen vor Ort mit den ihnen neu zur Verfügung stehenden parlamentarischen Ressourcen und boten ihnen in der Bundesrepublik ein Forum zur Darstellung ihrer politischen Anliegen. Sie haben deutlich gemacht, dass für die Grünen Friedens- und Menschenrechte untrennbar zusammengehören.

In der Zeit der Revolution in der DDR und der deutschen Vereinigung 1989/90 wurde Elisabeth Weber durch die Westgrünen mit der Wahlkampfunterstützung für die im Wahlbündnis Bündnis 90 zusammengeschlossenen Bürgerbewegungen in Berlin betraut und übernahm später nach der Wahl zur Volkskammer die Leitung des Verbindungsbüros der grünen Fraktion im Bundestag zur Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne. Die Westgrünen schafften den Wiedereinzug in den ersten gesamtdeutschen Bundestag nicht. Die Bürgerbewegungen und Grüne aus der ehemaligen DDR konnten dagegen 8 Abgeordnete in den Bundestag schicken. Damit wurde die an den oppositionellen osteuropäischen Gruppen und Personen motivierte Osteuropapolitik zur tragenden Linie. Elisabeth Weber wurde Referentin im AK II der Bundestagsgruppe. Sie arbeitete hier besonders für Gerd Poppe, den sie bereits aus ihrer Zusammenarbeit mit den Bürgerbewegungen kannte.

Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten, dem Beginn der Umbrüche und Transformationen in den Ländern des ehemals von der UdSSR dominierten Osteuropas und der ehemaligen Sowjetrepubliken bekam die Osteuropapolitik immer größeres Gewicht, und so stand auch die Arbeit der bündnisgrünen Fraktionen immer mehr im Fokus der politischen Öffentlichkeit. In einem längeren Prozess setzte sich eine eher realpolitisch motivierte Osteuropapolitik durch, die die Transformationsprozesse in den osteuropäischen Staaten kritisch begleitete.

Quantität und Charakter der überlieferten Dokumente ändern sich: Nicht mehr die auf einzelne Politikerinnen und Politiker und deren Referentin konzentrierte Überlieferung, sondern die durch die Gesamtfraktion und die im Osteuropareferat mit verantwortete Arbeit prägt den Bestand.

Wichtige Themen sind die Aufarbeitung der SED-Diktatur, die kritische Beobachtung der Transformationsprozesse in den Ländern des ehemals sowjetisch dominierten Osteuropas und die Unterstützung für die demokratischen Kräfte in diesen Ländern. Klassische parlamentarische Initiativen wie die Beteiligung an Delegationsreisen, Anträge und Anfragen, Anhörungen zum Teil zusammen mit anderen Bundestagsfraktionen nehmen an Bedeutung zu.

An der Überlieferung des Osteuropareferates kann die inhaltliche Entwicklung der Osteuropapolitik der Bundestagsfraktionen von Die Grünen bzw. Bündnis 90/Die Grünen gut nachvollzogen werden.

### **Zur Bearbeitung und Zugänglichkeit**

Die Unterlagen wurden in mehreren Ablieferungen zwischen 1994 und 2003 aus dem Bundestag von Elisabeth Weber an das Archiv übergeben. Die umfangreiche Arbeitsbibliothek, die wichtige Zeitschriften und aktuelle Publikationen enthält, wurde in die Bibliothek des Archivs eingearbeitet, Fotos und Plakate den Sammlungen zugeordnet. Der Bestand hat nach der archivischen Bearbeitung einen Gesamtumfang von gut 20 lfm und kann genutzt werden.

# Der Bestand «Frauenaktion 70»

## Zur Bestandsgeschichte

Der Bestand «Frauenaktion 70» wurde dem Archiv Grünes Gedächtnis im März 1998 zusammen mit den Dokumentationen und der Bibliothek des ehemaligen Autonomen Frauenarchivs Wiesbaden übergeben. Das Autonome Frauenarchiv, 1987 gegründet und ein typisches Projekt der neuen deutschen Frauenbewegung, wurde lange Zeit vom Land Hessen als Frauenforschungs- und Bildungseinrichtung gefördert. Als diese Mittel wegfielen, musste das Archiv 1997 trotz des ehrenamtlichen Engagements seiner Mitstreiterinnen schließen. Eine Frau war für den Aufbau des Autonomen Frauenarchivs Wiesbaden von herausragender Bedeutung: Gerda Guttenberg (1916–2001). In der Zeit des Nationalsozialismus durfte sie ihr Studium nicht weiterführen. Nach dem Krieg arbeitete sie vor allem als Journalistin, bevor sie ihr Studium wieder aufnahm und in Frankfurt a. M. Soziologie und Politikwissenschaft studierte. Sie war eine überaus aktive, initiiierende politische Persönlichkeit, die in zahlreichen Vereinen und Initiativen führend arbeitete. So wurde sie auch in der neuen Frauenbewegung aktiv und gründete das Autonome Frauenarchiv Wiesbaden mit. Sie brachte ihre Privatsammlung als Grundstock in das Autonome Frauenarchiv ein, zu der die von ihr aus ihrer Arbeit in der «Frauenaktion 70» zusammengetragenen Materialien gehörten. Ihr persönlicher Nachlass liegt im Stadtarchiv Wiesbaden.

## Ein kurzer Einblick in die Geschichte der «Frauenaktion 70»

Die «Frauenaktion 70» wurde im Januar 1970 aus der Frauengruppe der Humanistischen Union und einem frauenpolitischen Arbeitskreis der Volkshochschule Frankfurt a. M. gegründet. Die Frauengruppe der Humanistischen Union, die sich in Arbeitsgruppen («Frau und Familie», «Frau und Erziehung», «Frau und Beruf», «Frau und Gesellschaft») organisiert hatte und überwiegend aus berufstätigen Frauen bestand, sprach sich mehrheitlich für die Umbenennung in «Frauenaktion 70» aus.<sup>1</sup> Eine Vereinsgründung wurde im Juli 1971 angestrebt, kam aber nicht zustande.<sup>2</sup>

- 1 Vgl. Renate Scheunemann/Klaus Scheunemann, Die Kampagne der Frauenaktion 70 gegen den § 218, in: Heinz Grossmann (Hrsg.), Bürgerinitiativen – Schritte zur Veränderung?, Frankfurt am Main 1971, S. 73.
- 2 Vgl. AGG, E.08.1, Sign.1.

# WEG MIT § 218!

**§ 218. [Abtreibung]** (1) Eine Frau, die ihre Leibesfrucht abtötet oder die Abtötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

(2) Der Versuch ist strafbar.

(3) Wer sonst die Leibesfrucht einer Schwangeren abtötet, wird mit Zuchthaus, in minder schweren Fällen mit Gefängnis bestraft.

(4) Wer einer Schwangeren ein Mittel oder einen Gegenstand zur Abtötung der Leibesfrucht verschafft, wird mit Gefängnis, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bestraft.

**WEG  
MIT DEM JAHN-ENTWURF!**  
Indikationslösung  
ist keine Liberalisierung  
sondern schafft neue Zwänge



Durch REPRODUCTION: Reproduktion: Karlsruhe, Tel. 2002

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Frankfurt  
Arbeitskreis 'Frau und Gesellschaft' in der Gewerkschaft HBV im DGB, Frankfurt  
Frauenaktion 70, Frankfurt  
Frauengruppe in der DKP, Frankfurt  
Jungdemokraten, Frankfurt  
Jungsozialisten in der SPD, Frankfurt  
Sozialistische Frauen Frankfurt (Weiberrat)  
Verband der Kriegsdienstverweigerer in der W.R.I. e.V., Frankfurt

Flugblatt von 1971, in: AGG, E.08 Frauenaktion 70, Sign. 25.

Mit einer Straßenaktion, bei der eine Unterschriftensammlung mit den Forderungen nach Streichung des § 218, nach Verbesserung der Aufklärung für junge Frauen und nach einem ungehinderten Zugang zu Verhütungsmitteln durchgeführt wurde, sollte das Selbstbestimmungsrecht von Frauen gestärkt werden. Auch SPD- und FDP-Parteimitglieder unterstützten diese Forderungen. Die Unterschriftenlisten wurden der Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Käthe Strobel, zusammen mit einem Offenen Brief übergeben. In der Öffentlichkeit fand die Aktion außerordentliche Beachtung, so dass es am 28. Oktober 1970 zu einem Gespräch von Mitgliedern der «Frauenaktion 70» mit Justizminister Gerhard Jahn im Bonner Justizministerium kam.<sup>3</sup>

Um den politischen Druck zur Durchsetzung ihrer frauenpolitischen Forderungen (Reform des § 218 und Scheidungsrecht) zu erhöhen, entschieden die «Frauenaktion 70» und andere Frauengruppen, ihre Vernetzung weiter voranzutreiben und sich zur bundesweiten «Aktion 218» zusammenzutun. Sie organisierten eine weitere Unterschriftensammlung, die zu einer der bekanntesten Kampagnen gegen den § 218 in der Bundesrepublik Deutschland führte, der Selbstbeziehungsanzeige «Wir haben abgetrieben!», die am 6. Juni 1971 im Magazin *Stern* veröffentlicht wurde und an der sich 374 Frauen, darunter bekannte Persönlichkeiten, beteiligten. In Frankreich hatte es zuvor eine ähnliche Selbstbeziehungsanzeige gegeben, über die die Journalistin Alice Schwarzer von Paris aus berichtet hatte. Sie diente bei der Organisation der Kampagne in Deutschland als Erfahrungsgrundlage.

Nach der *Stern*-Veröffentlichung wurden die Unterschriften dem Bundesjustizminister in der Hoffnung übergeben, die von der sozialliberalen Koalition angekündigte Reform des § 218 im Sinne der frauenpolitischen Forderung nach Selbstbestimmung zu beeinflussen. Die Hoffnungen der «Aktion 218» gingen nicht in Erfüllung, so dass die Frauengruppen ihre Proteste unter Hochdruck fortsetzten.

## Das Netzwerk der Frauengruppen von 1972 bis 1978

Vom 11. bis 12. März 1972 fand der erste Bundesfrauenkongress der neuen Frauenbewegung in Frankfurt statt, organisiert vom Frankfurter Weiberrat, dem Sozialistischen Frauenbund Westberlins und der «Frauenaktion 70».<sup>4</sup> Beim Tribunal «Frauen klagen an», am 11. Juni 1972 in Köln, klagte die Frauenbewegung Politiker, Ärzte, Juristen und Kirchenvertreter symbolisch an, weil sie das Selbstbestimmungsrecht von Frauen missachteten. Die «Frauenaktion 70» rief zum Kirchenaustritt auf. In Frankfurt wurde im September 1973 das Frauenzentrum Eckenheimer Landstraße gegründet. Es diente auch der «Frauenaktion 70»

<sup>3</sup> Scheunemann, S. 81.

<sup>4</sup> Vgl. Protokoll zum Plenum des Bundesfrauenkongresses am 12. März 1972 in Frankfurt /M, in: Ilse Lenz (Hrsg.), Die neue Frauenbewegung in Deutschland – Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung, Wiesbaden 2008, S. 86f.

als Treffpunkt, die sich hier mit anderen Gruppen der Frankfurter Frauenbewegung vernetzte.

Als der Bundestag 1974 mit sozialliberaler Mehrheit die Fristenlösung, die einen straffreien Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten zuließ, verabschiedete, die CDU/CSU beim Bundesverfassungsgericht aber ihre Beschwerde einreichte und sich damit durchsetzte, verschärfte das Frauenzentrum Frankfurt seine Proteste. Es organisierte für Frauen Fahrten zum Schwangerschaftsabbruch in Holland. Daraufhin wurde im Juli 1975 die Ärztekartei des Frankfurter Frauenzentrums von der Polizei beschlagnahmt und Frauen bundesweit wegen «Beihilfe zur organisierten Abtreibung» vorgeladen.

Im Oktober 1975 verabschiedete der Bundestag dann die erweiterte Indikationslösung, die den Schwangerschaftsabbruch in einer sozialen Notlage erlaubte. Die Frauenbewegung war mit dieser Regelung nicht einverstanden, weil sie das Selbstbestimmungsrecht von Frauen mit Füßen trat und ungewollt Schwangere der Entscheidungsgewalt von Ärzten etc. aussetzte. Trotz erheblicher Widerstände aus der Frauenbewegung verabschiedete die Bundesregierung am 2. Februar 1976 dieses Indikationsmodell.

Gegen Ende der 1970er-Jahre ebten die politischen Proteste gegen den § 218 langsam ab, und die Aktivitäten der Frauenbewegung verlagerten sich. Im März 1978 fand in Frankfurt der Kongress «Frauenbewegung und Repression» statt, der die Situation und Perspektive der neuen Frauenbewegung analysierte.

## **Zum Bestand und zur Nutzung**

Der Bestand «Frauenaktion 70» hat einen Umfang von 1,8 lfm, umfasst die Zeit von 1970 bis 1978, schwerpunktmäßig die Jahre 1970 bis 1973.

Den Nutzerinnen und Nutzern stehen hiermit historische Quellen zur Verfügung, die die Arbeitsstrukturen der «Frauenaktion 70» und des Aktionsnetzwerks dokumentieren, das die «Frauenaktion 70» mit anderen Frauengruppen aufgebaut hatte, um die bundesweite «Aktion 218» durchführen zu können. Wichtige frühe Aktionen der neuen Frauenbewegung sind somit der Forschung zugänglich.

Neben Protokollen, Rundschreiben und Berichten zu Veranstaltungen, Kampagnen und Aktionen, vorrangig zur Selbstbeachtigungsanzeige im *Stern*, finden sich die Korrespondenz der «Frauenaktion 70» und Offene Briefe an Politikerinnen und Politiker im Bestand. Darüber hinaus sind Korrespondenzen und Bearbeitungsvermerke, ein Typoskript und Arbeitsmaterial zur Frauenforschung von Gerda Guttenberg selbst enthalten.

# Zur Aktenüberlieferung der Berliner Grünen

Viele Mitglieder der Alternativen Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL) stammen aus der Hausbesetzer- und anderen Bewegungen in Berlin. Die AL wächst nach ihrer Gründung sehr schnell und erzielt ihren ersten Erfolg bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 1979 mit 3,7% der Stimmen. 1981 zieht sie ins Abgeordnetenhaus ein und koalitiert 1989/90 erstmals mit der SPD. Anne Klein, Michaela Schreyer und Sybille Volkholz werden Senatorinnen. Die AL verlässt aber die ungeliebte Koalition, als die besetzten Häuser der Mainzer Straße im Ostteil der Stadt unter Billigung des SPD-Innensenators mit Hilfe von West-Polizei geräumt werden. Und in die Zeit der ersten gemeinsamen Ost-/West-Fraktion im Abgeordnetenhaus von 1991 bis 1995 aus UFV/Bündnis 90/Die Grünen (AL) fällt 1993 der Zusammenschluss von Bündnis 90/Die Grünen Berlin.

2001/02 beteiligt sich die Partei erneut an einer rot-grünen Koalition. Wolfgang Wieland, Adrienne Göhler und Juliane Freifrau von Friesen kommen in den Senat. Alice Ströver wird Staatssekretärin. Diese Koalition hält allerdings nur einige Monate. Seitdem ist Bündnis 90/Die Grünen eine unermüdliche Oppositionspartei unter Rot-Rot bzw. seit 2011 Rot-Schwarz in Berlin.

Diese und andere Ereignisse lassen sich im Archiv Grünes Gedächtnis in Schrift, Bild und Ton gut nachvollziehen. Darüber hinaus erwarb das Archiv 2011 einen Aktenbestand, der die Geschichte der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD Berlin) beleuchtet. Die AUD ist 1965 aus der Deutschen Gemeinschaft (DG) hervorgegangen und ist eine der rechtskonservativen Gründungsparteien der Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen, die zur Europawahl 1979 gegründet wird. In den 1980er-Jahren gibt es in Berlin einen von der AL unabhängigen und wegen seiner bürgerlich bis «rechten» Mitglieder umstrittenen Landesverband der Grünen. Über diesen Landesverband erwarb das Archiv ebenfalls einen Bestand. Zunächst will die AUD diese Mitglieder noch auffangen, als nämlich bei der Gründung des Landesverbandes Die Grünen Berlin 1979/80 eine Dominanz von AL-Mitgliedern droht. Die AUD fürchtet nach eigenen Worten um das «gestörte national- und gesellschaftspolitische Gleichgewicht [...] (z.B. in den Punkten «Eindeutschung» von Asiaten und Afrikanern, Diffamierung und Unterdrückung des nationalen Bewusstseins, anti-autoritäre Kindererziehung, Abschaffung der Schulpflicht)». Doch die AL verliert ihr



März 1989: Die Senatorinnen der Alternativen Liste, v.l.n.r.: Sybille Volkholz, Anne Klein und Michaela Schreyer.

Interesse, so dass der Landesverband Die Grünen eine von ihr unabhängige Politik versucht und die AUD überflüssig wird.

## Chronologie der Gründungsphase

**5.10.1978:** Die AL gründet sich.

**November 1979:** Der Landesverband Die Grünen Berlin wird von der «Spandauer Wählergemeinschaft» und Mitgliedern der AUD Berlin gegründet.

**Februar 1980:** Der Landesverband Die Grünen wird erneut durch AL-Mitglieder gegründet.

**1980:** Die Grüne Liste Berlin wird gegründet.

**1981:** Die Grüne Liste Berlin wird mit Gründung der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) zum Berliner Landesverband dieser Partei.

**1982:** Nach der Auflösung der AUD auf Bundesebene 1980 bleibt die Berliner AUD noch bis 1981 bestehen.

**1985:** Vor der Abgeordnetenhauswahl wird der Landesverband Die Grünen Berlin vom Bundesvorstand der Grünen aufgelöst, als gegenseitige Stimmenabwerbungen drohen und eine neonazistische Unterwanderung des Landesverbands bekannt wird. Die AL ist seitdem der Landesverband der Grünen in Berlin.

## Zu den überlieferten Dokumenten im Archiv

Die Partei Bündnis 90/Die Grünen gibt regelmäßig ihre Akten an das Archiv ab. Der Aktenbestand besteht aus Unterlagen seit 1978 und enthält Mitgliederversammlungsprotokolle von 1979–1993, Delegiertenrat-Infos und -protokolle von 1978–1995 und Unterlagen des Landesvorstandes von 1978–1997. Darüber hinaus Schriftgut aus der Landesgeschäftsstelle wie Satzungen, Programme, Korrespondenzen und die Mitgliederverwaltung. Er enthält Akten zur Gründung, zur Verfassungsschutzuntersuchung 1984, zum Grünen Landesverband und zur rot-grünen Koalition 1989/90, zur Vereinigung zu Bündnis 90/Die Grünen sowie Sachakten über Datenschutz, Bildung, Technologie, Wirtschaft/Soziales, Stadtentwicklung/Umwelt, Frauen, Gentechnologie, Internationalismus und Finanzen. Außerdem umfasst er Akten der Grünen Partei der DDR, Landesverband Berlin, die bei der Auflösung der Büros im Haus der Demokratie an die Berliner Grünen abgegeben wurden, Akten der Grünen Liga, von Bündnis 90, Demokratie Jetzt, Vereinigte Linke und Unabhängiger Frauenverband (UFV). Und im Jahr 2011 erhielt das Grüne Gedächtnis über 25.000 Fotos und unzählige Wahl- und Themenplakate von der Landesgeschäftsstelle.

Der Bestand des umstrittenen Landesverbandes Die Grünen Berlin wurde 2011 vom Berliner Landesarchiv übernommen und stammt aus der Provenienz des letzten Landesvorsitzenden, Helmut Weller. Er enthält Akten von 1978 bis 1985 und weitere AL-Unterlagen bis 1995 wie Vorstandsunterlagen, Protokolle, Korrespondenz, Finanzunterlagen und Mitgliederlisten. Außerdem umfasst der Bestand Materialien über weitere kurzlebige Gruppen aus der Gründungsphase der Partei wie die Grüne Liste Berlin und die von der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) beeinflusste Grüne Föderation.

Daneben erhielt das Grüne Gedächtnis vom Landesarchiv auch einen Bestand des Berliner Landesverbandes der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher. Er enthält Akten von 1965 bis 1989, zusammengestellt von Helmut Weller in seinen Funktionen als Kassenwart und Schatzmeister, sowie Unterlagen der Geschäftsstelle mit Mitgliederlisten, Finanzunterlagen, Mitglieder-rundschreiben, Dienstagebüchern, Vorstandsunterlagen, Korrespondenz, Protokollen, Transparenten und Materialien der AUD bis 1989.

Auch die Akten der Abgeordnetenhausfraktion der AL bzw. von Bündnis 90/Die Grünen werden vom Archiv übernommen. Sie reichen bis 1981 zurück. Dieser Aktenbestand enthält Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungsprotokolle von 1981–1984, 1989–1991 und ab 1999. Seit 1981 liegen alle Rechenschaftsberichte der Fraktion vor, die Klausurprotokolle umfassen die Zeit von 1991–2005. Außerdem enthält der Bestand Sachakten zu den Themen Soziales, Gesundheit, Bildung, Datenschutz, Umweltschutz, Anti-Atom, Verkehr und Friedenspolitik. In diesem Jahr sind über 10.000 Fotos und Plakate aus Partei, Fraktion und ihrem politischen Umfeld sowie mehrere Video- und Tondokumente hinzugekommen.

Der Bestand «FU Berlin, Spezialarchiv Die Grünen» ergänzt die anderen Bestände. Er wurde im Rahmen eines Forschungsprojektes, das seit den

1970er-Jahren die Wahlbewegung aus den neuen sozialen Bewegungen untersuchte und dokumentierte, von Richard Stöss aufgebaut und vom Archiv Grünes Gedächtnis übernommen. Er enthält deshalb Dokumente zur Gründungsdiskussion der AL, zur möglichen Teilnahme an der Abgeordnetenhauswahl 1979 mit einer Bunten/Grünen/Alternativen Liste, zum Verhältnis zwischen Alternativer Liste und Grünem Landesverband und zur «Wählergemeinschaft Unabhängiger Bürger».

Ein Jahr vor dem 30-jährigen Jubiläum der Fraktion im Abgeordnetenhaus erhielt das Grüne Gedächtnis die Anfrage, inwieweit es eine Ausstellung und Publikation zur Geschichte der Fraktion unterstützen könnte. Dabei wurden große Lücken in der Überlieferung deutlich. Um die Fraktionsgeschichte kohärenter dokumentieren zu können, hat das Archiv seitdem 15 Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen geführt, die perspektivisch die Dokumente ergänzen werden.

# Die Aktenüberlieferung der Hamburger Grünen

In Hamburg gab es in den 1970er-Jahren eine starke linke Szene, die vom Kommunistischen Bund (KB) geprägt wurde. An dieser Szene kam niemand vorbei, der oder die sich in der Hausbesetzer-, Umwelt-, Anti-AKW-, Alternativ-, Friedens- und Frauenbewegung engagierte. Und als gegen Ende der 1970er-Jahre die Frage der Beteiligung an einer Wahlbewegung auf der politischen Agenda stand, kam es zu harten Auseinandersetzungen unter den Linksalternativen um die Fragen von Parteibildung, Parlamentarisierung und Strategien zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele.

Die Entwicklung der heutigen Hamburger Grünen, in deren Name diese Geschichte noch mitschwingt (Bündnis 90/Die Grünen, Grün-Alternative Liste (GAL) Hamburg), verlief äußerst schwierig, war begleitet von harten ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen und ist für Außenstehende sehr unübersichtlich.<sup>1</sup> Im Vergleich zu den grünen Anfangsjahren in Hamburg ist es heute um die GAL recht ruhig geworden, einmal abgesehen von der ersten schwarz-grünen Koalition, die es auf Landesebene bisher gab und die 2008 in Hamburg gewagt, nach zwei Jahren aber von der GAL wieder aufgekündigt wurde.<sup>2</sup>

Hier möchte ich versuchen, einen kurzen tabellarischen Überblick mit politischen Einordnungen zu geben, um daran anschließend zu beschreiben, was aus und seit diesen besonderen Anfangsjahren an Dokumenten im Archiv überliefert ist.

## Gründungen – Spaltungen – Neugründungen – Wiedervereinigungen

**März 1978:** Die Bunte Liste – Wehrt Euch gründet sich, kandidiert bei den Bürgerschaftswahlen und schafft in Eimsbüttel mit zwei Sitzen den Einzug in die Bezirksverwaltung. Sie existiert bis zum Frühjahr 1980. Sie ist aus dem Umwelt- und Anti-AKW-Protest entstanden und stark vom KB geprägt.

<sup>1</sup> Vgl. Joachim Raschke, Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind, Köln 1993, S. 295-327.

<sup>2</sup> Die Angaben zu den Wahlen und Koalitionen sind der Geschichte der GAL entnommen, <http://www.gal-fraktion.de/geschichte-der-gal> (Stand 10.11.2011).

Im selben Jahr gründet sich die Grüne Liste Umweltschutz Hamburg (GLU-Hamburg), die ein Ableger der niedersächsischen GLU ist und wertkonservative und rechte Umweltschützerinnen und Umweltschützer vertritt.

**1979:** Der KB spaltet sich in KB und Gruppe Z. Die Gruppe Z steht für ein Engagement bei den entstehenden Grünen.

Der Landesverband Die Grünen wird gegründet, in dem die Gruppe Z stark vertreten ist. Eine kleine Gruppe von Mitgliedern der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD) tritt ebenfalls bei.

**November 1981:** Die Alternative Liste Hamburg wird gegründet, die sich um Verhandlungen mit dem Hamburger Landesverband Die Grünen bemüht.

**März 1982:** Bei einer gemeinsamen Mitgliederversammlung der Alternativen Liste und der Grünen wird für die anstehende Bürgerschaftswahl als gemeinsamer Wahlvorschlag die Grün-Alternative Liste Hamburg gewählt. Die GAL kündigt an, eventuell eine SPD-Minderheitsregierung zu unterstützen, ansonsten «radikale, aber konstruktive Opposition» zu sein. Die GAL erreicht 7,7% der Stimmen und führt Tolerierungs-, aber keine Koalitionsgespräche mit der SPD. Sie scheitern. Bei Neuwahlen verliert die GAL leicht.

Die AL und die Grünen existieren getrennt weiter. In der GAL kommen die Fraktionen des KB wieder zusammen.

**1983–1984:** Die Frechen Frauen formieren sich in der GAL-Bürgerschaftsfraktion, um Stil und Inhalte der männerdominierten GAL zu verändern.

**1984:** Die Alternative Liste löst sich in den Landesverband der Grünen auf, der seitdem den Namen Grün-Alternative Liste (GAL) Hamburg führt.

**1986:** Die GAL tritt mit einer reinen Frauenliste, initiiert von den Frechen Frauen, zur Bürgerschaftswahl an. Die Frechen Frauen werden von alten Seilschaften bestimmt und können innerhalb der GAL kaum verändernd wirken. Die Frauenliste erreicht 10,4% der Stimmen, die SPD verliert die absolute Mehrheit und die CDU wird stärkste Fraktion. Es kommt zum zweiten Mal zu Tolerierungsgesprächen zwischen GAL und SPD, die wieder scheitern.

**1987:** Bei den Bürgerschaftsneuwahlen kommt die GAL nur noch auf 7%. Die SPD wird wieder stärkste Fraktion und bildet mit der FDP den Senat.

**1987–1989:** Die Auseinandersetzungen zwischen linkem und realpolitischem Flügel verstärken sich und die ökosozialistische, linke Strömung verliert an Einfluss.

**1990:** Die Mitgliederversammlung der GAL legt sich auf die Position «Nie wieder Deutschland» fest, hofft auf den Fortbestand der DDR und den Reformflügel in der SED. Viele verlassen die GAL und gründen das Grüne Forum. Sechs von acht Bürgerschaftsabgeordneten bleiben in der GAL, erklären sich aber zu einer vom Landesverband der Hamburger Grünen

unabhängigen Frauenfraktion. Heftige juristische Auseinandersetzungen zwischen GAL, Grünem Forum und Frauenfraktion folgen. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl erreicht die GAL nur noch 5,8%.

**1991:** Vor der Bürgerschaftswahl vereinigen sich Grünes Forum und GAL wieder. Führende Politikerinnen und Politiker wandern zur PDS ab und der Reformflügel dominiert in der GAL. Die GAL erreicht 7,2%.

**1993:** Die SPD verliert ihre absolute Mehrheit, die GAL erreicht mit 13,5% ihr bis dahin bestes Ergebnis. Die GAL und die SPD nehmen zum ersten Mal Koalitionsverhandlungen auf, die von der GAL abgebrochen werden. Die SPD geht eine Koalition mit der Statt-Partei ein.

**1997–2001:** Die GAL erreicht 13,9% der Stimmen und die Koalitionsverhandlungen mit der SPD enden dieses Mal erfolgreich. Zum ersten Mal gibt es in Hamburg drei grüne Senatsmitglieder: Krista Sager, Willfried Maier und Alexander Porschke.

**1999:** Fünf GAL-Abgeordnete verlassen aus Protest gegen die grüne Zustimmung zur deutschen Beteiligung am Kosovokrieg Partei und Fraktion, gründen die Regenbogen-Gruppe und behalten ihre Sitze in der Bürgerschaft.

**2001:** Bei der Bürgerschaftswahl erreicht die GAL nur 8,5%. Bei der Bundestagswahl 2002 sieht die Welt in Hamburg schon wieder anders aus. Die GAL erreicht 16,2%.

**2004:** Bereits nach zwei Jahren ist die Koalition aus CDU, FDP und rechtspopulistischer Schill-Partei am Ende. Bei den Neuwahlen erreicht die GAL 12,3%. Da die CDU die absolute Mehrheit erreicht, kann sie allein regieren.

**2008–2010:** Die CDU verliert mit 42,6% ihre absolute Mehrheit, die SPD erhält 34,1%, die GAL erhält 9,6% der Stimmen. Die Landesmitgliederversammlung entscheidet sich für Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Die erste schwarz-grüne Koalition auf Landesebene mit Christa Goetsch, Anja Hajduk und Till Steffen als Senatsmitglieder kommt zustande. Sie wird nach zwei Jahren von der GAL beendet.

**2011:** Die SPD kann Hamburg wieder allein regieren. Die GAL erhält 11,2% der Stimmen.

## Zu den überlieferten Dokumenten

Angesichts der harten politischen Auseinandersetzungen im links-alternativen Spektrum Ende der 1970er- und Anfang der 1980er-Jahre, der Listenbildungen, Gründungen, Zusammenschlüsse und Trennungen ist es fast verwunderlich, dass diesen Verhältnissen nicht alle papiernen Zeugnisse zum Opfer gefallen sind. Leider ist es aber doch so, dass die Zeit von 1978 bis 1982 nicht im Archiv Grünes Gedächtnis überliefert ist. Erst mit der GAL-Gründung ist die grün-alternative Politik überliefert.



*Der am 28. Februar 1988 gewählte Vorstand der GAL, v.l.n.r.: Maria Pein, Ursel Naderhoff, Wulf Sorge, Michael Wunder, Frank Freud, Christine Hölemann, Dietlind Schild, Peter Gehrken, Kurt Edler und Rosemaire Borcerius.*

Relativ gut dokumentiert sind die GAL-Geschehnisse ab 1982 bis Ende der 1990er-Jahre. Die Überlieferung ist weder lückenlos noch ganz systematisch. Sie beschränkt sich zudem im Wesentlichen auf die Akten der Partei, die nach 1995 in mehreren Ablieferungen in einem Gesamtumfang von 16 lfm an das Grüne Gedächtnis übergeben wurden. Insgesamt decken die Archivunterlagen die Zeit von 1973 bis 2001 ab, schwerpunktmäßig die Jahre 1982–1999. Aus den Bürgerchaftsfraktionen befinden sich keine Akten im Archiv. Daneben gibt es persönliche Deposita von Hamburger Politikerinnen und Politikern.

Überliefert sind die Unterlagen der Mitgliederversammlungen der GAL von 1982, 1985–1998, Unterlagen zu den Sitzungen des Landesvorstandes von 1982–1998 mit Anlagen und Protokollen, Korrespondenz des Vorstandes von 1986–1988, die Mitgliederverwaltung des Jahres 1992, die Arbeit der Wahlkampfkommissionen von 1986 und 1989 sowie die Pressemitteilungen der GAL von 1982–1986 und 1988 – 2000. Akten mit Sitzungsunterlagen der Frauenliste/Weiberrat von 1985–1990 mit Schriftwechsel, Positionspapieren, politischen Bewerbungen und Presse sind überliefert.

Von besonderer Bedeutung, häufig auch biographischer, sind die Bestände von einzelnen Politikerinnen und Politikern, die entweder aus Hamburg kommen oder zumindest Phasen ihres politischen Lebens in der GAL verbracht

haben. Gabriele Gottwalds Depositum enthält Akten aus ihrer Zeit im Landesvorstand der GAL 1988. Krista Sagers Bestand enthält den Schriftwechsel mit ihrem Wahlkreis in Hamburg von 2002–2009. Bei Peter Bartelheimer, der nie in Hamburg politisch aktiv war, findet sich eine Dokumentation zur Arbeit des Grünen Forums Hamburg von 1990. Und in den Akten von Jule Endruweit, die längere Zeit im Landesvorstand der GAL und in der LAG Frauen aktiv war, sind Vorstandsarbeit und Hamburger Frauenpolitik von 1993–1997 überliefert.

Im Archiv befindet sich zudem eine kleine Dokumentenzusammenstellung zur GLU-Hamburg und zur Bunten Liste – Wehrt Euch, die aus Anlass einer Forschungsarbeit zu Wahlprogrammen des Jahres 1978 entstanden ist und in der sich ein paar Briefe eines Aktivisten der GLU-Hamburg befinden.

In der Fotosammlung des Archivs sind gut 100 Porträts von Hamburger Politikerinnen und Politikern sowie Aufnahmen aus der Zeit von 1979–1999, die bei grünen Veranstaltungen in Hamburg gemacht wurden, zu finden. Ebenso viele Plakate aus Hamburger Wahlkämpfen und Kampagnen von 1980–2011 sind im Archiv gelagert. Gut 30 Zeitschriften der Kreisverbände, des Landesverbandes, der Bürgerschaftsfraktion, grüner Hochschulgruppen, der Gründungsorganisationen und -parteien und aus der grün-nahen Szene in Hamburg sind in der Bibliothek.

# Zu den Aktenbeständen der nordrhein-westfälischen Grünen

In einer Analyse der «Ausgangslage in NRW» vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 1985 bilanzieren drei Protagonisten eine «organisatorische Schwäche der NRW-Grünen: [...] wir stehen immer noch in der Phase des Zusammenwachsens, verfügen nur über eine schwach entwickelte innerparteiliche Informationsstruktur (fast ohne Wirkungen nach ‚außen‘) und haben keine parlamentarischen Erfahrungen oberhalb der Kommunalebene.»<sup>1</sup>

Das Ergebnis bei der Landtagswahl 1985 gerät zu einem Desaster. Nach erfolgreichem Abschneiden bei der Europawahl im Jahr zuvor verfehlen Die Grünen am 12. Mai 1985 mit 4,6% den sicher erwarteten Einzug in den Düsseldorfer Landtag. Erst fünf Jahre später und gut zehn Jahre nach Gründung des größten Landesverbandes der Partei gelingt die Formierung einer grünen Landtagsfraktion, wenn auch sehr knapp mit 5%.

1995 verdoppelt Bündnis 90/Die Grünen ihr Wahlergebnis auf 10%, die SPD verliert die absolute Mehrheit und es kommt zur Bildung einer ersten rot-grünen Landesregierung, die bei der Landtagswahl des Jahres 2000 bestätigt wird. Die darauf folgende 14. Wahlperiode sieht die Grünen wieder in der Oppositionsrolle, bis zur Landtagswahl des Jahres 2010, nach der Grüne und SPD gegenwärtig eine Minderheitsregierung in Nordrhein-Westfalen bilden.

## Rückblick auf die bisherige Parteigeschichte

**1979:** Im Vorfeld der Kommunalwahl im September 1979 gründen sich alternative, bunte und grüne Listen in verschiedenen Städten.

**15./16. Dezember 1979** gründen sich in Hersel bei Bonn «Die Grünen Nordrhein-Westfalen» als Landesverband der im Januar 1980 zur Gründung anstehenden Bundespartei.<sup>2</sup>

**11. Mai 1980:** Bei ihrer ersten Teilnahme an einer Landtagswahl erreichen Die Grünen NRW 3,0% der Stimmen.

<sup>1</sup> In: *Kommune*, Heft 11, November 1984.

<sup>2</sup> Vgl. Wilhelm Knabe, Erinnerungen an Hersel, in: Heinrich-Böll-Stiftung NRW (Hrsg.), 25 Grüne Jahre in NRW. Dokumentation des 8. Böll-Forums am 9. Juli 2004, Düsseldorf 2004.

**1981:** Im Februar erscheint die erste Ausgabe eines Mitglieder-Rundbriefes des Landesverbandes «Grünes Info NRW».

**1981:** Im Juli erscheint die erste Ausgabe der Zeitschrift *Alternative Kommunalpolitik*. Ihr Redaktionssitz ist Bielefeld.

**1983:** Am 22./23. Januar wird in Geilenkirchen die Landesliste für die vorgezogene Bundestagswahl im März aufgestellt; der Künstler Joseph Beuys, der seine Kandidatur bis Platz 9 aufrechterhält, wird nicht gewählt. Bei der Bundestagswahl am 6. März erreichen Die Grünen NRW 5,2% und bundesweit 5,6%. Die Grünen ziehen erstmals in den Deutschen Bundestag ein. Im März 1983 wird der Ökofonds NRW errichtet.

**1983:** Im Mai tritt der Landesvorstand geschlossen zurück. Er reagiert damit auf eine Entscheidung des Landesparteitages, den Haushalt der Partei mit Vorgriffen auf zu erwartende Einnahmen aus Wahlkampfkostenerstattungen zur Deckung zu bringen. Dieser Rücktritt ist die erste einer über die 1980er-Jahre anhaltenden Folge von Krisen im Landesverband.

**1984:** Bei der Kommunalwahl am 30. September liegt das Ergebnis landesweit bei rund 9%, «anstatt bisher 7 Fraktionen haben wir es jetzt mit 288 zu tun, früher waren es 20 bis 30 versprengte grün-alternative Parlamentarier, heute sind es ca. 1.600»<sup>3</sup>.

Im Juni 1985 wird die kommunalpolitische Vereinigung «Grün-Alternative in den Räten NRW e.V.» gegründet. Ende des Jahres 1984 verzeichnen Die Grünen NRW ca. 7.000 Mitglieder in 54 Kreisverbänden, ca. 250 Ortverbände und rund 25 Landesarbeitsgemeinschaften.

**1985:** Die Landtagswahl am 12. Mai 1985 wird im Vorfeld von der strömungspolitischen Debatte um ein «rot-grünes Tolerierungsbündnis» oder eine Koalition dominiert. Die Grünen NRW verpassen mit 4,6% den Einzug in den Landtag.

**1987:** Bei der Bundestagswahl am 25. Januar erreichen die Grünen in NRW 7,5% und bundesweit 8,3%. Nach der Listenaufstellung im Juli 1986 in Mülheim stellt der Landesverband ein Viertel der 44 Abgeordneten der Bundestagsfraktion in der 11. Wahlperiode. In Nordrhein-Westfalen werden neun Regionalbüros eingerichtet.

**1988:** Im November tritt der Landesvorstand wegen einer Finanzaffäre zurück.

**1989:** Im März wird in Dortmund die Liste für die Landtagswahl am 13. Mai 1990 aufgestellt. Bärbel Höhn von der Bunten Liste Oberhausen wird überraschend zur Listenführerin gewählt. Auf Platz 2 ist der langjährige Geschäftsführer der Bundestagsfraktion Michael Vesper aus Bielefeld.

**1990:** Die Grünen treten zur Landtagswahl am 13. Mai mit dem Slogan «NRW braucht Bewegung» an und erreichen 5% der Stimmen. Mit zwölf Abgeordneten bilden sie erstmals eine Landtagsfraktion. Ministerpräsident

3 Grünes Info, Nr. 12, 1984.

Johannes Rau erreicht zum dritten Mal in Folge die absolute Mehrheit für die SPD.

**1991:** Am 3. Dezember wird die «Ökologiestiftung – Verein für ökologische, demokratische und solidarische Bildung» gegründet.

**1992:** Auf einem Landesparteitag im Mai wird die grün-offene Initiative «Farbe Bekennen – Rassismus ächten» als Antwort auf das sich verschärfende innenpolitische Klima vorgestellt. Weitere Kampagnen sind u.a. «Frauenoffensive», «Dem Grünen Punkt die Rote Karte» und 1993 «Verkehrswende in NRW».

**1993:** Die ostdeutsche Partei Bündnis 90 und die westdeutschen Grünen schließen sich zusammen; NRW stellt in einer Hinsicht einen Sonderfall dar, weil hier der einzige Landesverband des Bündnis 90 außerhalb der fünf neuen Länder gegründet wurde.

**1993:** Im Unterschied zu anderen Landesverbänden, in denen sich teilweise grüne Jugendverbände gegründet haben, kommt es in NRW erst 1999 zur Gründung einer Grünen Jugend. Die JungdemokratInnen/Junge Linke erklären Die Grünen zu ihrer parlamentarischen Ansprechpartnerin.

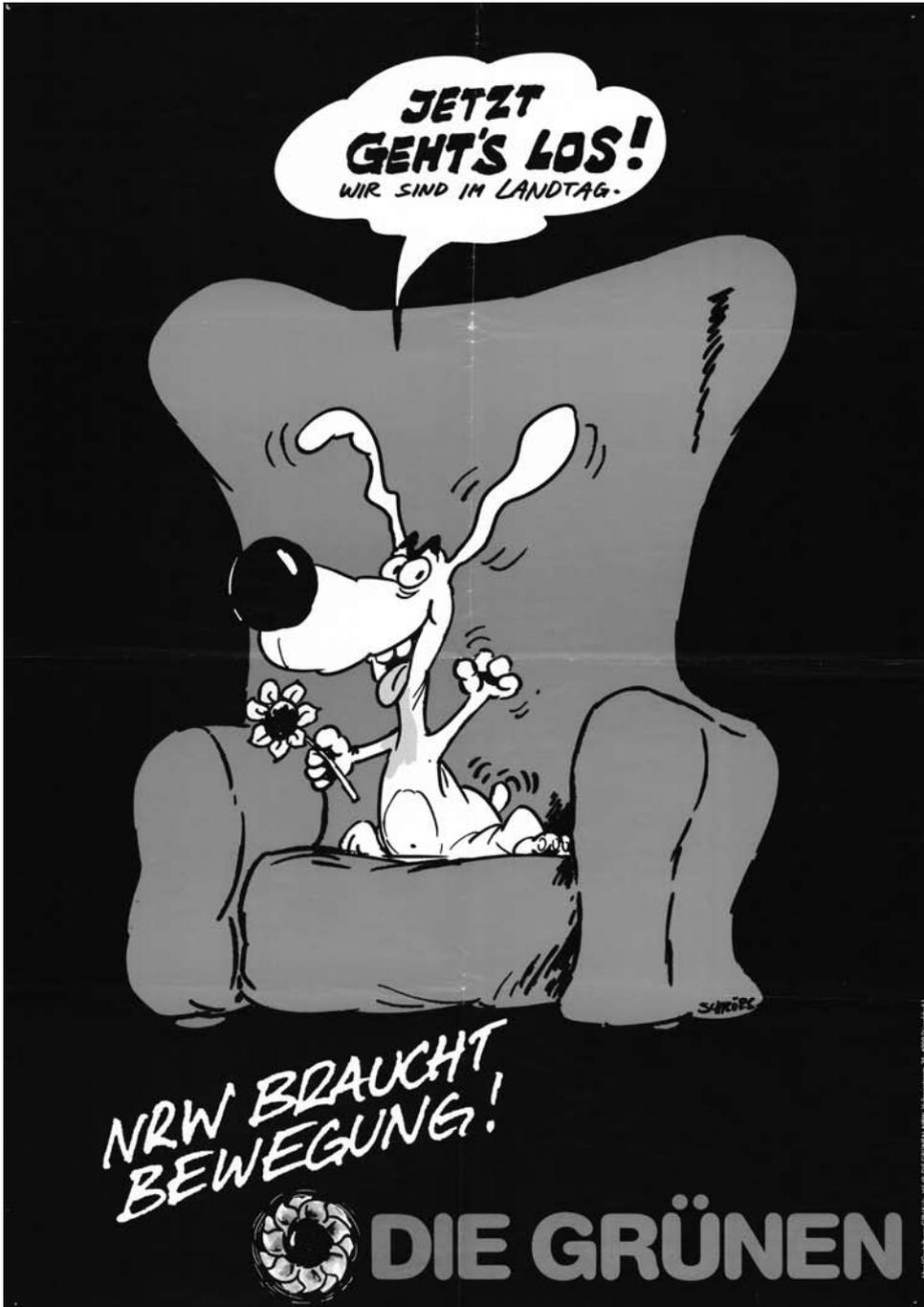
**1995:** «Grüner Schwung für NRW» lautet der Slogan von Bündnis 90/Die Grünen für die Landtagswahl am 14. Mai 1995. Mit 10% verdoppeln Die Grünen ihr Ergebnis von 1990, mehr noch: Die SPD verliert die absolute Mehrheit und ist gezwungen, in Koalitionsverhandlungen einzutreten, die sich über mehrere Wochen zäh hinziehen.

**1996:** Bereits nach einem Jahr Koalition droht das Bündnis am Streit um den Braunkohle-Tagebau Garzweiler II zu zerbrechen. Weitere Konfliktpunkte bilden der Autobahnbau im Ruhrgebiet und das Nachtflugverbot am Flughafen Köln-Bonn.<sup>4</sup> Zwei Jahre später wird Johannes Rau die Amtsgeschäfte an seinen Nachfolger Wolfgang Clement übergeben.

**1998:** Nach der Genehmigung eines Rahmenbetriebsplans für Garzweiler II durch Wirtschaftsminister Clement beraten Bündnis 90/Die Grünen auf einem Außerordentlichen Parteitag am 17. Januar 1998 in Jüchen über die Aufkündigung oder Fortsetzung der Koalition. Die Delegierten entscheiden sich für einen Verbleib in der Landesregierung.

**2000:** Bei der Landtagswahl am 14. Mai 2000 kommen Bündnis 90/Die Grünen auf 7,1% der Stimmen. Und nach zähen Verhandlungen kommt es zu einer Neuauflage der rot-grünen Koalition.

<sup>4</sup> Vgl. Stefan Bajohr, Fünf Jahre und zwei Koalitionsverträge. Die Wandlungen der Grünen in Nordrhein-Westfalen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1/2001.



Landtagswahlplakat der Grünen in NRW 1990

## Zum Aktenbestand

Bis heute konnte der Aktenbestand nicht nach den regulären archivischen Vorgehensweisen erschlossen werden, doch sind die Unterlagen, zum (kleineren) Teil nach tiefgehender oder nur vorläufiger Erfassung und Strukturierung in der Archiv-Datenbank zugänglich und für die Einsichtnahme durch Besucherinnen und Besucher des Archivs offen. Bei einer Laufzeit von 1980 bis in die zweite Hälfte der 1990er-Jahre sind es vor allem Unterlagen der verschiedenen Gremien des Landesverbandes wie Landesdelegiertenkonferenzen (ab 1983 und lückenhaft), Sitzungen des Landesvorstandes, des Landeshauptausschusses bzw. Partei-rats und der Landesarbeitsgemeinschaften. Eine eigene Aktengruppe bilden die Unterlagen des 1986 eingerichteten Frauenreferates der Grünen NRW (Laufzeit der Akten bis 1991). Umfassend dokumentiert sind die Organisation und Durchführung von Wahlkämpfen – von Kommunalwahlen über die Landtagswahlen bis zu Bundestags- und Europawahlen in Nordrhein-Westfalen – sowie verschiedene Kampagnen wie «Rassismus ächten» oder «Verkehrswende in NRW» zu Beginn der 1990er-Jahre. Zu erwähnen sind schließlich Mitgliederverwaltung und Finanzreferat des Landesverbandes.

Neben dem Bestand der Partei gibt es drei weitere eigenständige Bestände. Dazu gehören die vollständigen Unterlagen und Protokolle der Sitzungen der Landtagsfraktionen ab 1990, die Unterlagen des Ökofonds NRW und die der kommunalpolitischen Vereinigung Grün-Alternative in den Räten e.V. (GAR). Die zentrale Aufgabe des Ökofonds, die Behandlung von Finanzanträgen, spiegelt in ihren Begründungen die Breite und Vielfalt der den Grünen nahestehenden Gruppen und Initiativen in Nordrhein-Westfalen wider. Über die GAR ist eine Sammlung von rund 150 Kommunalwahlprogrammen überwiegend der 1980er-Jahre in der Archivbibliothek verfügbar. Ebenfalls in der Bibliothek sind zahlreiche grüne Zeitschriften und Rundbriefe aus NRW verzeichnet, vollständig die des Landesverbandes.

Von eigener, auch biographischer Bedeutung sind Nachlässe und Deposita. Für die Gründungsgeschichte der Grünen Nordrhein-Westfalen sind hier der Nachlass von Werner Vogel und das Depositum von Wilhelm Knabe zu nennen. Dort sind beispielsweise Protokoll und Begleitumstände der Gründungsver-sammlung in Hersel und die Entwicklungen von 1980 bis 1981 nachzulesen. Weitere Nordrhein-Westfalen betreffende Deposita sind von Katrin Grüber, Bärbel Höhn, Christa Nickels, Michael Vesper und Helmut Wiesenthal dem Archiv Grünes Gedächtnis anvertraut worden.

# Grüne Archive in Europa

## Fortsetzung der Bestandsaufnahme

Für das Archivjahrbuch 2010 bin ich der Frage nachgegangen, wo und von wem Unterlagen aus der Arbeit von grünen Parteien in Europa gesammelt, aufbewahrt und für die interessierte politische Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Ich konnte erste Ergebnisse aus Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, England und den Niederlanden präsentieren. Dort wurden Dokumente schwerpunktmäßig an Universitätsarchive und Archive politischer Stiftungen abgegeben. 2011 habe ich meine Recherchen in der Schweiz, Skandinavien und in einigen osteuropäischen Ländern fortgesetzt. In der Schweiz, in Schweden und Finnland haben die grünen Parteien ihre Quellen hauptsächlich an staatliche Archive abgegeben; in den osteuropäischen Ländern sind die grünen Parteizentralen selbst oft noch die einzigen Dokumentationsstellen. Geregelte Abgaben an staatliche, universitäre oder andere Archive gibt es, soweit ich in Erfahrung bringen konnte, bisher nicht. Konzeptionelle Überlegungen, wie grüne Geschichte für zukünftige Generationen in das aktuelle Informationsserviceangebot grüner Parteizentralen eingebunden werden kann, spielen eine große Rolle und erste Schritte zur Realisierung sind bereits getan. Hier nun die Rechercheergebnisse im Einzelnen:

### Schweden

*Kontakt:*

<http://www.riksarkivet.se>

<http://www.nad.ra.se> (National Archival Database of Sweden)

[nad@riksarkivet.se](mailto:nad@riksarkivet.se)

[anna-karin.andersson@riksdagen.se](mailto:anna-karin.andersson@riksdagen.se)

Die Partei Miljöpartiet De Gröna unterhält kein eigenes historisches Archiv. Die Parteizentrale arbeitet mit einem Aktenplan und Richtlinien, in denen festgelegt ist, welche Unterlagen aus rechtlichen und historischen Gründen aufgehoben werden müssen. Die Dokumente, die älter als zehn Jahre sind, werden regelmäßig an das schwedische Reichsarchiv und einige Regionalarchive abgegeben. Dort werden die Bestände verzeichnet und können ohne Einschränkungen

genutzt werden. Allein im Reichsarchiv liegen 15,5 lfm, die in 200 Akteneinheiten gegliedert sind und deren Laufzeit von 1979 bis 1995 reicht. In den Regionalarchiven lagern weitere Abgaben der regionalen Gliederungen der Partei, die ebenfalls verzeichnet und zugänglich sind. Der gesamte Bestand ist archivisch beschrieben und online recherchierbar.

## **Finnland**

*Kontakt:*

<http://www.arkisto.fi/en/yhteystiedot/>

<http://www.tyovaenmuseo.fi/?q=en>

[risto.kankaanpaa@vihreat.fi](mailto:risto.kankaanpaa@vihreat.fi)

Vihreät De Gröna, die finnische grüne Partei, hat mit dem Nationalarchiv ein regelmäßiges Verfahren zur Übernahme historischer Dokumente aus der Parteizentrale organisiert. Alles, was älter als zehn Jahre ist und nach einer archivischen Bewertung für wichtig erachtet wird, wird vom Nationalarchiv in Helsinki übernommen. Dort befinden sich mehrere Bestände unterschiedlicher Provenienzen: Eine Sammlung von Beständen von Einzelpersonen und Organisationen aus den frühen Jahren der grünen Bewegung in Finnland im Umfang von 7 lfm, die zurzeit katalogisiert wird. Ein Parteibestand im Umfang von 8,7 lfm und der Laufzeit von 1976–2006, der katalogisiert und mit Genehmigung der Partei zugänglich ist. Neben diesen Archivbeständen lagern im Nationalarchiv drei persönliche Bestände grüner Politikerinnen und Politiker und einer Wissenschaftlerin: Heidi Hautala, ehemalige Europaabgeordnete und zurzeit Ministerin für Internationale Entwicklung. Ihr Bestand hat einen Umfang von 4,3 lfm und reicht von 1979–2004. Die Dokumente sind katalogisiert und zugänglich. Satu Hassi, ehemaliger Minister für Umwelt und Entwicklung, ist zurzeit Mitglied im Europaparlament. Sein Bestand hat einen Umfang von 3,45 lfm und umfasst die Jahre von 1990–2009. Er ist bisher weder verzeichnet noch zugänglich. Marketta Horn ist Politikwissenschaftlerin und Politikerin. Ihr Bestand reicht von 1960–2000, hat einen Umfang von 4,1 lfm und ist nicht verzeichnet, kann aber mit ihrer Genehmigung genutzt werden.

In der Parteizentrale selbst lagern die Dokumente, die jünger als zehn Jahre sind und mit denen noch gearbeitet wird. Auch mit diesen Akten kann nach Absprache bereits gearbeitet werden.

Eine finnische Besonderheit ist die Zusammenarbeit mit dem Museum der Arbeit «Werstas». Werstas erarbeitete zusammen mit dem staatlichen Museum für Forst «Lustos» eine Ausstellung zur Geschichte der finnischen Umweltbewegung, die seit 2010 in Finnland an unterschiedlichen Orten gezeigt wird. Für diese Ausstellung wurden von Werstas Dokumente und museale Objekte von Personen, Gruppen und Organisationen der Umweltbewegung ausgeliehen oder als Dauergabe übernommen. So ist bei Werstas eine Objektsammlung zusammengekommen, die dauerhaft aufbewahrt, katalogisiert und nutzbar ist. Die

finnische grüne Partei hat einen Teil ihrer Objektsammlung dem Museum für das Ausstellungsprojekt zu Verfügung gestellt und danach zur dauerhaften Aufbewahrung überlassen.

Historische Dokumente der finnischen Grünen befinden sich somit an drei Standorten: in der Parteizentrale, im Nationalarchiv und im Museum der Arbeit.

## Schweiz

*Kontakt:*

<http://www.sozialarchiv.ch/>

<http://www.findmittel.ch/>

In der Schweiz gibt es kein zentrales Archiv für die Akten der Grünen Partei und ihrer Vorläuferorganisationen. Interessierte müssen sich die Mühe machen, an unterschiedlichen Stellen den Akten nachzuforschen. In der Überlieferungsstrategie des Schweizer Bundesarchivs spielen Parteiüberlieferungen zunehmend eine größere Rolle. Die Grünen der Schweiz haben dort bisher aber keinen Bestand. Akten der Schweizer Grünen, ihrer regionalen Gliederungen und ihrer Vorläuferorganisationen finden sich in einigen staatlichen Archiven der Kantone. Auch wichtige politische Aktivistinnen und Aktivisten haben ihre privaten Nachlässe dorthin abgegeben. Neben diesen staatlichen Archiven hält das schweizerische Sozialarchiv in Zürich relevante Bestände.

Die Geschichte der Schweizer Grünen geht bis ins Jahr 1983 zurück, als zum einen die Föderation der grünen Parteien der Schweiz (1986 umbenannt in Grüne Partei der Schweiz) und zum anderen die Grüne Alternative Schweiz (1987 umbenannt in Grünes Bündnis Schweiz) entstanden. Viele Aktivistinnen und Aktivisten dieser Gruppierungen kamen aus den Organisationen, die nach 1968 entstanden waren, vor allem aus dem Zusammenschluss Progressive Organisationen und der trotzkistischen Revolutionäre Marxistische Liga/Sozialistische Arbeiterpartei. 2007 entstand infolge einer Abspaltung die Grünliberale Partei der Schweiz. Viele Organisationen waren und sind beteiligt, und die Aktenüberlieferung ist oft sehr kleinteilig.

*Die folgenden Bestände befinden sich in staatlichen Archiven:*

- Staatsarchiv des Kantons Zürich: Grüne Partei des Kantons Zürich, Akten und Unterlagen kantonal und national, Laufzeit: 1978–1998, 6 lfm; hier liegen Akten des Vorstandes und der Delegiertenversammlung der Grünen Partei der Schweiz, Laufzeit: 1988–1996.
- Staatsarchiv Basel-Land: Progressive Organisationen Basel, Laufzeit 1968–1995; Grüne Partei Basel-Stadt/Grüne Alternative Basel, Laufzeit: 1987–1997.
- Staatsarchiv Basel-Stadt: PO B; Grüne Partei Basel-Stadt/Grüne Alternative Basel.

- Staatsarchiv Bern: Nachlass Daniele Jenni, Laufzeit: 1976–2007, 1,5 lfm; Archiv der Grünen-Freien Liste Amt Aarwangen, Laufzeit: 1987–2004, 1,4 lfm; Archiv der Freien Liste/Grünen Freien Liste des Kantons Bern, Laufzeit: 1983–2006, 6,0 lfm.
- Staatsarchiv St. Gallen: Grünes Bündnis/Grüne Partei und Bewegungen, Laufzeit: ab ca. 1989.
- Staatsarchiv des Kantons Luzern: Grüne Luzern, Laufzeit: ca. 1969-2004; Archiv der POCH (Progressive Organisation) des Kantons Luzern, 1968-1987; Revolutionäre Marxistische Liga RML Luzern, seit 1980 Sozialistische Arbeiterpartei SAP Luzern, Laufzeit: 1973 – ca. 1990.

*Die folgenden Bestände befinden sich im Sozialarchiv:*

- Archiv POCH Zürich, Laufzeit: 1968–1992, 5,6 lfm; Archiv POCH Bern, Laufzeit: 1972–1991, 7 lfm.
- Archiv RML/SAP Schaffhausen, Laufzeit: 1976–1989, 1 lfm; Archiv RM/SAP, Laufzeit: 1943–1990, 6,4 lfm; Archiv RML/SAP Zürich, Laufzeit: 1971–1993, 0,7 lfm; Archiv RML/SAP Zug, Laufzeit: ca. 1970–1990, 1,6 lfm.
- Archiv Winterthurer Opposition WOP, Laufzeit: 1987–1992, 0,2 lfm.

Ein großer Teil des gedruckten Materials der Grünen und ihrer Vorläuferorganisationen, d.h. Periodika, graue Literatur, Broschüren, Flugblätter befindet sich in der Bibliothek des Sozialarchivs. Die Aktenbestände, das Sammlungsgut sowie die Bibliothek sind verzeichnet, zugänglich und online recherchierbar.

## Österreich

*Kontakt:*

Institut für Zeitgeschichte  
 robert.kaller@univie.ac.at

Landesarchiv

[http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/bildung\\_schule/bildung/landesarchiv/kontakt/landesarchiv.htm](http://www.vorarlberg.at/vorarlberg/bildung_schule/bildung/landesarchiv/kontakt/landesarchiv.htm)  
 landesarchiv@vorarlberg.at

An dieser Stelle wird der Bericht über Österreich aus dem Jahrbuch 2010 aktualisiert und ergänzt. So haben die Vorarlberger Grünen 2011 Dokumente aus der Zeit von 1983–2003 im Umfang von 33 Schachteln als Dauerleihgabe an das Vorarlberger Landesarchiv abgegeben. Der Bestand enthält sowohl Gremien- wie thematische Sachakten. Die Dokumente sind verzeichnet, über ein online-Findmittel recherchierbar und können im Landesarchiv genutzt werden.

Beim Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien liegt die Quellsammlung «Grün-Alternative Sammlung», die von Franz Schandl und Gerhard Schattauer im Zuge ihres Forschungsprojekts «Die Grünen in Österreich.

Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft» in den 1990er-Jahren zusammengetragen wurde. Die Sammlung setzt sich aus Materialbeständen der Alternativen Liste Österreich, der Bürgerinitiative Parlament, des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens und der Grünen Alternative Österreich zusammen. Die Wissenschaftler haben darüber hinaus selbst eine Dokumentation zur «Grünen Einigung» von 1986 und Unterlagen der Vereinten Grünen Österreichs, grüne Programme, Zeitschriften, Plakate und eine Pressedokumentation zusammengetragen. Die im Zusammenhang des Forschungsprojektes geführten Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen finden sich ebenfalls in der Sammlung.<sup>1</sup>Die Dokumente sind über ein Findmittel zugänglich und können in der Fachbereichsbibliothek genutzt werden.

## Kroatien

*Kontakt:*

[www.zelena-lista.hr](http://www.zelena-lista.hr)

[www.zeleni-zagreb.org](http://www.zeleni-zagreb.org)

<http://www.hidra.hr/>

In Kroatien hat es seit den 1990er-Jahren viele Versuche gegeben, grüne Parteien zu etablieren. Die interessanteste und bisher erfolgreichste ist die 2004 als lokale Partei für Zagreb gegründete Zelena Lista, die sich 2007 auf nationaler Ebene neu gründete. Ein Parteiarchiv im klassischen Sinn gibt es bislang nicht. Und Aktenabgaben an andere Archive hat es bisher ebenfalls nicht gegeben. Die Parteizentrale in Zagreb bemüht sich, die wichtigsten Dokumente aufzuheben: Mitgliederverwaltung, Gremienunterlagen, Publikationen, Plakate, Flugblätter und Objekte.

Darüber hinaus betreibt Zelena Lista einen modernen webgestützten Informationsservice, der auch über aktuelle wie älteren Parteiaktivitäten informiert.

In Kroatien wird beim Ministerium für öffentliche Verwaltung ein öffentliches Register aller politischen Parteien geführt, an das die Parteien jährlich offizielle Dokumente, wie z.B. Parteitagsunterlagen und Protokolle, Programme und Publikationen, abliefern müssen. Das Ministerium arbeitet zudem mit der Agentur HIDRA zusammen, die jährlich überblicksartige Daten der Parteien publiziert.

So kann in Kroatien zwar nicht von einem archivischen Sammeln, Bewahren und Bereitstellen grüner Parteidokumente gesprochen werden, dennoch wird ein Grundstock an wichtigen Unterlagen in der Parteizentrale wie im Ministerium für öffentliche Verwaltung aufgehoben und zugänglich gemacht.

---

<sup>1</sup> Eine genaue Beschreibung der Bestände findet sich in: Franz Schandl/Gerhard Schattauer, Die Grünen in Österreich, Wien 1996.

## Tschechien

*Kontakt:*

<http://www.zeleni.cz/>

Ganz ähnlich sind die Aktivitäten in der Prager Parteizentrale der 1990 gegründeten tschechischen Strana Zelenych gelagert. Zurzeit wird ein moderner Informationsservice aufgebaut, der eine Art historisches Archiv einschließt.

Bisher werden analoge wie digitale Dokumente aus der nun bereits 20-jährigen Geschichte der tschechischen Grünen sowohl in der Parteizentrale wie in regionalen Parteibüros aufgehoben. Dazu zählen Kampagnenmaterialien, Satzungs-, Finanz- und Parteigremienunterlagen, Jahresberichte, Presseerklärungen und Fotos. Da die Geschichte der tschechischen Grünen sehr wechselvoll ist, gibt es signifikante Dokumentationslücken zu beklagen, die die Parteizentrale zu schließen versucht. Offizielle Stellen sollen nach Dokumenten zu Strana Zelenych abgefragt sowie Zeitzeuginnen und Zeitzeugen angesprochen werden.

Um ein umfassendes digitales Informationsangebot anbieten zu können, werden analoge ältere Dokumente zurzeit digitalisiert. Ein *green wikipedia* ist im Aufbau, das historische Fakten und Dokumente sowie Biographien von politisch aktiven grünen Politikerinnen und Politikern sowie Bürgerinnen und Bürgern präsentieren soll. Dieses Informationsangebot über die tschechischen Grünen wird in absehbarer Zeit zur Verfügung stehen.

Dokumente von Strana Zelenych wurden bisher nicht an tschechische Archive abgegeben. Wie in Kroatien ist die Sensibilität für die Bedeutung der eigenen Parteigeschichte groß und mit dem Aufbau eines modernen Informations- und Dokumentationssystems bemüht sich die Partei, ihren Ansprüchen gerecht zu werden.



# 4 Archivprojekte

# Internationale ökologische und grüne Archive

Bericht vom 1. Treffen im Mai 2011 in Berlin

Mit einer großen Ausstellung zur 30-jährigen Geschichte der Partei Écolo ging das belgische Archiv in die Öffentlichkeit. In Frankreich organisiert das Forschungsnetzwerk Histecologia an der AgroParisTech jährlich internationale Kolloquien. Das Musée du Vivant dieser Universität veranstaltet Ausstellungen und mit dem Centre international de recherches sur l'écologie (Cire) gibt es ein internetgestütztes Recherchewerkzeug für die Archivbestände. Das italienische Alexander-Langer-Archiv hat eine leicht zugängliche, serviceorientierte Internetseite, die alle von Langer publizierten Texte und Fotos enthält und zur Weiterbeschäftigung mit den anderen politischen Angeboten der Stiftung anregen soll. In Oberösterreich hat die grüne Bildungswerkstatt ein regionales Archiv, das über eine online zugängliche Datenbank die Geschichte der oberösterreichischen Grünen recherchierbar macht. Das Archiv Grünes Gedächtnis bringt jährlich eine Publikation heraus, die mit wissenschaftlichen und archivfachlichen Beiträgen darüber informiert, was an wichtigen zeitgeschichtlichen Forschungen zu den deutschen Grünen produziert wird und welche Projekte das Archiv zur Verbesserung seiner Arbeit initiiert.

Mit diesen exemplarischen Angeboten, die der Öffentlichkeit zeigen, was in den Archiven liegt und wie damit gearbeitet werden kann, versuchen alle europäischen Archive, sich Gehör in ihren Ländern zu verschaffen und für die Nutzung ihrer Dokumente zu werben. Das machten die zur ersten Konferenz grüner und ökologischer Archive nach Berlin gekommenen Vertreterinnen und Vertreter sehr deutlich.

Dabei ist die Archivlandschaft so unterschiedlich und vielfältig wie die europäische Wissenschaftskultur. Die organisatorischen Anbindungen machen dies ganz deutlich: in Frankreich an eine Universität; in Italien, Belgien, Österreich und Deutschland an politische Stiftungen und in Tschechien in absehbarer Zeit an die Parteizentrale.

Und so unterschiedlich wie ihre Anbindungen sind auch ihre organisatorischen Entwicklungen. Vom Konzept bis zum bereits langjährig arbeitenden öffentlich finanzierten Archiv gibt es die ganze Bandbreite. In Frankreich hat sich die alte

landwirtschaftliche Universität AgroParisTech mit ihren aus Lehre und Forschung erwachsenen Archiv- und Bibliotheksbeständen zu einem Archiv auch der politischen Ökologie entwickelt, an das Les Verts und grüne Politiker und Politikerinnen ihre Dokumente übergeben können. Ein modernes Recherchezentrum, ein Museum und ein Forschungsnetzwerk runden das Gesamtpaket aus Archiv, Bibliothek, Museum und Forschung ab. In Belgien gibt es mit Étopia, in Deutschland mit der Heinrich-Böll-Stiftung und in Österreich mit der Grünen Bildungswerkstatt parteinahe Stiftungen, die, öffentlich finanziert, Archive im Verbund mit der politischen Bildungsarbeit der Stiftungen unterhalten. Österreich macht hier noch eine Ausnahme, insofern es bisher nur in einem Bundesland, in Oberösterreich, ein grünes Archiv gibt. Das Konzept für ein zentrales Parteiarchiv steht und erste Schritte zur Umsetzung sind gemacht. Die Alexander-Langer-Stiftung im italienischen Südtirol unterhält ein Archiv, das Teil des Bildungsangebotes der Stiftung ist und sich ohne institutionelle Förderung allein aus Spenden und Projektmitteln finanziert. Und in Tschechien überarbeitet die grüne Partei Strana Zelenych ihr internetgestütztes Informationsangebot und plant, Dokumente zur und aus der Geschichte der Partei in diesen Informationsservice zu integrieren.

Alle europäischen Archivkolleginnen und -kollegen machen die Erfahrung, dass der Handlungsbedarf steigt, weil mit zunehmendem Alter der Parteien, Bewegungen und Akteure Archive vonnöten sind, die Dokumente entgegennehmen können und die so ausgestattet sind, dass sie wichtige Bestände auch sichern können. Die Generation der heute politisch Aktiven und Interessierten soll sich über die Geschichte der eigenen Partei informieren können; Nachfragen seitens der Wissenschaft und der Medien sollen fundiert bearbeitet werden können. Alles gute Argumente für Archive, dennoch fällt es den Kolleginnen und Kollegen schwer, sich Gehör und Mittel zu verschaffen. Dies gilt besonders für die eigenen Parteien, deren politisches Geschäft auf die Gegenwart ausgerichtet ist. Wenn Archive nicht von unmittelbarem politischem Nutzen sind, ist es schwer, Ressourcen für Archiveinrichtungen zu bekommen. Eindrucksvolle Argumente für Archive kommen aus Belgien, wo die wallonische Partei Écolo das Archiv als Beispiel für *good governance* mit dem Argument unterstützt, dass so Transparenz über Parteiaktivitäten hergestellt werden kann. Eine historische Dokumentation zur Parteigeschichte als Teil des aktuellen Informationsservice, wie die tschechische Strana zelenych es zurzeit aufbaut, könnte perspektivisch ebenfalls ein gutes Argument zur Einbindung und Absicherung eines Archivs sein.

Und wie soll es nach diesem ersten Treffen weitergehen? Die für alle Seiten bereichernde Arbeit wird ausgebaut und intensiviert. Dabei soll die in Berlin neugegründete Koordination International Ecology Archives (IEA) helfen, die Archive besonders in den europäischen Partei- und Stiftungszusammenhängen, bei den European Greens und der Green European Foundation bekannter zu machen und ihnen zu einem besseren Standing zu verhelfen. 2012 organisiert Histecologia in Paris die wissenschaftliche Tagung «Patrimoine de l'écologie et écologie du patrimoine». Und 2013 wird das zweite Treffen der IEA bei der Alexander-Langer-Stiftung in Bozen stattfinden.

# Das 5. Netzwerktreffen der Bewegungsarchive

Die Sicherung, Speicherung und letztendlich die Archivierung verschiedenster elektronischer Daten prägen das heutige Zeitalter. Google & Co. konfrontieren uns alltäglich mit ihrer Sammelwut. Aber längst hat sich die Gesellschaft an diese Form der Datenspeicherung gewöhnt, wie der geringe Protest gegen den Zensus 2011 zeigt. Soziale Netzwerke selbst sind Motoren von sozialen Bewegungen geworden. Emails, Blogs, Facebook und Twitter haben sich fest in der Protestkultur verankert. Für die freien Archive sind digitale Dokumente deshalb nicht mehr wegzudenken. Doch insbesondere die Archivierung von elektronischen Daten und Materialien stellt freie und kleinere Archive vor Probleme. Wie sollen und können sie mit elektronischen Dokumenten umgehen?

Gleichzeitig bleiben konventionelle Fragen ungelöst, denn es fehlt zunehmend an räumlichen, personellen und finanziellen Ressourcen. Einige Archive kämpfen gegen das wachsende Desinteresse in ihrem politischen Umfeld und der Öffentlichkeit. Überlieferungs- und Überlebensstrategien subsumieren sich zu der essentiellen Frage: Warum sind Bewegungsarchive wichtig?

Diese Fragen wurden beim Workshops «Archive von unten» im Juni 2011 diskutiert. Seit 2003 treffen sich Interessierte aus dem Umfeld der freien Archive zum praktischen und politischen Erfahrungsaustausch und um sich zu vernetzen. Die Workshops bieten die Möglichkeit, Entwicklungen der alternativen Archivkultur zu reflektieren. Sie eröffnen Räume, in denen die heterogene und bunte Archivlandschaft alltägliche Fragen und Probleme erörtern und ihre fachlichen Kompetenzen teilen kann.

Das mittlerweile fünfte Archivtreffen – ausgerichtet vom Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung – dockte an diesem Selbstverständnis an. Insbesondere ging es dabei um Fragen nach den Überlieferungsstrategien. Wie eine Umfrage unter den freien Archiven zeigte, werben nur ein Drittel der befragten Archive aktiv Material ein. Dabei profitieren sowohl die Archive wie auch das Umfeld von der aktiven Suche.

Viele freie Archive sind im Umfeld von Protestbewegungen entstanden. Einige Archive sind eng in ihren jeweiligen Milieus verwurzelt und schöpfen ihre Legitimität und Ressourcen aus diesem Umfeld.

Neben der Kooperation innerhalb des Milieus verfolgt die Arbeit der freien Archive eine kulturpolitische Dimension. Mit ihrer Sammlung und Archi-

vierung von wertvollem und einzigartigem Material zur Historie der neuen sozialen Bewegungen leisten die freien Archive einen unverzichtbaren Beitrag für die gesamte Archivlandschaft und den Wissensbetrieb. Dennoch arbeiten viele freie Archive unter prekären Bedingungen. Dass stärkere Kooperationen mit etablierten und staatlichen Institutionen mögliche Überlebensstrategien darstellen, wurde auf dem Workshop konträr diskutiert.

Ein positives Beispiel für gelungene Lobbyarbeit stellt der «Arbeitskreis Überlieferungen Neuer Sozialer Bewegungen» im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (VDA) dar. Seit 2009 gibt es diesen Arbeitskreis, der sowohl vom VDA wie von den Bewegungsarchiven ein positives Feedback für seine Tätigkeit erhielt. Die Unterstützung bei der Rettung des Archivs der Jugendkulturen zeigt, dass sich die Zusammenarbeit mit dem VDA langfristig auszahlen kann.

Vernetzung, Kooperation und Arbeitsteilung sind für die freien Archive essentieller denn je geworden. Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft zum praktischen Umgang mit elektronischen Dokumenten ist ein weiterer Schritt in der Zusammenarbeit der freien Archive. Fragen zum Umgang mit verbotenen Materialien und Nachlässen sind Themen beim nächsten Workshop. Rechtliche Problematiken müssen hierbei ebenso behandelt werden wie die moralische Verantwortung gegenüber den Nachlassgeberinnen, Nachlassgebern und den Nachkommen.

Das Interesse am Austausch ist weiterhin groß. Im Juni 2012 wird das Archivtreffen dann bereits zum sechsten Mal stattfinden.



# 5 Rezensionen

# Eine Geschichte der Gründungsgrünen

Die mit dem Dr. Leopold-Lucas-Nachwuchswissenschaftler-Preis prämierte und im Oldenbourg Verlag erschienene Dissertation der Tübinger Historikerin Silke Mende geht den Ursprüngen der heutigen Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nach. Die zeitgeschichtliche Studie konzentriert sich auf den Entwicklungsprozess der ökologischen Bewegung in den 1970er-Jahren, der letztendlich zur Gründung der grünen Partei im Jahre 1980 führte. Die Autorin untersucht dabei, welche situativen Konstellationen und welches politische Ideengut den Zusammenschluss der teils aus diametral entgegengesetzten politischen Lagern stammenden Gründungsgrünen ermöglichten.

Auf gesellschaftlicher Ebene stellt die Dissertation den Aufbau der grünen Partei in den Zusammenhang mit der bereits in den 1960er-Jahren einsetzenden schleichenden Abkehr von einem marktwirtschaftlichen Wirtschaftsverständnis und der ideellen und politischen Westausrichtung. Die Neudefinition zentraler Gesellschaftsvisionen führte laut Mende zu erheblichen Umwälzungen in der politischen Ideenlandschaft – und schaffte damit Raum für eine Partei, die sich als «nicht rechts, nicht links, sondern vorn» verstand und die nach ihrer Gründung sowohl eine Erscheinung als auch eine Akteurin der Wertetransformation der damaligen Bundesrepublik war.

Im ersten Teil der Studie benennt und charakterisiert die Autorin sechs politische Strömungen, die für die Gründung der grünen Partei eine wichtige Rolle spielten. In einer dreiteiligen Struktur stellt Mende die Programmatik, die Vernetzung und den Habitus der einzelnen Gruppierungen dar, so dass die Leserin oder der Leser ein klares Bild von der damaligen Ausgangssituation erhalten. Trotz des bunten Potpourris an Akteurinnen und Akteuren gelingt es der Autorin, wichtige Parallelen und Anknüpfungspunkte zwischen den Politikansätzen der einzelnen Strömungen aufzuzeigen. So kommt sie beispielsweise zu der Einsicht, dass sowohl die links orientierten Anthroposophen als auch die konservativen Mitglieder der Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher um August Haußleiter in der Außenpolitik einen «Dritten Weg» jenseits des Ost-West-Paradigmas suchten und damit wichtige programmatische Gemeinsamkeiten besaßen.

Den bisherigen Ergebnissen der Forschung und der öffentlichen Wahrnehmung folgend bestätigt Mende, dass sich unter den Gründungsgrünen viele Mitglieder von Basisinitiativen und Bürgerbewegungen – insbesondere der Anti-

Atombewegung – befanden, obschon sie dezidiert darauf hinweist, dass ein nicht unerheblicher Teil der Aktivistinnen und Aktivisten einer parlamentarischen Ökologiebewegung damals sehr skeptisch gegenüberstand.

Die Studie beschreibt auch den konservativen Flügel der Gründungsgrünen, der zwar für den Aufbau der Partei tragend war, in der heutigen Wahrnehmung der Gründungsgrünen allerdings häufig eine geringe Rolle spielt. Analysiert werden die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) um den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl sowie die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die ursprünglich für eine rechts-konservative Programmatik und einen nationalistisch angehauchten Sozialismus eingetreten war und sich erst im Laufe der 1970er-Jahre dem Umweltschutz zuwandte.

Hinsichtlich des linksradikalen Spektrums geht die Arbeit auf die Rolle von Aktivistinnen und Aktivisten der undogmatischen Linken um das Sozialistische Büro und die Frankfurter Spontizene sowie Mitglieder von K-Gruppen ein. Diese Gruppierungen sahen eine ökologische Partei zunächst vor allem als Vehikel an, die Ökologiebewegung im Sinne des revolutionären Klassenkampfes zu unterwandern. Vor allem die hierarchisch organisierten K-Gruppen zerfielen jedoch nach und nach und integrierten sich zum Teil in andere Strömungen.

Im zweiten Teil der Arbeit analysiert Mende eingehend die inhaltlichen Abstimmungen und Interaktionen, die zwischen den Gruppierungen während des Formationsprozesses der grünen Partei stattfanden. Anhand von Sprache und Begriffen erkundet die Autorin die jeweiligen Positionen in den Bereichen Staats- und Institutionskritik, Kritik an der modernen Industriegesellschaft, Konsumkritik und Umweltschutz sowie der politischen Ausrichtung einer ökologischen Partei im Allgemeinen. Paradigmatisch benennt sie die Metapher der seelenlosen «Staatsmaschine» als einen Begriff, der sowohl von der konservativen Grüne Aktion Zukunft als auch von Vertretern des linken Spektrums wie Joschka Fischer gebraucht wurde. Begünstigend auf die Entstehung der grünen Partei hat sich laut Mende auch ein äußerst rücksichtsvoller Umgang der Gründungsgrünen untereinander sowie situative Begebenheiten wie die damals anstehende erste Europaparlamentswahl ausgewirkt.

«Nicht rechts, nicht links, sondern vorn» ist aus mehreren Gründen sehr lesenswert: Die Autorin hat ein außerordentliches Gespür für interessante Details und ihr gelingt auf eindrucksvolle Weise, den Zeitgeist der späten 1970er-Jahre zu vermitteln – ohne jedoch den Untersuchungsgegenstand aus den Augen zu verlieren. Des Weiteren ist die Lektüre der Arbeit äußerst nützlich für das Verständnis aktueller Diskussionen. So zeigt die Dissertation, dass konservative Positionen bereits in der Gründungszeit eine konstitutive Rolle gespielt haben und damit der grünen Partei alles andere als wesensfremd sind. Damit stellt sie die Debatte um die Verbürgerlichung der heutigen Partei Bündnis 90/Die Grünen in ein neues Licht.

**Silke Mende, «Nicht rechts, nicht links, sondern vorn». Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.**

# Petra Kelly: Utopistin im Zeitalter der Apokalypse

Trotz ihrer starken öffentlichen Präsenz auf der politischen Bühne der Bundesrepublik der frühen 1980er-Jahre ist Petra Kelly noch nicht im kollektiven Gedächtnis Deutschlands angekommen. Es scheint fast so, als ob Kelly bis zum heutigen Tag international ein größeres Ansehen und Erinnerungspotenzial besitzt als im Land ihrer Geburt.<sup>1</sup> Saskia Richters 2010 erschienene Biographie über Petra Kelly ist erstaunlicherweise auch die erste wissenschaftliche Studie zum Leben und Wirken dieser Ikone der Friedensbewegung der 1980er-Jahre und ohne Zweifel bekanntesten Gründungsgrünen.<sup>2</sup>

Geboren 1947 als Petra Karin Lehmann im bayerischen Günzburg, siedelte Kelly nach der Heirat ihrer Mutter mit dem amerikanischen Offizier John E. Kelly 1959 in die USA um, wo sie zuerst in Columbus, Georgia, und Hampton, Virginia, ihre Schulausbildung fortsetzte, bevor sie von 1966–1970 an der School of International Service der American University in Washington, DC, studierte. Nach ihrer Rückkehr nach Europa schloss sie 1971 ihr Studium mit einem Master am Europa Institut der Universität Amsterdam ab und wurde im Oktober 1973 Verwaltungsrätin beim Wirtschafts- und Sozialausschuss der EG in der Fachgruppe für Sozialfragen; ein Posten, den sie bis zu ihrem Einzug in den Bundestag im Jahr 1983 behielt.

Bereits während ihrer Universitätszeit in den USA im Wahlkampf für Robert F. Kennedy und Hubert H. Humphrey aktiv, engagierte sich Kelly im Laufe der 1970er-Jahre mehr und mehr in der Anti-Atomkraftbewegung in Deutschland und Europa, der Frauenbewegung sowie für Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz und Ökologie. 1979 wurde sie Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und im gleichen Jahr als Spitzenkandidatin der «Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen» für die Wahl zum Europäischen Parlament nominiert. 1980 war sie Gründungsmitglied der Grünen in der Bundesrepublik, wurde erste Parteisprecherin und Spitzenkandidatin für die Landtagswahl in Bayern. Kelly war 1981 eine der ersten Unterzeichnerinnen

- 1 So auch jüngst in Christian Schmidt-Häuer, «Petra auf dem Zauberberg» in: *DIE ZEIT*, 9. Juni 2011.
- 2 Monika Sperr, *Petra K. Kelly: Politikerin aus Betroffenheit*, Reinbek bei Hamburg 1983; Alice Schwarzer, *Eine tödliche Liebe. Petra Kelly und Gert Bastian*, Köln 1993; Sarah Parkin, *The Life and Death of Petra Kelly*, London 1994.

des Krefelder Appells und zog nach der Bundestagswahl 1983 als Fraktionssprecherin neben Marieluise Beck und Otto Schily in den Bundestag ein. Durch ihre weitreichenden internationalen Netzwerke wuchs auch ihre Bekanntheit außerhalb Deutschlands stetig an, was sich u.a. 1982 in der Verleihung des Alternativen Nobelpreises (Right Livelihood Award) äußerte. 1985 widersetzte sich Kelly dem Rotationsprinzip der Partei, führte ihr Mandat bis zum Ende der Legislaturperiode weiter und zog 1987 erneut in den Bundestag ein. 1990 verfehlte sie die innerparteiliche Wiederaufstellung für eine Bundestagskandidatur und erlitt eine empfindliche Niederlage bei ihrer Kandidatur für das Amt der Parteisprecherin im darauf folgenden Jahr. Am 1. Oktober 1992 wurde Petra Kelly von ihrem Lebensgefährten, dem ehemaligen Bundeswehrgeneral Gert Bastian, im Schlaf erschossen.

Saskia Richters differenziertes Portrait von Kelly ist durchzogen von drei Erkenntnisinteressen: dem Einfluss Kellys in den neuen sozialen Bewegungen und während der Gründungsphase der Grünen, der Rolle und Inszenierung von Kellys Biographie in ihrer Politik sowie den Ursachen für Kellys Aufstieg und letztlisches Scheitern in der Partei. Die Studie ist in vier Teile gegliedert, die chronologisch die einzelnen Phasen von Kellys Leben und politischer Karriere beleuchten und sie systematisch u.a. unter den Stichworten politische Führung, Charisma und Emotion, Symbolpolitik sowie Medialisierung und Religiosität analysieren.

Richter definiert Petra Kelly politisch als Ökofundamentalistin (nach Joachim Raschke) und Gesinnungsethikerin. Sie sieht sie neben Rudolf Bahro als zweite charismatische Figur und ideologische Impulsgeberin der Gründungsgrünen. Kellys Sozialisation in den USA und ihre, wenn auch weitestgehend medial vermittelte Prägung durch die afro-amerikanische Bürgerrechtsbewegung und die Techniken des zivilen Ungehorsams, nehmen hier einen entscheidenden Stellenwert ein. Richter attestiert Kelly ein primär emotional hergeleitetes Politikverständnis, welches stark von amerikanischen Grundwerten wie Freiheit und Demokratie beeinflusst wurde, die die junge Einwanderin aus der Bundesrepublik begierig aufnahm. Weiterhin war für Kelly die Politisierung von privater Erfahrung maßgeblich. Richter führt Kellys Engagement gegen radioaktive Strahlung, Atomenergie und atomare Rüstung, letztlich den grundsätzlichen Beginn ihrer politischen Aktivitäten, auf den Tod ihrer Stiefschwester Grace zurück, die 1970 im Alter von zehn Jahren an Krebs verstarb. Richter weist überzeugend nach, wie diese individuelle traumatische Erfahrung Kellys politische Arbeit durchzog, ihr als Argumentationsgrundlage und ständiger rhetorischer Referenzpunkt diente, der sich bereits 1973 in der Gründung der Grace P. Kelly-Vereinigung zur Unterstützung krebskranker Kinder und ihrer Familien niederschlug und sich in ihrem Einsatz zur nachhaltigen Förderung von Kinderkrebsstationen durch die öffentliche Hand in ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete fortsetzte.

Die emotionale Dimension von Kellys Politik ist in Richters Interpretation ein entscheidendes Moment ihrer Popularität. «Mit dem Herzen Denken», der Titel von Petra Kellys 1990 erschienenem Buch, steht geradezu sinnbildlich für ihr Streben nach einer Politik mit Gefühl im Kontrast zu distanzierterm Berufs-

politikertum. Dessen Pragmatismus, Funktionalität und Fokus auf das Mögliche auf Kosten von Visionen suchte Kelly mittels der von ihr popularisierten Vision einer «Anti-Parteien-Partei» zu überwinden. Dies entsprach nicht nur Kellys Verständnis von einer ganzheitlichen Politik, die die Sorgen und Nöte des Individuums in den Mittelpunkt stellte, sondern auch ihrem unbedingten und kompromisslosen persönlichen Einsatz, der ihre ohnehin stark beeinträchtigte Gesundheit noch weiter in Mitleidenschaft zog und sie immer wieder an den Rand des physischen Zusammenbruchs führte. Diese Art der Aufopferungsbereitschaft, die Kelly ebenfalls als innerparteiliches Druckmittel einsetzte, repräsentierte nicht nur, laut Richter, eine neue Authentizität und Intensität politischen Handelns, sondern war aufgrund von Kellys inhaltlichen Positionen auch ursächlich für ihre weite Resonanz zu einem Zeitpunkt, an dem die internationale Lage sich durch das nukleare Wettrüsten der Supermächte erneut drastisch zuspitzte.

Wie Richter schlüssig darlegt, speist sich Kellys Ideologie fundamental aus einem Drang nach Frieden und Gewaltfreiheit, den sie mit einer Betonung von Ökologie verbindet (Ökopax). Ihr gelingt es somit, das grüne Wertequartett (sozial, ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei) persönlich zu internalisieren, dieses durch ihre diversen Mitgliedschaften in verschiedenen Organisationen der Umwelt-, Anti-AKW- und Friedensbewegung zu verklammern und so das äußere Profil der Partei als verlängerter Arm der Bewegung zu schärfen. Geschickt inszeniert sich Kelly, wie Richter treffend zeigt, als Repräsentantin der Friedensbewegung und «kultureller Gegenentwurf zur Nachrüstung» (S. 281). Jedweder Kompromiss bei sogenannten «Überlebens-themen» wird abgelehnt. Sie fungiert so als personale und mediale Projektionsfläche kollektiver Ängste im Zeitalter nuklearer Militarisierung und zementiert diese Wahrnehmung durch die Inszenierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen (bedruckte T-Shirts bei offiziellen Anlässen, Unterschriftenaktionen etc.) mit hoher Symbolkraft. Dadurch verkörpert Kelly nicht nur eine neue politische Kultur mit großem Inspirationspotenzial und moralischen Prinzipien, sondern ebenso, wie Richter ausführt, «das Zusammenspiel von politischer Gegenwart und persönlicher Geschichte, von Politik und Emotion, von drohender Gefahr und möglicher Rettung» (S. 260). Es ist daher kein Zufall, dass der Konflikt um den NATO-Doppelbeschluss und der Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 die Höhepunkte ihrer politischen Karriere blieben.

Richter würdigt ebenso ausführlich Kellys intensives Engagement für die Menschenrechte weltweit und schildert ihre weitreichenden Kontakte zu Dissidenten in der DDR wie Bärbel Bohley, Rainer Eppelmann sowie Ulrike und Gerd Poppe. Für Kelly waren die Menschenrechte ein unteilbares Gut, und sie scheute sich nicht, deren Verletzung öffentlich in den Medien und im Bundestag anzuprangern, sei es in Bezug auf Osteuropa, Tibet oder China, welchen sie besonderes Augenmerk schenkte.

Richters Analyse geht jedoch keinesfalls über die Schattenseiten hinweg. Kelly gelingt es beispielsweise aufgrund mangelnder Kommunikations- und Kompromissfähigkeit sowie fehlendem Strategiedenken nicht, sich strömungspolitisch

oder durch persönliche Loyalitäten in der Partei langfristig zu etablieren und abzusichern. Ihre Art der Personalisierung und Medialisierung von Politik stieß bei den sich herausbildenden Flügeln der Realos und Fundis gleichermaßen auf Skepsis und Ablehnung. Richter zeigt auf, wie sowohl der Parlamentsbetrieb, die parteipolitischen Niederlagen als auch die internen Flügelkämpfe sie ab 1983 nach und nach politisch isolierten. Sie sieht die Gründe dafür vor allem, neben den bereits angeführten Faktoren, in Kellys fehlender Organisations- und Integrationsfähigkeit. «Kelly redete öffentlich, sie organisierte nicht. In den entscheidenden, inhaltlich arbeitenden Gremien der Parteigründung und der regional übergreifend angelegten Bewegungsinstitutionen war Petra Kelly nicht anwesend, sie übernahm die prestigeträchtigen Positionen.» (S. 182) Vor allem die Verweigerung der Rotation 1985 und das konstante Pochen auf eine Professionalisierung grüner Politik wurden von vielen als Ego manie und unvereinbar mit grünen Werten empfunden.

Darüber hinaus überschritt Kelly in ihrem emotionalen Politikverständnis und moralischen Rigorismus bisweilen die Grenze zum Missionarischen. Richter weist eine Vielzahl von heils- bzw. religionsverwandten Motiven in Kellys Rhetorik nach, wie z.B. Erleuchtung und Erlösung, Gewaltlosigkeit und Leid, Schuld und Ganzheitlichkeit. Sie diagnostiziert außerdem eine Angsterkrankung und depressive Persönlichkeit sowie intolerante und sogar fundamentalistische Züge, die sowohl das berufliche als auch das persönliche Umfeld Kellys zu spüren bekamen.

All dies liefert ein ausgewogenes, komplexes und vielschichtiges Panorama einer Politikerin, die die politische Landschaft der Bundesrepublik der frühen 1980er-Jahre nachhaltig prägte. Insgesamt würdigt Richters Biographie Kelly als mediale Galionsfigur und Gründungsikone der Grünen, die der Partei in ihrer Wachstumsphase die entscheidenden ideologischen Stichworte, Ideen und die Richtung gab. Sie sieht in ihr eine Politikerin, deren Wirken vom Streben nach Ausgleich, Begegnung und Freiheit bestimmt war. Die Tragik besteht für Richter darin, dass Kelly als «Utopistin im Zeitalter der Apokalypse» stehen blieb und nicht in der Lage war, im Bundestag ihr Charisma zu reproduzieren: «Petra Kelly war ein Kontinuum in einer Bewegung, die für den Wandel stand» (S. 394). Ihr schleichender innerparteilicher Bedeutungsverlust fällt so zusammen mit dem rasanten Aufstieg Joschka Fischers.

Zu klären bleibt, welchen Stellenwert Kellys Netzwerke und organisatorische Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene (bspw. ihre Kontakte in die USA oder Veranstaltungen wie das «Tribunal gegen Erstschlag- und Massenvernichtungswaffen in Ost und West» vom 18. – 20. Februar 1983 in Nürnberg) in der Gesamtgeschichte der Friedensbewegung einnehmen und welche Rolle dabei bestimmte Interpretationen der nationalsozialistischen Vergangenheit (z.B. in Bezug auf Widerstand) spielten. Zum anderen wird zu prüfen sein, inwiefern die Existenz und Argumentation der Friedensbewegung in wechselvoller Dynamik mit anderen offiziellen Entscheidungsträgern einen Beitrag zu den Abrüstungs-

bestrebungen der zweiten Hälfte der 1980er-Jahre, dem INF-Vertrag und dem Ende des Kalten Kriegs geleistet haben.

Es ist jedoch Saskia Richters unbestreitbares Verdienst, für diese kommenden Debatten die oftmals mythisch oder konspiratorisch verklärte Person Petra Kellys einer ersten, umfassenden wissenschaftlichen Analyse zuzuführen und dadurch der Zeitgeschichte entscheidende Impulse für die Erforschung insbesondere der späten 1970er- und 1980er-Jahre gegeben zu haben. Zukünftige Arbeiten zu Kelly werden an dieser Pionierstudie nicht vorbei kommen.

**Saskia Richter, Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.**

# Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive

In der Geschichtswissenschaft rücken die 1980er-Jahre mehr und mehr in den Vordergrund. So stehen verstärkt auch diejenigen Gegenstände im Interesse der Forschung, die zu Beginn der Dekade sowohl die internationalen Beziehungen als auch die politischen, gesellschaftlichen und medialen Debatten in vielen Ländern und insbesondere im geteilten Deutschland prägten: der NATO-Doppelbeschluss und die «neue Friedensbewegung». Mit dem nun von Philipp Gassert, Tim Geiger und Hermann Wentker herausgegebenen Sammelband wendet sich die deutsche Historiographie in dieser Form erstmalig diesen Themen zu. Laut der programmatischen und instruktiven Einleitung soll das Buch «die erste historische Bilanz zur Geschichte des NATO-Doppelbeschlusses» darstellen sowie die deutsche Zeitgeschichte europäisch und transatlantisch kontextualisieren (S. 19). Zugleich haben es sich die Herausgeber zur Aufgabe gemacht, der wissenschaftlichen Debatte um den NATO-Doppelbeschluss und um die Friedensbewegung Anstöße zu liefern, um die vielen Desiderate der Forschung in Angriff zu nehmen (S. 28f.).

Der Band wurde in fünf thematische Blöcke gegliedert. In den ersten beiden stehen die außen- und sicherheitspolitischen Entwicklungen im Vordergrund, sowohl innerhalb der Supermächte USA und Sowjetunion (I) als auch in der Bundesrepublik und in der DDR (II). Daraufhin richtet sich der Blick auf die gesellschaftlichen Folgen im geteilten Deutschland (III) sowie konkret auf die Friedensbewegung (IV), bevor abschließend die Kontroverse um den NATO-Doppelbeschluss in Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Frankreich thematisiert wird (V).

In den ersten zwei Aufsatzblöcken präsentieren die Autoren viele wichtige Aspekte zu den historischen Hintergründen sowie zur Entstehung und Entwicklung des NATO-Doppelbeschlusses in den 1970er- und 1980er-Jahren. Die rüstungspolitischen Motive und Handlungen der Großmächte kommen dabei genauso ausführlich zur Sprache wie die außen- und innenpolitischen Konzepte, Strategien und (Wechsel-)Wirkungen in den beiden deutschen Staaten. Gerade in diesen ersten Beiträgen des Buches fällt jedoch bisweilen auf, was bereits verschiedentlich in der Geschichtswissenschaft und auch von den Herausge-

bern des Bandes selbst festgestellt wird: Einige Arbeiten zum NATO-Doppelbeschluss basieren nach wie vor auf Interpretationsmustern, die sich noch «an den zeitgenössischen Bruchlinien» in der Debatte orientieren (S. 10). So verstellt an manchen Stellen die im Hintergrund aufscheinende Frage, ob denn die Geschichte den Befürwortern oder den Gegnern des Beschlusses Recht gegeben habe, den Blick auf eine tiefere und umfassendere historische Analyse.

Die thematischen Blöcke III und IV widmen sich dann aus vornehmlich deutscher Perspektive den gesellschaftlichen Auswirkungen des NATO-Doppelbeschlusses im Allgemeinen sowie der Friedensbewegung im Speziellen. Während der NATO-Doppelbeschluss in Bezug auf die Bundesrepublik als «Katalysator gesellschaftlicher Selbstverständigung» (Philipp Gassert) oder in seiner Bedeutung für die SPD und Die Grünen perspektivenreich und oft innovativ beleuchtet wird, bleibt die Betrachtung der massenwirksamen Friedensbewegung leider etwas oberflächlich. Eine fundierte Analyse ihrer Trägergruppen, Organisationsstrukturen und Aktionsformen sowie die Untersuchung und Einordnung ihrer alternativen Ideen und Strategien zu Frieden und Sicherheit hätten dem Band gut getan. Stattdessen stellt der einzige Beitrag, der sich dezidiert mit der Friedensbewegung der Bundesrepublik beschäftigt, den «Einfluss der DDR» in den Vordergrund. Die Aufsätze zur ostdeutschen Gesellschaft sowie zu den Friedensgruppen in der DDR besitzen wiederum mehr analytische Breite, wenn sie z.B. auf den Protest gegen Militarisierungstendenzen oder auf die sich auch hier offenbarende Modernitätskritik eingehen.

Mit der abschließenden Darstellung der amerikanischen Friedensbewegung und ihren transatlantischen Kontakten sowie den Aufsätzen zu den sehr unterschiedlichen sicherheitspolitischen Debatten innerhalb verschiedener NATO-Länder wird in gelungener Weise die programmatische Ausrichtung des Bandes bekräftigt, die Debatten um den NATO-Doppelbeschluss in einen internationalen Kontext zu stellen.

Dass das Buch mehr Fragen aufwirft, als es beantworten kann, bemerken die Herausgeber in der Einleitung selbst. Es gibt noch viel zu tun, um die politischen, gesellschaftlichen und sozialkulturellen Ereignisse und Entwicklungen im Kontext der sicherheitspolitischen Legitimationskrise der frühen 1980er-Jahre zu erforschen. Mit dem vorliegenden Band ist ein wichtiger Impuls gelungen, den es in der Geschichtswissenschaft nun aufzugreifen und weiterzuentwickeln gilt.

**Gassert, Philipp/Geiger, Tim/Wentker, Hermann (Hrsg.), Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.**

## DIE AUTORINNEN UND AUTOREN

**Stefan Baldauf** studiert Kulturwissenschaft und Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er arbeitete als studentischer Mitarbeiter im Archiv Grünes Gedächtnis.

**Christoph Becker-Schaum** ist Historiker und leitet das Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Er ist Lehrbeauftragter am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin und in der Archivausbildung an der Fachhochschule Potsdam.

**Robert Camp** ist Archivar im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung und leitet das Petra-Kelly-Archiv.

**Claudia Dreier** hat Geschichtswissenschaften und Judaistik an der FU Berlin studiert. Sie war studentische Mitarbeiterin im Archiv Grünes Gedächtnis, bearbeitete als freie Mitarbeiterin die Berliner Bestände der Grünen und war an Publikations- und Ausstellungsprojekten beteiligt.

**Gerhard Gräber** ist Gymnasiallehrer in Karlsruhe. Von 1990 bis 1993 war er Geschäftsführer der Gesellschaft für politische Ökologie in Stuttgart, der Vorläuferorganisation der Heinrich-Böll-Stiftung in Baden-Württemberg, deren ehrenamtliches Vorstandsmitglied er bis 2002 war. Derzeit ist er als Fachberater vorwiegend in der Lehrerausbildung tätig. Veröffentlichungen zur Geschichte der Grünen und fachdidaktische Publikationen.

**Dagmar Hölscher** ist Studentin der Politikwissenschaften an der Hertie School of Governance. Sie ist seit 2006 Mitglied der Grünen Jugend und seit 2007 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Interesse an der Geschichte der Grünen hat sie im Rahmen einer AG von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Heinrich-Böll-Stiftung entwickelt.

**Martin Klimke** ist Historiker und Research Fellow am German Historical Institute, Washington, DC. Er ist u.a. Co-Direktor der Forschungsprojekte «The Civil Rights Struggle, African American GIs, and Germany» und «The Nuclear Crisis: Transatlantic Peace Politics, Rearmament, and the Second Cold War». Ab Januar 2012 ist er Professor an der New York University Abu Dhabi. Veröffentlichung: *The Other Alliance: Student Protest in West Germany and the United States in the Global Sixties*, Princeton University Press 2010.

**Annika Laux** ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet seit 2008 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

**Steffi Rönnefarth** ist Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung. Archivfachliche Veröffentlichungen.

**Christine Tietz** studiert Informationswissenschaften/Archiv an der Fachhochschule Potsdam. Sie war im Rahmen eines Praktikums Mitarbeiterin im Archiv Grünes Gedächtnis und bearbeitete u.a. den Bestand der Frauenaktion 70.

**Anne Vechtel** ist Politikwissenschaftlerin und arbeitet als Archivarin im Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung.

**Jan Ole Wiechmann** studierte Geschichte, Evangelische Theologie und Germanistik in Marburg. 2008/2009 war er Mitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Geschichte des Auswärtigen Amtes. Seit 2008 ist er Doktorand am Marburger Lehrstuhl für Neueste Geschichte. Sein Dissertationsprojekt: Umkehr zum Leben. Konzepte von Sicherheit in der christlichen Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland (1977–1984).

**Phillip Wilke** studierte Geschichte an der TU Berlin und arbeitet als freier Autor. Aus Interesse an der Geschichte der Grünen schrieb er 2010 eine Magisterarbeit über die Resonanz der Gründung der Partei Die Grünen in den Publikationen der Alternativszene: *Zitty*, *Pflasterstrand* und *Arbeiterkampf*.



**1 Beiträge zur Zeitgeschichte: Die Grünen in den Ländern** **Phillip Wilke** Gebrochene Perspektivlosigkeit: Die grüne Wahlbewegung und die Alternativszene **Gerhard Gräber** Von Wuhl in die Villa Reitzenstein: Die wundersame Reise der Grünen in Baden-Württemberg **Annika Laux** Die Grünen in Niedersachsen **2 Das historische Dokument** Der Beitritt der deutschen Grünen zu den Grünen in Europa **Christoph Becker-Schaum** Kommentar **3 Bestände in den Archiven** **Steffi Rönnefarth** Der Bestand Frieder Otto Wolf – MdEP von 1994 bis 1999 **Anne Vechtel** Die Akten des Osteuropareferats der grünen Bundestagsfraktionen von 1983 bis 2002 **Christine Tietz** Der Bestand «Frauenaktion 70» **Claudia Dreier** Zur Aktenüberlieferung der Berliner Grünen **Anne Vechtel** Die Aktenüberlieferung der Hamburger Grünen **Robert Camp** Zu den Aktenbeständen der nordrhein-westfälischen Grünen **Anne Vechtel** Grüne Archive in Europa **4 Archivprojekte** **Anne Vechtel** Internationale ökologische und grüne Archive – Bericht vom 1. Treffen im Mai 2011 in Berlin **Stefan Baldauf** Das 5. Netzwerktreffen der Bewegungsarchive **5 Rezensionen** **Dagmar Hölscher** Eine Geschichte der Gründungsgrünen **Martin Klimke** Petra Kelly: Utopistin im Zeitalter der Apokalypse **Jan Ole Wiechmann** Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive